

Integriertes Handlungskonzept für den Handlungsraum 8 Kreuzberg-Nord

der Ressortübergreifenden Gemeinschaftsinitiative
zur Stärkung sozial benachteiligter Quartiere (GI)



raumscript

AUFTRAGGEBER

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen
Fehrbelliner Platz 4
10707 Berlin

Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg von Berlin
Abteilung für Arbeit, Bürgerdienste, Gesundheit und Soziales
Yorckstraße 4-11
10965 Berlin

AUFTRAGNEHMER

raumscripT
Schwedter Str. 34a
10435 Berlin

Januar 2023

INHALTSVERZEICHNIS

ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS	6
ABBILDUNGSVERZEICHNIS	7
1 EINLEITUNG	8
1.1 VORSTELLUNG DER RESSORTÜBERGREIFENDEN GEMEINSCHAFTSINITIATIVE (GI).....	8
1.2 GEBIET	9
1.3 METHODIK UND BETEILIGUNGSPROZESS.....	12
1.3.1 Zeitschiene 2022.....	12
1.3.2 Grundlagenermittlung und Konzept	12
1.3.3 Vorstellung Arbeitsprozess im Bezirk.....	14
1.3.4 Perspektivwerkstatt am 29.04.2022 - Ämterrunde und Stadtteilwerkstatt.....	14
1.3.5 Vor- und Nachbereitung Perspektivwerkstatt über Beteiligungsportal meinBerlin.de.....	15
1.3.6 Erweiterte Ämterrunde.....	15
2 AUSGANGSSITUATION	15
2.1 SOZIALRÄUMLICHE STRUKTUR.....	16
2.1.1 Einwohner*innenstruktur	16
2.1.2 Lebenslagen	17
2.1.3 Kriminalität	18
2.1.4 Bildung.....	19
2.1.5 Gesundheitliche Situation	19
2.2 INFRASTRUKTURVERSORGUNG.....	20
2.2.1 Soziale Infrastruktur	20
2.2.2 Kulturelle Infrastruktur	23
2.3 FREIRÄUME UND UMWELT.....	23
2.3.1 Grün- und Freiflächen	23
2.3.2 Spiel- und Stadtplätze.....	24
2.3.3 Umwelt, Klima und Verkehr	24
2.4 AKTEUR*INNENNETZWERK.....	25
3 STÄRKEN UND HERAUSFORDERUNGEN SOWIE HANDLUNGSBEDARFE.....	27
3.1 FÖRDERUNG DER SOZIALEN INKLUSION	27
3.1.1 Stärken und Herausforderungen	27

3.1.2	Herausgehobene Handlungsbedarfe.....	28
3.2	BEKÄMPFUNG VON ARMUT, GEWALT UND DISKRIMINIERUNG	29
3.2.1	Stärken und Herausforderungen	29
3.2.2	Herausgehobene Handlungsbedarfe.....	30
3.3	WIRTSCHAFTLICHE, KULTURELLE, SOZIALE UND ÖKOLOGISCHE BELEBUNG DER BENACHTEILIGTEN QUARTIERE IM SINNE DER NACHHALTIGKEIT	32
3.3.1	Stärken und Herausforderungen	32
3.3.2	Herausgehobene Handlungsbedarfe.....	33
3.4	GESUNDHEITS- UND BEWEGUNGSFÖRDERUNG IN DER BEVÖLKERUNG	34
3.4.1	Stärken und Herausforderungen	34
3.4.2	Herausgehobene Handlungsbedarfe	35
3.5	VERBESSERUNG DER LEBENS- UND UMWELTQUALITÄT, AUCH VOR DEM HINTERGRUND DES KLIMAWANDELS	37
3.5.1	Stärken und Herausforderungen	37
3.5.2	Herausgehobene Handlungsbedarfe.....	38
3.6	ABBAU VON BILDUNGSBENACHTEILIGUNG UND BESSERER ZUGANG ZUM ARBEITSMARKT	40
3.6.1	Stärken und Herausforderungen	40
3.6.2	Herausgehobene Handlungsbedarfe.....	40
4	SCHLÜSSELMAßNAHMEN - KURZSTECKBRIEFE	43
4.1	DAUERHAFTE SICHERUNG UND AUSBAU DES BILDUNGSNETZWERKS SÜDLICHE FRIEDRICHSTADT/SICHERUNG DER QUARTIERSBEZOGENEN ZUSAMMENARBEIT DER BILDUNGSAKTEUR*INNEN IM QM ZKO	44
4.2	SANIERUNG UND WIEDERNUTZUNG DES BAERWALDBADS.....	46
4.3	STÄRKUNG UND VERNETZUNG DES AUßERSCHULISCHEN ANGEBOTS UND DER JUGENDSOZIALARBEIT	48
4.4	SANIERUNG UND UMBAU FRIEDRICHSTRASSE 1-3 ALS JUGENDFREIZEITEINRICHTUNG UND STADTTEILZENTRUM.....	51
4.5	NEUBAUVORHABEN FRANZ-KÜNSTLER STRASSE/ALTE JAKOBSTRASSE UND VERORTUNG EINER KITA	54
4.6	STÄRKUNG BIBLIOTHEKARISCHER INFRASTRUKTUREN IM HANDLUNGSRAUM UND IN ANGRENZENDEN REGIONEN	56

4.7	DRAGONER AREAL: SCHAFFUNG SOZIALER INFRASTRUKTUR FÜR KITA, JUGENDFREIZEITEINRICHTUNG SOWIE ERGÄNZENDE BEZIRKLICHE UND ZIVILGESELLSCHAFTLICHE BEDARFE	59
4.8	FRIEDRICHSTRAßE 18-19: ENTWICKLUNG ZUM MEHRFACHNUTZUNGSSTANDORT (INTEGRIERTER KULTURSTANDORT)	63
4.9	URBANHAFFEN - UFERWEGE UND GRÜNFLÄCHEN	66
4.10	STADTTEILE OHNE PARTNERGEWALT (STOP) IN KREUZBERG (UND NEUKÖLLN)	68
4.11	ENTWICKLUNG DES BILDUNGSCAMPUS PUTTKAMER-/ WILHELM-/ KOCHSTRAßE UND KITA KOCHSTRAßE	70
4.12	BERGMANNSTRAßE 28/29: ENTWICKLUNG ZUM KULTUR- UND BILDUNGSHAUS.....	72
4.13	STANDORTENTWICKLUNG MEHRFACHNUTZUNG URBAN- STRAßE 62/63: KITA, NEUBAU FAMILIENZENTRUM, GEFLÜCHETEN-WOHNEN	74
4.14	STÄRKUNG BILDUNGSVERBUND GRAEFEKIEZ.....	76
4.15	STÄRKUNG UND AUSBAU MEHRGENERATIONENHAUS WASSERTOR (MGH).....	78
4.16	ERARBEITUNG UND UMSETZUNG EINES INTEGRIERTEN GESAMTENTWICKLUNGSKONZEPTS FÜR DAS KOTTBUSSE TOR	80
4.17	PARKPROMENADE HALLESCHES UFER	84
4.18	KUNSTQUARTIER BETHANIEN	86
4.19	DAUERHAFTES SICHERUNG UND AUSBAU DES NETZWERKS „FÜR MEHR TEILHABE ÄLTERER MENSCHEN IN KREUZBERG“	88
4.20	GESUNDHEITS- UND BEWEGUNGSFÖRDERUNG FÜR ÄLTERE.....	90
4.21	GESUNDHEITS- UND BEWEGUNGSFÖRDERUNG FÜR KINDER- UND JUGENDLICHE.....	92
4.22	GESUNDHEITS- UND BEWEGUNGSFÖRDERUNG IM ÖFFENTLICHEN RAUM.....	94
4.23	DIGITALE SOUVERÄNITÄT BEI ÄLTEREN STÄRKEN	96
4.24	STÄRKUNG VON RESILIENZ IN DER WERNER-DÜTTMANN-SIEDLUNG.....	98
5	UMSETZUNGSSTRATEGIE UND RESÜMEE	101
	QUELLENVERZEICHNIS.....	106

ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

BA	Bezirksamt
BZR	Bezirksregion
GI	Ressortübergreifende Gemeinschaftsinitiative zur Stärkung sozial benachteiligter Quartiere
ISEK	Integriertes städtebauliches Entwicklungskonzept
LOR	Lebensweltlich orientierte Räume
ÖPNV	Öffentlicher Personennahverkehr
PLR	Planungsraum
QM	Quartiersmanagement
SenBJF	Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
SenFin	Senatsverwaltung für Finanzen
SenWGPG	Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit, Pflege und Gleichstellung
SenInnDS	Senatsverwaltung für Inneres, Digitalisierung und Sport
SenIAS	Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales
SenJustVA	Senatsverwaltung für Justiz, Vielfalt und Antidiskriminierung
SenKultEuropa	Senatsverwaltung für Kultur und Europa
SenSBW	Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen
SenUMVK	Senatsverwaltung für Umwelt, Mobilität, Verbraucher- und Klimaschutz
SenWiEnBe	Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe
SGA	Straßen- und Grünflächenamt
SPK	Sozialraumorientierte Planungscoordination

ABBILDUNGSVERZEICHNIS

Abbildung 1: Übersicht der Ressorts und Ressortbeiträge (SenStadtWohn, Stand: Februar 2021, in: Leitfaden zur Erstellung integrierter Handlungskonzepte, S. 12)	8
Abbildung 2: Gebietsabgrenzung für den Handlungsraum 8 Kreuzberg-Nord mit sich überlagernden Teilräumen der Förderkulissen und gesichteten Grundlagenpapieren bis September 2022 (Eigene Darstellung raumscript, auf Grundlage von OpenStreetMap, 2022)	10
Abbildung 3: Zeitschiene für die Erarbeitung des Handlungskonzeptes für den Handlungsraum 8 Kreuzberg-Nord (Eigene Darstellung, 2022)	12
Abbildung 4: Einrichtungen und Ankerpunkte im Handlungsraum 8 Kreuzberg-Nord (Eigene Darstellung raumscript, auf Grundlage von OpenStreetMap, 2022)	26
Abbildung 5: Umsetzungsstrategie GI-Handlungskonzepte (SenStadtWohn IV B 3-11, Stand: Januar 2021, in: Leitfaden zur Erstellung integrierter Handlungskonzepte, S. 25).....	102

1 EINLEITUNG

1.1 Vorstellung der ressortübergreifenden Gemeinschaftsinitiative (GI)

Die ressortübergreifende Gemeinschaftsinitiative zur Stärkung sozial benachteiligter Quartiere (GI) wurde am 30.10.2018 vom Berliner Senat beschlossen. Die Gemeinschaftsinitiative hat das Ziel, den sozialen Zusammenhalt sowie gleichwertige Lebensbedingungen und -chancen für die Einwohner*innen in Berlin zu fördern. Dafür ist auch eine stärkere Intervention und Zusammenarbeit der Senatsverwaltungen in den Handlungsräumen vorgesehen. Die festgelegten Ziele der Gemeinschaftsinitiative (GI-Ziele) möchten die Schaffung und Sicherung einer nachhaltigen und leistungsfähigen Infrastruktur in den sozial benachteiligten Quartieren unterstützen, wie z.B. qualitative Kultur- und Bildungseinrichtungen, umfangreiche öffentliche Dienstleistungsangebote oder sozio-integrative Angebote. Ein wichtiges übergeordnetes Ziel ist dabei die Bekämpfung von Armut, Gewalt und Diskriminierung sowie die interkulturelle und integrative Öffnung der Angebote. Grundlage der GI bildet eine verstärkte ressortübergreifende Abstimmung der Aktivitäten der Senatsverwaltungen, die sich räumlich auf 12 abgegrenzte zusammenhängende Handlungsräume sowie den Handlungsraum „Stadtrand Süd“ mit vier Teilbereichen (13a-d) fokussiert. Hierzu haben die Senatsverwaltungen Programme und andere Finanzierungen als Ressortbeiträge benannt.

	SenStadtWohn	SenBildJugFam	SenIAS	SenGPG	SenInnDS	SenFin	SenKultEuropa	SenUVK	SenJustVA
Senatsvorlage	StS Wohnen Frau Christoph	StS Bildung Frau Stoffers StS Jugend & Familie Frau Klebba	StS Arbeit & Soziales Herr Fischer	StS Gesundheit Herr Matz	StS Sport Herr Dzembritzki	StS Finanzen Herr Verrycken	StS Kultur Herr Dr. Wöhlert	StS Umwelt & Klimaschutz Herr Tidow	StS Verbraucherschutz & Antidiskriminierung Frau Gottstein
	Verfasser	Verfasser	Verfasser	Mitzeichnung	Mitzeichnung	Mitzeichnung			
Ressortbeiträge	<ul style="list-style-type: none"> • Sozialer Zusammenhalt • Soziale Infrastrukturen für sozial benachteiligte Quartiere • Freiwilliges Engagement in Nachbarschaften (FEIN) • Berlin entwickelt neue Nachbarschaften (BENN) 	<ul style="list-style-type: none"> • Bonus-Programm • Jugendsozialarbeit an Berliner Schulen • Lokale Bildungsverbünde • Familienzentren • Einsteigen – Verbund für junge Wege in die Stadt 	<ul style="list-style-type: none"> • IFP Stadtteilzentren • EFRE Stadtteilzentren 	<ul style="list-style-type: none"> • Aktionsprogramm Gesundheit • Berlin bewegt sich • Interkulturelle BrückenbauerInnen in der Pflege • Kontaktstellen Pflegeengagement 	<ul style="list-style-type: none"> • Kiezorientierte Gewalt- & Kriminalitätsprävention • Teilhabeprogramm 		<ul style="list-style-type: none"> • Bibliotheken im Stadtteil II 	<ul style="list-style-type: none"> • Berliner Programm für Nachhaltige Entwicklung (BENE Umwelt) • Umweltgerechtigkeit • Berliner Energie- und Klimaschutzprogramm 2030 • 1000-grüne-Dächer-Programm Berlin 	<ul style="list-style-type: none"> • <i>Berliner Ernährungsstrategie</i>

Abbildung 1: Übersicht der Ressorts und Ressortbeiträge (SenStadtWohn, Stand: Februar 2021, in: Leitfaden zur Erstellung integrierter Handlungskonzepte, S. 12)

1.2 Gebiet

Gebietsabgrenzung

Der Handlungsraum 8 Kreuzberg-Nord befindet sich im gleichnamigen Stadtteil Kreuzberg, der Teil des Bezirks Friedrichshain-Kreuzberg ist. Entsprechend dem System der Lebensweltlich orientierten Räume (LOR) als räumliche Grundlage für die Planung, Prognose und Beobachtung demografischer und sozialer Entwicklungen in Berlin, umfasst das Areal acht Planungsräume (PLR).¹ Der Landwehrkanal stellt hierbei eine natürliche Grenze innerhalb des Handlungsraums dar. Nördlich des Kanals erstrecken sich die Planungsräume Askanischer Platz, Mehringplatz, Moritzplatz, Wassertorplatz und Oranienplatz, die Planungsräume Rathaus Yorckstraße, Urbanstraße sowie Graefekiez bilden den südlichen Teil des Handlungsraums. Diese Teilräume sind folgenden Bezirksregionen (BZR) untergeordnet:

- Bezirksregion Nördliche Luisenstadt: Oranienplatz
- Bezirksregion Südliche Friedrichstadt: Askanischer Platz, Mehringplatz, Moritzplatz, Wassertorplatz
- Bezirksregion Tempelhofer Vorstadt: Rathaus Yorckstraße, Urbanstraße, Graefekiez.

Das Gebiet des Handlungsraums schließt die Bezirksregionen Nördliche Luisenstadt und Tempelhofer Vorstadt nur in Teilen ein. Bei der Südlichen Friedrichstadt sind alle Planungsräume Bestandteil des Handlungsraumgebiets.

Begrenzt wird der Handlungsraum im Norden von einem Teil der Stresemannstraße, der Niederkirchnerstraße und Zimmerstraße, Axel-Springer-Straße, Kommandantenstraße, Alten Jakobstraße, Stallschreiberstraße, Alexandrinenstraße, Sebastianstraße, Luckauer Straße, Waldemarstraße, Leuschnerdamm und Bethanien-damm. Im Osten trennen der Mariannenplatz und die Mariannenstraße, der Kottbusser Damm sowie der Hermannplatz den Handlungsraum vom umgebenden Stadtraum ab. Im Süden fungieren die Hasenheide, die Gneisenastraße und die Yorckstraße als Begrenzung. Im Westen wiederum bilden die Möckernstraße, das Hallesche Ufer nördlich des Landwehrkanals sowie die Köthener Straße die Gebietsgrenze.

¹ Die Angaben beziehen sich noch auf die alte LOR-Systematik, die die Datengrundlage der aktuellen Bezirksregionenprofile im Bezirk darstellt. Nach der Änderung der LOR, die seit dem 01.01.2021 gültig ist, liegen in der Bezirksregion Südliche Friedrichstadt, deren Gebiet komplett im GI-Handlungsraum 8 Kreuzberg-Nord verortet ist, folgende Planungsräume: Askanischer Platz, Mehringplatz, Am Berlin Museum, Moritzplatz, Prinzenstraße, Wassertorplatz. In der Bezirksregion Tempelhofer Vorstadt befinden sich mit Gültigkeit 01.01.2021 die Planungsräume Graefekiez Nord, Graefekiez Süd, Urbanstraße und Rathaus Yorckstraße im GI-Handlungsraum. Der Planungsraum Oranienplatz stellt auch nach Änderung der LOR-Systematik weiterhin den einzigen im GI-Handlungsraum verorteten Planungsraum in der Bezirksregion Nördliche Luisenstadt dar.

Handlungsraum 8 Kreuzberg-Nord (Grenzen, Überlagerung BZRP und Fördergebiete)

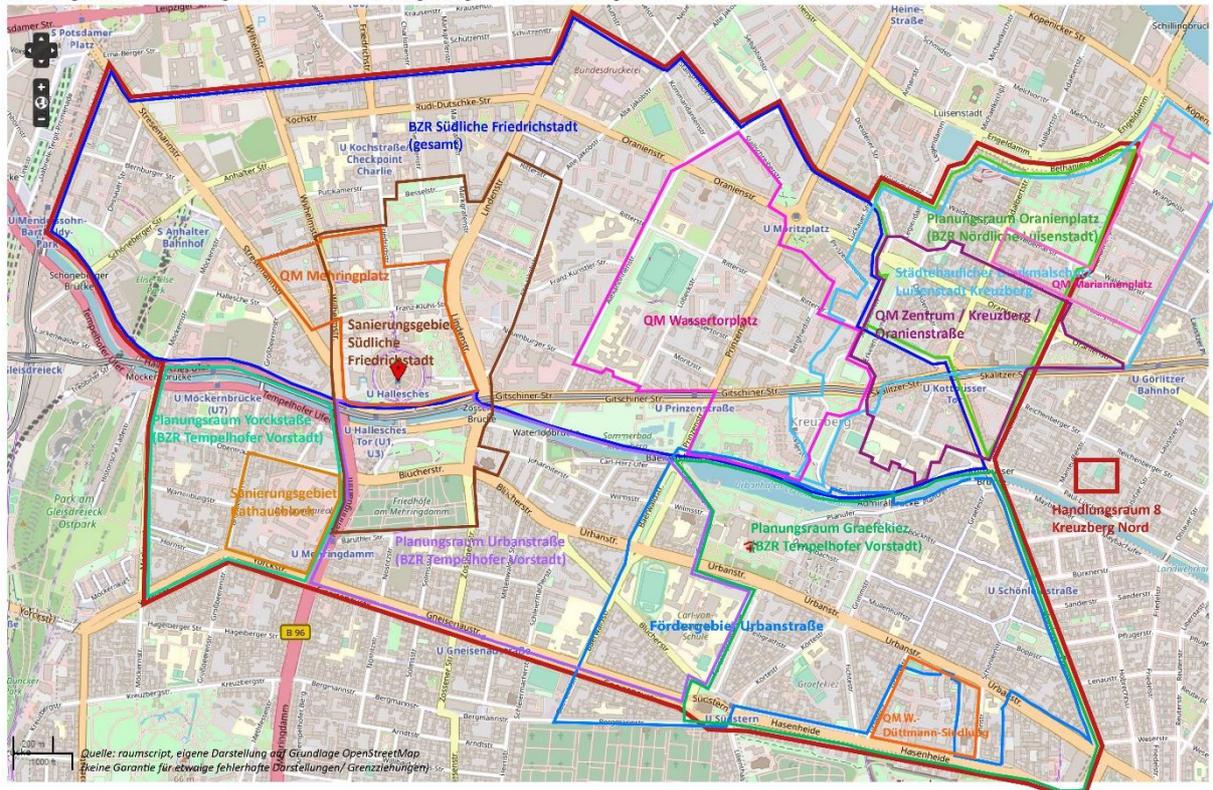


Abbildung 2: Gebietsabgrenzung für den Handlungsraum 8 Kreuzberg-Nord mit sich überlagernden Teilräumen der Förderkulissen und gesichteten Grundlagenpapieren bis September 2022 (Eigene Darstellung raumscript, auf Grundlage von OpenStreetMap, 2022)

Kurzbeschreibung des Gebiets

Der Handlungsraum 8 Kreuzberg-Nord erstreckt sich auf einer Fläche von rund 5,7 km². Charakteristisch für das Gebiet sind zahlreiche Gründerzeitbauten. Aber auch (soziale) mehrgeschossige Wohnbauten der 1960er bis 1980er Jahre prägen den Handlungsraum. Baukörper der Internationalen Bauausstellung von 1984/87 sowie moderne Architekturen, bspw. in der Umgebung des ehemaligen Blumengroßmarktes, ergänzen das städtebauliche Bild des Gebiets, womit sich insgesamt ein abwechslungsreicher und vielschichtiger Stadtraum ergibt. Insgesamt dominiert die Wohnnutzung, wobei die engräumliche Mischung von Wohnen und Gewerbe in Teilen des Gebiets die charakteristische „Kreuzberger Mischung“ beschreibt. Die Gewerbestruktur des Handlungsraums zeichnet sich durch ein vielfältiges Angebot an Einzelhandels- und Dienstleistungs- sowie Gewerbebetrieben aber auch Kulturorten aus.

Der Handlungsraum ist durch den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) gut erschlossen. So durchqueren neben mehreren Buslinien die U-Bahnliesen U1, U3, U6, U7 und U8 das Gebiet. Wichtige Umsteigeverbindungen sind das „Hallesche Tor“, das „Kottbusser Tor“ und der im Südosten des Gebiets angrenzende „Hermannplatz“. Die Station „Anhalter Bahnhof“ im Westen stellt die einzige S-Bahn-Station im Handlungsraum dar. Durch die innerstädtische Lage durchqueren das Gebiet einige stark befahrene Verkehrsachsen. Hierzu

gehören unter anderem der Mehringdamm, die Gneisenaustraße/Yorckstraße, die Hasenheide, die Urbanstraße, der Kottbusser Damm, das Hallesche Ufer/Gitschiner Straße/Skalitzer Straße. Diese Straßen stellen erhebliche räumliche Barrieren in den Quartieren dar und sind in großem Maße für die Luftbelastung mit Abgas-Emissionen verantwortlich.

Trotz der dichten Bebauung durchziehen zahlreiche Grünstrukturen die Gebietskulisse. Entlang des Landwehrkanals und abseits von diesem erstrecken sich öffentliche Räume mit unterschiedlichen Grünelementen. So sind in diesem Zusammenhang u.a. der Böcklerpark, die Grünanlage entlang des ehemaligen Luisenstädtischen Kanals und der Theodor-Wolff-Park anzuführen, die Freizeit- und Erholungsmöglichkeiten bieten. Ebenso stellen die Friedhöfe am Mehringdamm, die sich aus fünf Kirchhöfen zusammensetzen, aus stadtklimatischer wie biologischer Sicht einen bedeutenden Grünraum dar.

Förderkulissen der Städtebauförderung und Erhaltungsgebiete im Handlungsraum Kreuzberg-Nord²

Im Handlungsraum Kreuzberg-Nord sind zahlreiche Teilräume mit Förderkulissen belegt, die sich teilweise überlagern (vgl. auch Abb. 1):

QM Mehringplatz, QM Wassertorplatz, QM Zentrum Kreuzberg/Oranienstraße, ehemaliges QM Mariannenplatz (Verstetigung 2020), ehemaliges QM Werner-Düttmann-Siedlung (Verstetigung 2020), Sanierungsgebiet Südliche Friedrichstadt, Sanierungsgebiet Rathausblock, Fördergebiet Lebendige Zentren und Quartiere Luisenstadt, Fördergebiet Lebendige Zentren und Quartiere Urbanstraße. Für diese Teilräume existieren jeweils eigene (Integrierte) Entwicklungskonzepte.

Im Handlungsraum sind weite Teile als Erhaltungsverordnungsgebiete nach § 172 BauGB (Erhaltung der Zusammensetzung der Wohnbevölkerung und Erhaltung der städtebaulichen Eigenart des Gebiets aufgrund seiner städtebaulichen Gestalt) festgelegt worden: Soziales Erhaltungsgebiet Hornstraße, Soziales Erhaltungsgebiet Kreuzberg-Nord, Soziales und städtebauliches Erhaltungsgebiet Luisenstadt/Segitzdam, Soziales und städtebauliches Erhaltungsgebiet Graefestraße, Soziales Erhaltungsgebiet Bergmannstraße.

² In den Bezirksregionen Nördliche Luisenstadt und Tempelhofer Vorstadt bzw. in den sie einschließenden ehemaligen QM-Gebieten Mariannenplatz und Werner-Düttmann-Siedlung sind ferner zwei Stadtteilkordinationen aktiv, die an die Sozialraumorientierte Planungskoordination (SPK) im Bezirksamt angedockt sind.

1.3 Methodik und Beteiligungsprozess

1.3.1 Zeitschiene 2022

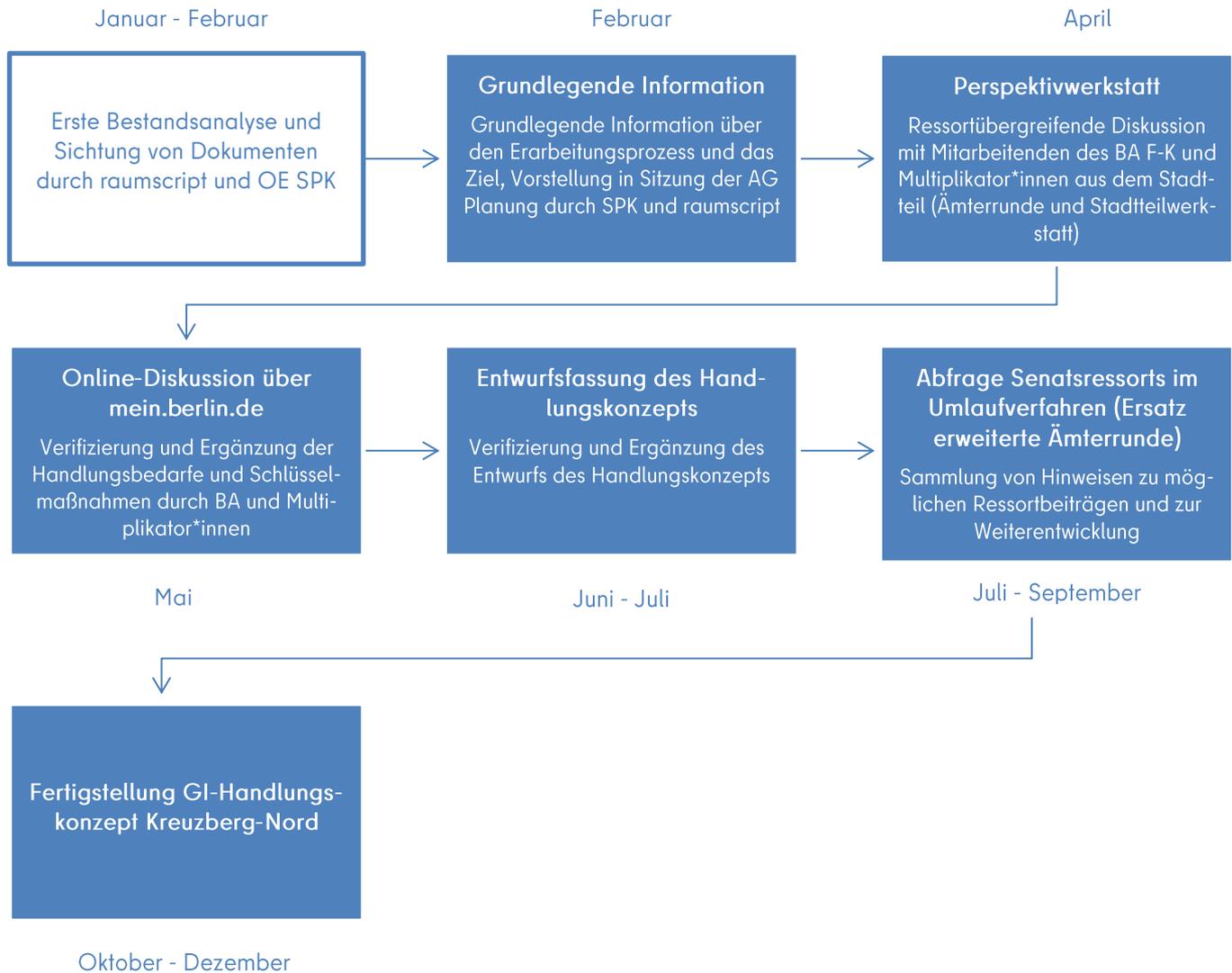


Abbildung 3: Zeitschiene für die Erarbeitung des Handlungskonzeptes für den Handlungsraum 8 Kreuzberg-Nord (Eigene Darstellung, 2022)

1.3.2 Grundlagenermittlung und Konzept

Ausgangspunkt der Prozessgestaltung zur Erarbeitung des GI-Handlungskonzeptes war der berlinweite „Leitfaden zur Erstellung integrierter Handlungskonzepte im Rahmen der Ressortübergreifenden Gemeinschaftsinitiative zur Stärkung sozial benachteiligter Quartiere“. Der in dem Leitfaden vorgeschlagene Erarbeitungsprozess wurde auf die bezirklichen Besonderheiten bzw. Anforderungen in Friedrichshain-Kreuzberg angepasst. Um die Fachämter zu entlasten, wurden die vorhandenen (integrierten) Entwicklungskonzepte und Stu-

dien, die den GI-Handlungsraum betreffen, durch das beauftragte Büro in Bezug auf Stärken, Herausforderungen, Handlungsbedarfe und mögliche Schlüsselmaßnahmen vorgeschichtet, ausgewertet und die Auswertungen den Fachämtern und ausgewählten Akteur*innen im Stadtteil zur Kommentierung und Ergänzung zur Verfügung gestellt. Die Fachämter hatten laufend die Möglichkeit, weitere Dokumente als Grundlage in das Handlungskonzept einzubringen.

Folgende Dokumente wurden vom bearbeitenden Büro für die Erarbeitung des Handlungskonzepts Kreuzberg-Nord gesichtet und ausgewertet:

- Soziales Infrastruktur-Konzept (2017) für den Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg
- Bezirksregionenprofile Teil 1 (2020) für die Bezirksregionen inkl. aktualisierter KID (Stand: 31.12.2020)
 - Nördliche Luisenstadt
 - Südliche Friedrichstadt
 - Tempelhofer Vorstadt
- Integrierte Handlungs- und Entwicklungskonzepte (ISEKs) (Jahre 2019-2022, 2022-2025) der QM-Gebiete
 - Mehringplatz
 - Zentrum-Kreuzberg/Oranienstraße
 - Wassertorplatz
- Aktionspläne verstetigter QM-Gebiete (Mariannenplatz, Werner Düttmann-Siedlung)
- INSEKs Lebendige Zentren und Quartiere (ehem. Städtebaulicher Denkmalschutz)
 - Luisenstadt (2016/2017)
 - Urbanstraße (2016/2017)
- Konkretisierung sozialer Sanierungsziele im Sanierungsgebiet „Südliche Friedrichstadt“, 2016
- Sozialstudie zur Konkretisierung sozialer Sanierungsziele für das Sanierungsgebiet Südliche Friedrichstadt, Abschlussbericht 2014
- Freiflächen-Entwicklungskonzept Urbanstraße 2021
- Studien (vgl. auch Quellenverzeichnis)
 - „Mehr Grün in Friedrichshain-Kreuzberg“ (2019)
 - „Gewohnt ist nicht normal: Jugendlalltag in zwei Kreuzberger Kiezen“ (2018)
 - Studie 60+ (2021)
 - Zero Waste Konzept für den öffentlichen Raum Friedrichshain-Kreuzberg (2019)
 - Leben zwischen Dreck und Drogen, Sicherheitsempfinden am Kottbusser Tor, Berlin (2021)

Zeitlich parallel zum Erarbeitungsprozess des vorliegenden Handlungskonzepts wurden im Bezirk die integrierten Handlungskonzepte für die QM-Gebiete Mehringplatz, Zentrum-Kreuzberg/Oranienstraße und Wasertorplatz aktualisiert und fortgeschrieben. Die Auswertung dieser aktuellen Dokumente war weitere Grundlage für die Abstimmungen der Schlüsselmaßnahmen für den Handlungsraum mit den Fachämtern und Akteur*innen im Stadtteil. In den Erarbeitungszeitraum fiel auch die Fortschreibung des bezirklichen Soziale Infrastruktur-Konzepts (SIKo). Dieses konnte aber nicht mehr in das vorliegende Handlungskonzept einfließen.

Auch wenn mit der Erarbeitung des Handlungskonzepts der Versuch verbunden ist, möglichst viele Themen und Handlungsfelder aus den Dokumenten zu integrieren, ist eine vollständige Wiedergabe aller Inhalte nicht möglich. Es ist daher nicht auszuschließen, dass einzelne Themen und Handlungsfelder, die im Zuge der GI von Bedeutung sein könnten, nicht im GI-Handlungskonzept enthalten sind. Aus Sicht der Autor*innen sind die benannten sowie ggf. weitere Konzepte und Dokumente zum GI-Handlungsraum dennoch indirekter Bestandteil des GI-Handlungskonzeptes und sollten daher im Einzelfall ebenfalls als Berufungsgrundlage herangezogen werden können.

1.3.3 Vorstellung Arbeitsprozess im Bezirk

Neben der frühzeitigen Information der relevanten Ansprechpartner*innen in den Fachämtern durch die bezirkliche Sozialraumorientierte Planungskoordination (SPK), wurden die Grundlagen und der geplante Erarbeitungsprozess im Februar 2022 in der Sitzung der AG Planung umfassend erläutert und die Möglichkeiten zur Mitgestaltung an dem Konzept dargestellt.

1.3.4 Perspektivwerkstatt am 29.04.2022 - Ämterrunde und Stadtteilwerkstatt

Am 29. April 2022 wurden in einer digitalen Perspektivwerkstatt die Handlungsbedarfe im Handlungsraum Kreuzberg-Nord mit 30 Mitarbeiter*innen aus den Fachämtern und Schlüsselakteur*innen aus dem Stadtteil erörtert. In der Arbeitsphase in interdisziplinär besetzten Arbeitsgruppen wurden die erarbeiteten Vorschläge für die Schlüsselmaßnahmen bewertet und ergänzt. Im Plenum wurden die Ergebnisse der Arbeitsphase vorgestellt und diskutiert. Im zweiten Teil der Veranstaltung wurde von den Teilnehmenden ein fachliches Meinungsbild abgefragt, welche der vorgeschlagenen Maßnahmen bevorzugt in das GI-Handlungskonzept einfließen könnten. Auf Basis dieser Votierung wurden im Plenum Ergänzungen und Präzisierungen vorgenommen und Ansprechpartner*innen aus den Fachämtern und der zivilgesellschaftlichen Träger für die Schlüsselmaßnahmen benannt.

1.3.5 Vor- und Nachbereitung Perspektivwerkstatt über Beteiligungsportal meinBerlin.de

Zur Vor- und Nachbereitung der Perspektivwerkstatt durch die Mitarbeiter*innen aus den Fachämtern wurde im Beteiligungsportal des Landes Berlin meinBerlin.de ein geschützter Bereich zur Kommentierung und Ergänzung der erarbeiteten Grundlagen und Schlüsselmaßnahmen angelegt. Die Mitarbeiter*innen der Fachämter und eingeladenen Schlüsselakteur*innen aus dem Stadtteil setzten sich während einer dreiwöchigen Arbeitsphase vor der Perspektivwerkstatt mit dem Themenspektrum auseinander. Hier bestand die Möglichkeit, sich über die Grundlagen der GI zu informieren, die vom beauftragten Büro erarbeiteten Stärken, Herausforderungen und Handlungsbedarfe für den Handlungsraum zu verifizieren und zu kommentieren sowie die ersten Vorschläge für Schlüsselmaßnahmen zu prüfen und weitere Vorschläge einzubringen.

Die Ergebnisse der Perspektivwerkstatt wurden erneut in den geschützten meinBerlin.de-Bereich eingestellt und für die Teilnehmenden der Werkstatt und die benannten Ansprechpartner*innen zur Bearbeitung freigegeben, um fehlende Informationen zu den Vorschlägen der Schlüsselmaßnahmen ergänzen zu können.

1.3.6 Erweiterte Ämterrunde

Aufgrund organisatorischer Rahmenbedingungen, die die Umsetzung der erweiterten Ämterrunde verhindern, und um dennoch eine vertiefende Auseinandersetzung mit den Maßnahmen und Auswertungen zu ermöglichen, hat sich die Steuerungsrunde dazu entschieden, die erweiterte Ämterrunde zur gemeinsamen Abstimmung der Schlüsselmaßnahmen mit den bezirklichen Fachämtern und den Senatsressorts und zur Benennung möglicher Ressortbeiträge im Rahmen eines Umlaufverfahrens zu realisieren. Dieses wurde im September 2022 abgeschlossen und die Rückmeldungen, soweit sie sich auf mögliche Ressortbeiträge oder die Weiterentwicklung einer Schlüsselmaßnahme bezogen, in die Steckbriefe der Schlüsselmaßnahmen (siehe Kap. 4) eingefügt.

Diese Version des Konzepts wurde den Fachämtern in Friedrichshain-Kreuzberg im November zur Prüfung und Ergänzung vorgelegt und diese Rückmeldungen wiederum in das vorliegende Konzept eingearbeitet.

2 AUSGANGSSITUATION

Nachfolgend werden zentrale Daten und Informationen zum Handlungsraum 8 Kreuzberg-Nord dargelegt. Die statistischen Daten, auf die in den nächsten Unterkapiteln Bezug genommen wird, bilden zum größten Teil den 31.12.2020 als Stand ab³. Auf Datensätze, die zu einem anderen Zeitpunkt erfasst wurden, hierbei besonders die Daten in den zugrundeliegenden Bezirksregionenprofilen Teil I aus dem Jahre 2020 mit Datenstand 31.12.2018, wird explizit hingewiesen.

³ Vgl. Ami für Statistik, Kernindikatoren – Vergleich der LOR-Bezirksregionen, Zeitbezug 2020

2.1 Sozialräumliche Struktur

2.1.1 Einwohner*innenstruktur

Mit Stand 31.12.2018 lebten im Handlungsraum 87.847 Menschen, womit dieser rund 30 % der gesamten Bevölkerung von Friedrichshain-Kreuzberg umfasst (Bezirk: 289.120 Einwohner*innen). Mit ca. 15.390 Einwohner*innen pro km² ist die Bevölkerungsdichte des Gebiets als sehr hoch einzustufen, woraus sich eine intensive Nutzung der vorhandenen Infrastrukturen ergibt. Während die Bevölkerungszahlen in den einzelnen Teilräumen im Handlungsraum im Zeitraum von 2013 bis 2018 mit Ausnahme der Planungsräume Moritzplatz, Wassertorplatz und Oranienplatz insgesamt gestiegen sind, sind sie in der Fortschreibung bis 2020 insgesamt leicht zurückgegangen und liegen mit im Durchschnitt -0,9 % in der BZR Südliche Friedrichstadt, Nördliche Luisenstadt und Tempelhofer Vorstadt leicht unter dem Kreuzberger Schnitt (-0,5 %).

Das Durchschnittsalter der im Handlungsraum lebenden Personen beträgt 38,3 Jahre und liegt damit leicht über dem bezirklichen Durchschnitt von 38,1 Jahren.

Menschen mit Migrationshintergrund

59,2 % der Einwohner*innen im Handlungsraum haben einen Migrationshintergrund, im Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg hingegen beträgt der Wert 45,3 %. Innerhalb der verschiedenen Planungsräume variiert der Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund stark. Während die Werte in den Teilräumen der Tempelhofer Vorstadt (Rathaus Yorckstraße, Urbanstraße und Graefekiez) unter 50 % liegen, so liegt der Anteil an Menschen mit Migrationshintergrund in den übrigen Planungsräumen zwischen 63 % (Oranienplatz) und 70,8 % (Moritzplatz).

Sozialer Statusindex

In Bezug auf den Sozialen Statusindex stellt sich der Handlungsraum als heterogen dar. Während die Planungsräume südlich des Landwehrkanals (Rathaus Yorckstraße, Urbanstraße und Graefekiez) einen mittleren Sozialen Statusindex mit einer stabilen Dynamik aufweisen, dominiert nördlich des Landwehrkanals ein sehr niedriger Sozialer Statusindex mit einer positiven Dynamik. Der Askanische Platz dagegen hebt sich mit einem niedrigen Sozialen Statusindex und einer positiven Dynamik von den übrigen Planungsräumen nördlich des Landwehrkanals ab. Damit wird deutlich, dass im nördlichen Teil des Handlungsraums ein höherer stadtentwicklungspolitischer Handlungsbedarf besteht. So ist die Dichte an sozialen Problemen in diesen Quartieren größer als in denen der Tempelhofer Vorstadt.

Wohndauer

Im Handlungsraum wohnten mit Stichtag 31.12.2020 im Schnitt insgesamt 66 % der Einwohner*innen mindestens fünf Jahre an derselben Wohnadresse. Dieser Prozentsatz entspricht dem Berliner Durchschnitt. Im Vergleich zum Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg (61 %) ist der Wert hingegen leicht erhöht. Hervorzuheben ist, dass die Wohndauer in einigen Planungsräumen nördlich des Landwehrkanals deutlich den Durchschnitt nach oben zieht. So liegen die Werte in den Planungsräumen Moritzplatz (75 %), Wassertorplatz (72 %), und Oranienplatz (73 %) deutlich über dem Berliner und bezirklichen Schnitt.

2.1.2 Lebenslagen

Erwerbsbeteiligung

In den BZR Südliche Friedrichstadt, Tempelhofer Vorstadt und Nördliche Luisenstadt liegt der Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten mit Stand 31.12.2020 mit je 44,1 %, 50,1 % und 42,2 % deutlich unter dem bezirklichen (52,8 %) und Berliner Wert (55,4 %). Im Vergleich zu den Daten aus 2018 hat die Erwerbsbeteiligung im Gebiet zugenommen. Die durchschnittliche Arbeitslosenquote der arbeitsfähigen Bevölkerung stellt sich in den drei BZR mit 12,23 % ebenfalls höher dar als auf dem Niveau des Bezirks (8,3 %) bzw. des Landes Berlins (8,3 %). Vor allem die Werte in der BZR Südliche Friedrichstadt (15,1 %) und Nördlichen Luisenstadt (13,1 %) bedürfen einer erhöhten Aufmerksamkeit. Besonders hoch ist der Anteil in den Planungsräumen Mehringplatz (14 %), Moritzplatz (16 %), Wassertorplatz (16 %) und Oranienplatz (15 %).

Transferleistungsabhängigkeit

Mit 27,3 % bezieht im Handlungsraum etwas mehr als ein Viertel aller Personen unter 65 Jahren Transferleistungen nach SGB II (Stand 31.12.2020). Dieser Wert weicht deutlich vom Bezirks- und Landesniveau ab (16 % und 17 %) und verdeutlicht die ungünstige finanzielle Lage vieler im Handlungsraum lebenden Menschen, die von Armut betroffen sind. Mit 40 % weist der Planungsraum Moritzplatz den höchsten Wert auf, dicht gefolgt vom Wassertorplatz (39 %). Im Planungsraum Urbanstraße dagegen ist er mit 13 % beinahe um ein Drei- bis Vierfaches geringer.

Kinder- und Jugendarmut

42,5 % der Kinder und Jugendlichen unter 15 Jahren im Handlungsraum wachsen in Haushalten auf, die Transferleistungen nach SGB II beziehen - in Friedrichshain-Kreuzberg und Berlin beträgt der Wert lediglich 27 % (Stand 31.12.2020). Hierbei besteht zwischen den Planungsräumen Moritzplatz (61 %) sowie Wassertorplatz (62 %) ein deutlicher Kontrast zum Planungsraum Urbanstraße (19 %), was verdeutlicht, wie unterschiedlich stark die Problematik im Handlungsraum verankert ist.

Für Alleinerziehende bestand mit Datenstand 31.12.2018 das höchste Armutsrisiko. Der Anteil an Personen unter 18 Jahren, die in einem alleinerziehenden Haushalt mit SGB II-Bezug lebten, war im Handlungsraum

mit 13,1 % nur in geringem Maße höher als im Vergleich zu Gesamt-Berlin (12,5 %). Mit 18,3 % hingegen wies der Planungsraum Moritzplatz den höchsten Wert im Handlungsraum auf.

Zum 31.12.2018 lag die Jugendarbeitslosigkeit im Handlungsraum mit 5,7 % über dem Bezirks- (4,3 %) und Landesdurchschnitt (3,8 %). Zwischen 2013 und 2018 sank der Wert mit 2,0 % zwar stärker als in Friedrichshain-Kreuzberg (-1,5 %) bzw. Berlin (-1,3 %). Dennoch stellt die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit weiterhin eine bedeutende Aufgabe im Handlungsraum dar, die einer großen Aufmerksamkeit bedarf.

Altersarmut

Unter Verwendung statistischer Daten zu Personen, die über 65 Jahre alt sind und Transferleistungen bzw. eine Altersgrundsicherung beziehen, lassen sich Aussagen zur Altersarmut ableiten. Der Anteil im Handlungsraum weicht mit Datenstand 31.12.2020 hierbei mit 20,0 % deutlich von dem des Bezirks Friedrichshain-Kreuzberg (13 %) und des Landes Berlins (6 %) ab. In der BZR Südliche Friedrichstadt erhalten 22,4 % der Einwohner*innen im Alter von 65 Jahren und älter, die außerhalb einer stationären Einrichtung leben, Grundsicherung nach SGB XII. Der Anteil ist in den vergangenen Jahren angestiegen und etwa doppelt so hoch wie die Vergleichswerte im Bezirk (12,9 %) und viermal so hoch wie im Land Berlin (6,4 %). Besonders hoch ist die Quote im PLR Wassertorplatz mit 26 %.

2.1.3 Kriminalität

Aussagen zur Kriminalität im Handlungsraum lassen sich auf Grundlage der kiezbezogenen Straftaten aus der Polizeilichen Kriminalstatistik und anhand des „Berliner Monitoring Gewaltdelinquenz“ (2021) treffen. Grundsätzlich liegt die Kriminalitätsbelastung in Kreuzberg deutlich über dem Berliner Durchschnitt. Die am stärksten belastete Bezirksregion mit dem größten Anstieg um 10,3 % war 2019 die Nördliche Luisenstadt, während die Südliche Friedrichstadt und Tempelhofer Vorstadt - auf hohem Niveau - nur geringfügige Veränderungen zum Vorjahr aufwiesen. Weit unterdurchschnittlich belastet zeigt sich der Bezirk hingegen im Bereich der Schulgewalt.

Kleinräumiger betrachtet weist der Planungsraum Wassertorplatz eine sowohl erhöhte Zahl altersunspezifischer Gewalt als auch von Gewalt durch Jugendliche auf. Ähnlich schwierig ist die Lage im Planungsraum Oranienplatz. Hier geht das Monitoring davon aus, dass die Gewaltbelastung eher von der Wohnbevölkerung ausgeht, als dass sie auf die Feier- oder Ausgehscene zurückzuführen ist.⁴

Der Anteil kiezbezogener Straftaten in den drei Bezirksregionen des Handlungsraums beträgt mit Datenstand 31.12.2020 im Mittel 4 pro 100 Einwohner*innen und liegt damit im Durchschnitt des Bezirks, aber deutlich über dem Berliner Durchschnitt (2,8 Straftaten pro 100 Einwohner*innen). Hervorzuheben ist der hohe Anteil kiezbezogenen Straftaten je 100 Einwohner*innen im PLR Oranienplatz (6) und im PLR Wassertorplatz (7).⁵

⁴ Vgl. Landeskommission Berlin gegen Gewalt 2021, S. 29 ff.

⁵ Vgl. Amf für Statistik, Kernindikatoren - Vergleich der LOR-Bezirksregionen, Zeitbezug 2020

Die Anzahl der Maßnahmen zur Gewaltprävention an Schulen liegt im Bezirk über dem Berliner Durchschnitt. Dazu gehören der Einsatz des Programms „Jugendsozialarbeit an der Berliner Schulen“, das Bonus-Programm und das Programm „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“.

2.1.4 Bildung

Vorschulische Bildung

37,6 % der Kinder in den drei Bezirksregionen des Handlungsraumes wiesen zum Zeitpunkt der Einschulung (2015-2017) Sprachdefizite auf (Stand 31.12.2018). Dieser Wert lag deutlich über dem Durchschnitt des Bezirks Friedrichshain-Kreuzberg (25,4 %) und des Landes Berlins (27,5 %). Die Dringlichkeit des Handlungsbedarfs ergibt sich aus dem Umstand, dass sich der Wert auf Ebene der drei Bezirksregionen zwischen 2012 bis 2017 um 5,7 % erhöht hat. Die prozentualen Ausmaße in Bezug auf etwaige Sprachdefizite und deren Veränderung fallen in den Planungsräumen der Tempelhofer Vorstadt am geringsten aus (Sprachdefizite: 19,3 %, Veränderung zwischen 2012-2017: 1 %).

Schulische Bildung

Zwei von drei Schüler*innen in den Bezirksregionen des Handlungsraums waren nicht-deutscher Herkunft (Stand 31.12.2018). Wenngleich der Wert in dem Zeitraum 2013 bis 2018 um 1,8 % zurückgegangen ist, so lag er nach wie vor deutlich über dem Niveau des Bezirks (51,6 %) und des Landes Berlin (45,3 %). Die Südliche Friedrichstadt wies mit 88,7 % den größten Anteil an Schüler*innen nicht-deutscher Herkunft im Gebiet auf.

Ein ähnliches Bild zeichnete sich in Bezug auf die Lernmittelkostenbefreiung ab. Auch hier lag der Prozentsatz mit 60,5 % weit über dem bezirklichen Durchschnitt (44,4 %) und dem des Landes (37,3 %). Als besonders kritisch stellt sich die finanzielle Situation zahlreicher Haushalte in der Bezirksregion Südliche Friedrichstadt dar, wo die Lernmittelkostenbefreiungsquote bei 77,8 % lag.

2.1.5 Gesundheitliche Situation

Mit Stand 31.12.2018 wiesen 19,1 % der Kinder, die zwischen 2015 und 2017 in den drei Bezirksregionen eingeschult wurden, motorische Defizite auf. Mit 24 % ist der Anteil in der Südlichen Friedrichstadt am größten und übersteigt den Durchschnitt Friedrichshain-Kreuzbergs (15,6 %) sowie des Landes Berlins (20,8 %). Von 2012 bis 2017 ist der Anteil an motorischen Defiziten bei den eingeschulten Kindern in allen drei Bezirksregionen des Handlungsraums gestiegen, woraus sich ein entsprechender Handlungsbedarf ergibt.

Im Hinblick auf den Anteil von Kindern mit Übergewicht zum Einschulungszeitpunkt zeigte sich zum gleichen Stichtag folgendes Bild: Zwar war der Wert im Mittel aller drei Bezirksregionen mit 12,0 % geringfügig höher als im Vergleich zum Bezirk (9,4 %) bzw. zum Land (9,5 %), allerdings war dieser zwischen 2012 bis 2017 um

4,4 % zurückgegangen. Besonderer Handlungsbedarf ergibt sich vor allem in der Südlichen Friedrichstadt, da hier der Anteil an eingeschulden Kindern, die übergewichtig sind, mit 16,8 % am höchsten im Handlungsraum war.

Der „Subindex III - Gesundheit (Lebenserwartung, Säuglingssterblichkeit, Anzahl Krankenhausbehandlungsfälle)“ des Gesundheits- und Sozialstrukturatlas Berlin 2022 konstatiert für den Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg eine hohe Belastung. Hier ergibt sich z.B. eine mittlere Lebenserwartung von unter 80 Jahren. Im Bezirk lässt sich zudem eine Zunahme stationärer Behandlungsfälle für die Diagnosen „Psychische und Verhaltensstörungen durch Alkohol“ feststellen. Insgesamt nehmen die Planungsräume Mehringplatz, Oranienplatz, Askanischer Platz, Moritzplatz und Wassertorplatz im Vergleich aller Planungsräume des Bezirks im Gesundheits- und Sozialindex des Bezirks 2022 die Plätze 21 bis 25 von 26 Planungsräumen ein.⁶

2.2 Infrastrukturversorgung

2.2.1 Soziale Infrastruktur

Kindertagesstätten

Mit Stand 31.12.2018 zählte der Handlungsraum 8 Kreuzberg-Nord 4.833 potenziell belegbare Kitaplätze, die sich auf 84 Kindertagesstätten verteilten. In den drei Bezirksregionen lag die Versorgungsquote der 0-7-Jährigen mit rund 80,1 % über dem Niveau des Bezirks (72,7 %). Die Betreuungsquote (Anteil der betreuten Kinder an allen Kindern derselben Altersgruppe) dagegen unterschritt mit 60,9 % den Durchschnittswert Friedrichshain-Kreuzbergs (64,7 %). Innerhalb des Handlungsraums stellten sich die Werte dabei unterschiedlich dar. So wies die Bezirksregion Südliche Friedrichstadt die zweitniedrigste Versorgungs- und die niedrigste Betreuungsquote im Bezirk auf. In der Nördlichen Luisenstadt war die Versorgungsquote die höchste in Friedrichshain-Kreuzberg, die Betreuungsquote wiederum ist die zweitniedrigste.

Schulen und schulbezogene Einrichtungen

Im Handlungsraum befinden sich insgesamt 18 Schulen sowie 19 schulbezogene Einrichtungen. Diese lassen sich wie folgt untergliedern: Elf Grundschulen, zwei Schulen mit sonderpädagogischem Förderschwerpunkt, zwei Integrierte Sekundarschulen, eine Integrierte Sekundarschule mit Grundstufe (Gemeinschaftsschule) sowie zwei Gymnasien. Die schulbezogenen Einrichtungen wiederum umfassen zwei weiterbildende Einrichtungen, 18 Angebote schulbezogener Jugendsozialarbeit und 1 private Schule. Die verschiedenen Schultypen sind innerhalb des Gebiets ungleich verteilt. So verfügt bspw. der Planungsraum Oranienplatz über keine Schule bzw. schulbezogene Einrichtung, wohingegen die weiterbildenden Schulen sich ausschließlich in den

⁶ Vgl. Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit, Pflege und Gleichstellung, 2022, S. 27f. und 46

Planungsräumen Rathaus Yorckstraße, Urbanstraße und Graefekiez befinden. Die Einrichtungen verteilen sich im Handlungsraum wie folgt:

- Nördliche Luisenstadt
 - Oranienplatz: keine Einrichtung vorhanden
- Südliche Friedrichstadt
 - Askanischer Platz: zwei Grundschulen (Fanny-Hensel-Grundschule und Clara-Grunwald-Grundschule)
 - Mehringplatz: zwei Grundschulen (Kurt-Schumacher-Grundschule und Galilei-Grundschule) und eine Schule mit sonderpädagogischem Förderschwerpunkt (Liebmann-Schule)
 - Moritzplatz: eine Grundschule (Otto-Wels-Grundschule)
 - Wassertorplatz: eine Grundschule (Jens-Nydahl-Grundschule) und eine Schule mit sonderpädagogischem Förderschwerpunkt (Gustav-Meyer-Schule)
- Tempelhofer Vorstadt
 - Rathaus Yorckstraße: eine Integrierte Sekundarschule (Hector-Peterson-Schule)
 - Urbanstraße: drei Grundschulen (Reinhardswald-Grundschule, Bürgermeister-Herz-Grundschule und Aziz-Nesin-Grundschule/Europa-Schule) und zwei Integrierte Sekundarschulen mit Grundstufe (Gemeinschaftsschule) (Carl-von-Ossietzky-Schule/Europa-Schule und Lina-Morgenstern-Gemeinschaftsschule)
 - Graefekiez: eine Grundschule (Lemgo-Grundschule/Europa-Schule), eine Integrierte Sekundarschule (Albrecht-von-Graefe-Schule/Europa-Schule) und zwei Gymnasien (Robert-Koch- und Hermann-Hesse-Gymnasium)

Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen

Der Versorgungsgrad an Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen betrug mit Datenstand 31.12.2018 in den drei Bezirksregionen im Mittel 7,2 Plätze je 100 Einwohner*innen im Alter von 6 bis 25 Jahren und überstieg damit den bezirklichen Durchschnitt (6,9 Plätze je 100 Einwohner*innen). Innerhalb der Bezirksregionen variierten die Werte für jene Altersgruppe erheblich - der Richtwert für Jugendfreizeitstätten, wonach für 11,4 % der Kinder und Jugendlichen im Alter von 6 - 25 Jahren Plätze in öffentlichen und öffentlich geförderten Jugendfreizeitstätten bereit zu stellen ist, wird jedoch in keinem Teilraum erfüllt.

Die Nördliche Luisenstadt wies einen Versorgungsgrad von 10 Plätzen je 100 Einwohner*innen auf. Im Zentrum des Planungsraums Oranienplatz befindet sich lediglich die Jugendfreizeiteinrichtung NaunynRitze. Eine weitere bedeutende Anlaufstelle stellt das Familienzentrum Adalbertstraße dar.

Mit dem KinderJugendKulturzentrum KiJuKuZ, dem JAM – Jugendtreff am Mehringplatz und der KMAntenne im Planungsraum Mehringplatz und dem Statthaus Böcklerpark im Planungsraum Wassertorplatz verfügt die Südliche Friedrichstadt über vier Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen. Der Versorgungsgrad in dieser Bezirksregion beträgt 8,5 %. Darüber hinaus existieren drei Familienzentren.

Die Tempelhofer Vorstadt wies mit 3,2 % den niedrigsten Versorgungsgrad aller drei Bezirksregionen des Handlungsraums auf. Die einzigen beiden Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen sind der Jugendtreff Drehpunkt und die Kinderfreizeiteinrichtung GraefeKids, die sich im Planungsraum Graefekiez befinden. Auch der Familientreff Kita Urbanstraße 48k ist in diesem Planungsraum zu verorten.

Einrichtungen für Senior*innen

Im Handlungsraum befinden sich mit Datenstand Juli 2018 26 Einrichtungen für Senior*innen, die Hälfte davon in der südlichen Friedrichstadt. 22 der Einrichtungen bieten maßgeblich Freizeit- oder Beratungsangebote an, womit diese Arten der Einrichtungen überwiegen.

Die größte Diversität in den Angeboten liegt in der Bezirksregion Südliche Friedrichstadt vor. Dort findet sich neben Freizeit- und Beratungsangeboten auch eine Kantine, eine Einrichtung für Senior*innen mit Behinderung sowie ein ehrenamtlicher Besuchsdienst für Senior*innen. In der Tempelhofer Vorstadt und der Nördlichen Luisenstadt befinden sich mit Ausnahme des Café Bethesda, einem Senior*innen-Café, beinahe ausschließlich Freizeit- und Beratungseinrichtungen. Laut Auskunft des Amtes für Soziales Friedrichshain-Kreuzberg ist der GI-Handlungsraum in Bezug auf die Sicherstellung und Förderung sozialer Teilhabe und einer adäquaten Beratungsstruktur im Vergleich zu anderen Sozialräumen im Bezirk gut versorgt. Drei der fünf kommunalen Begegnungsstätten sind hier verortet. Mit dem AWO-Begegnungszentrum in der Adalbertstraße gibt es eine gute Anlaufstelle für diese Altersgruppe. Ein breites Spektrum von Beratungsangeboten ist generationsübergreifend ausgelegt und wird von vielen Einrichtungen angeboten.

Einrichtungen Stadtteilarbeit

Einrichtungen der Stadtteilarbeit im Handlungsraum finden sich den Daten aus dem Jahr 2018 nach in den Bezirksregionen Südliche Friedrichstadt und Tempelhofer Vorstadt. Erstere weist dabei mit vier Einrichtungen dieser Art die höchste Dichte auf. In der Tempelhofer Vorstadt finden sich zwei Einrichtungen, die der Stadtteilarbeit nachgehen. Dabei reicht das Spektrum von Familien-, Kultur- und Stadtteilzentren über eine Einrichtung zur Koordination von Ehrenämtern bis hin zu Nachbarschafts- und Mehrgenerationenhäusern.

Einrichtungen für die Unterbringung geflüchteter Menschen

Im Handlungsraum befinden sich zwei Gemeinschaftsunterkünfte für die Unterbringung Geflüchteter, beide liegen in der Bezirksregion Südliche Friedrichstadt. Dabei handelt es sich um das im Planungsraum Moritzplatz liegende Wohnheim des Betreibers PRISOD Wohnheimbetriebs GmbH in der Stallschreiberstraße 12

sowie die von der Albatros gGmbH betriebene Gemeinschaftsunterkunft im Planungsraum Mehringplatz, Alte Jakobstr. 4/Franz-Künstler-Str. 10.

Gesundheitseinrichtungen

Die bedeutendsten Gesundheitseinrichtungen im Handlungsraum sind das Klinikum Am Urban in der Tempelhofer Vorstadt sowie die MEDECO Zahnklinik Potsdamer Platz in der Bezirksregion Südliche Friedrichstadt. Neben diesen Einrichtungen finden sich im Handlungsraum zahlreiche Gemeinschaftspraxen und Arzthäuser.

2.2.2 Kulturelle Infrastruktur

Der Handlungsraum ist von einer vielfältigen kulturellen Infrastruktur geprägt, die sich zu einem Großteil jedoch aus überbezirklichen Einrichtungen zusammensetzt, die ein berlinweites bzw. bundesweites Publikum adressieren (Martin-Gropius Bau, Jüdisches Museum, Berlinische Galerie, ...). Mit dem Ausbau der Zentral- und Landesbibliothek am Blücherplatz wird ein weiterer überregional bedeutender Kultur- und Bildungsstandort entstehen. Die bezirklichen Kultureinrichtungen liegen alle innerhalb eines Gebiets mit besonderem Aufmerksamkeitsbedarf; dabei handelt es sich um die Wilhelm-Liebnecht-/Namik-Kemal-Bibliothek am Kottbusser Tor, die Volkshochschule am Wassertorplatz sowie das FHXB Friedrichshain-Kreuzberg-Museum.

2.3 Freiräume und Umwelt

2.3.1 Grün- und Freiflächen

Im Handlungsraum prägen unterschiedliche Grün- und Freiflächen den öffentlichen Raum. Einerseits erstrecken sich mit dem Böcklerpark, den Grünflächen am ehemaligen Luisenstädtischen Kanal, dem Landwerkanalufer sowie den Gitschiner Freiflächen zwischen Mehringplatz und Landwerkanal Grün- und Freiräume in Wassernähe. Weitere Orte zur Erholung, zum Verweilen und zu sonstigen Freizeit Zwecken stellen der Besselpark, der Theodor-Wolff-Park, der Elise-Tilse-Park, das Bethanien-Gelände sowie die Grün- und Sportflächen an der Lobeckstraße dar. Die fünf Friedhöfe am Mehringdamm (Ev. Jerusalems- u. Neue Kirche-Friedhof I, II sowie III, Ev. Dreifaltigkeits-Friedhof I und Ev. Böhmisch-Lutherischer Bethlehem-Friedhof I) ergänzen das Angebot an Grün- und Freiflächen vor Ort. Mit den im Westen bzw. im Süden an den Handlungsraum angrenzenden Parks am Gleisdreieck und der Hasenheide befinden sich darüber hinaus weitere Grün- und Freiflächen in unmittelbarer Nähe, bei denen davon auszugehen ist, dass diese ebenfalls von der ansässigen Bevölkerung mitgenutzt werden.

Allerdings ist der Anteil der Grünflächen in Quadratmetern pro Einwohner*in im Handlungsraum sehr unterschiedlich verteilt. Im Mittel liegt der Anteil bei 6,5 qm pro Einwohner*in und damit unter dem bezirklichen Schnitt von 7 qm und Berliner Vergleich von 16 qm Grünflächen pro Einwohner*in. Im Binnenvergleich der

Planungsräume, die im Handlungsraum liegen, ergibt sich aber ein zusätzliches Ungleichgewicht in der Verteilung. Während sich in den PLR Askanischer Platz und Wassertorplatz die Anteile mit 14 qm pro Einwohner*in dem Berliner Durchschnitt nähern, liegt der Wert im PLR Rathaus Yorckstraße bei 1 qm, im PLR Graefekiez bei 2 qm, im PLR Moritzplatz bei 3 qm sowie im PLR Mehringplatz sowie im PLR Urbanstraße bei jeweils 4 qm pro Einwohner*in.

2.3.2 Spiel- und Stadtplätze

Der öffentliche Raum bietet vielfältige Begegnungs- und Austauschmöglichkeiten für Personen aller Altersgruppen, weshalb diesem im urbanen Kontext eine zentrale Rolle zuteilwird. Als bedeutende Stadtplätze im Handlungsraum sind der Mehringplatz, der Blücherplatz, der Wassertorplatz und der Oranienplatz anzuführen. Weitere Plätze, die sich unmittelbar entlang der Handlungsraumgrenze – aber noch innerhalb des Gebiets – erstrecken, sind der Mariannenplatz und der Hohenstaufenplatz.

Die Versorgung mit öffentlichen Spielplätzen im Verhältnis zur Bevölkerung im Handlungsraum entspricht annähernd dem Wert auf Bezirksebene (1 m² pro Einwohner) und dem Wert im Land Berlin (1 m² pro Einwohner). Unter diesem Wert liegt allerdings die Ausstattung in den PLR Moritzplatz, Urbanstraße und Graefekiez. Spielmöglichkeiten bestehen in den an den Handlungsraum angrenzenden Grünflächen, dem Park am Gleisdreieck und der Hasenheide.

2.3.3 Umwelt, Klima und Verkehr

Der Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg gehört hinsichtlich der Umweltgerechtigkeit – der die Kriterien Luftbelastung, Lärmbelastung, Grünversorgung, thermische Belastung sowie Soziale Problematik (Status-Index) umfasst – grundsätzlich zu den am stärksten benachteiligten Bezirken in Berlin.⁷ Zwei- bis Dreifachbelastung der Planungsräume sind die Regel. In Kreuzberg trifft die hohe Mehrfachbelastung besonders im nördlichen Bereich des Handlungsraums oftmals mit einem niedrigen sozialen Status des Gebiets zusammen. Innerhalb des Gebiets gibt es jedoch eine unterschiedliche Betroffenheit. Mit dem Oranienplatz, dem Askanischen Platz, dem Mehringplatz, dem Wassertorplatz und der Urbanstraße weisen fünf der acht Planungsräume des Handlungsraumes eine Dreifachbelastung auf. Die übrigen Planungsräume sind zweifachbelastet. In allen Teilräumen ist die thermische Belastung als hoch einzustufen, die Luftbelastung ist in sechs Teilräumen auf einem hohen Niveau. Insgesamt sind die Umweltbelastungen im Handlungsraum als hoch einzustufen, woraus sich – insbesondere vor dem Hintergrund des Klimawandels – ein dringlicher Handlungsbedarf ergibt.

Die hohe thermische Belastung im Handlungsraum ist auf die dichte Bebauung sowie den Mangel an Grünflächen zurückzuführen. Die hohe Luftbelastung durch Feinstaub und Stickstoffdioxid hingegen resultiert vor

⁷ Vgl. Senatsverwaltung für Umwelt, Mobilität, Verbraucher- und Klimaschutz, 2022, S. 36

allem aus dem Verkehrsaufkommen, das zugleich für eine erhöhte Lärmbelastung verantwortlich ist. Die Belastungen sind dabei entlang der am stärksten befahrenen Straßen am höchsten. Dies betrifft vor allem die Skalitzer Straße, die Gitschiner Straße, die Rudi-Dutschke-Straße, den Kottbusser Damm, den Mehringdamm und die Urbanstraße.

2.4 Akteur*innennetzwerk

Im Handlungsraum gibt es eine umfangreiche und vielfältige Akteur*innenkulisse (siehe Karte auf der nächsten Seite). Diese begründet sich neben der Vielzahl an geförderten Einrichtungen der sozialen Infrastruktur und Unterstützungsangeboten unter anderem in einem in Kreuzberg traditionell stark ausgeprägtem bürgerschaftlichen Engagement.

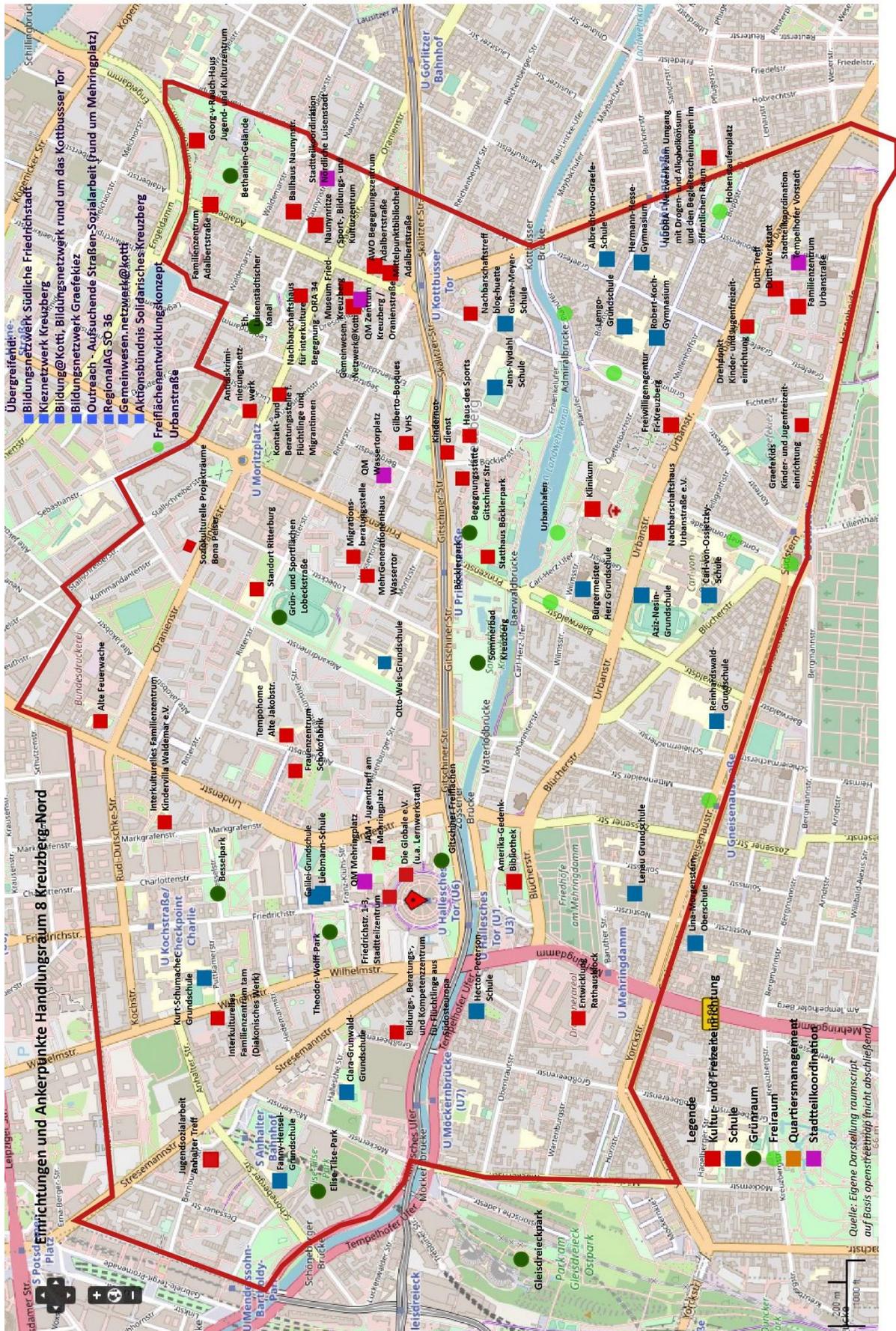


Abbildung 4: Einrichtungen und Ankerpunkte im Handlungsraum 8 Kreuzberg-Nord (Eigene Darstellung raumscrip, auf Grundlage von OpenStreetMap, 2022)

3 STÄRKEN UND HERAUSFORDERUNGEN SOWIE HANDLUNGSBEDARFE

Das Kapitel 3 stellt die Stärken, Herausforderungen und Handlungsbedarfe im Handlungsraum 8 Kreuzberg-Nord je GI-Ziel dar. Die GI-Ziele sind durch den GI-Leitfaden vorgegeben und zum Teil nicht trennscharf formuliert. Es werden Handlungsbedarfe herausgehoben und wo möglich in übergeordnete Themengebiete integriert. Auch die weiteren, nicht als hervorgehobene Handlungsbedarfe behandelten Herausforderungen (gegebenenfalls auch die Stärken) sollen als wichtige Handlungsbedarfe verstanden werden.

Der Handlungsraum 8 Kreuzberg-Nord ist ein sozio-strukturell und baulich sehr heterogenes Gebiet, so dass viele Aussagen nur für Teilräume gelten und jeweils in Bezug zur Analyse des Kapitel 2 gesetzt werden sollten. Daher können die beiden Kapitel, falls möglicherweise Inhalte aus dem einen Kapitel im anderen nicht enthalten sein sollten, auch als gegenseitige Ergänzung verstanden werden.

3.1 Förderung der Sozialen Inklusion

3.1.1 Stärken und Herausforderungen

Stärken

- Bewohner*innen sind verhältnismäßig jung und international, Bevölkerung bietet viele soziokulturelle Anknüpfungspunkte zur Förderung der sozialen Inklusion
- Hohe Ortsbindung vieler Haushalte
- Zum Teil starke institutionelle Strukturen und Netzwerkstrukturen in den Quartieren (Schwerpunkt QM-Gebiete)
- Teils hoher Grad an „vertrauter Öffentlichkeit“⁸
- Aktive Nachbarschaftsprojekte mit Treffpunkten und Beratungsstellen
- Viele kostenlose Angebote für alle Altersgruppen durch Diversität der Einrichtungen

Herausforderungen

- Ein hoher Anteil der Bewohner*innen ist überdurchschnittlich von Armut betroffen
- Viele Themen der sozialen Benachteiligung verstärken sich gegenseitig
- Anteil der älteren Bewohner*innen steigt
- Vorhandene Sprachbarrieren: Hoher Anteil der Bevölkerung im Alter von über 60 Jahren kann schlecht oder sehr schlecht Deutsch lesen und schreiben
- Viele (kostenlose) Angebote im Stadtteil sind den Zielgruppen nicht bekannt
- Stigmatisierung von Bewohner*innen in den besonders benachteiligten Wohnquartieren
- Die sozialräumliche Segregation vor allem in den Quartieren nördlich des Landwehrkanals nimmt zu. Die Nachbarschaft ist zum Teil gespalten und es besteht ein Nebeneinander der

⁸ Vgl. Blokland, 2021, S. 68: Häufige „zufällige“ Begegnungen mit Bekannten, Gespräche mit Unbekannten, Wiedererkanntwerden in Geschäften im Quartier Kottbusser Tor wirkt sich positiv auf das Sicherheitsempfinden aus.

Lebensgewohnheiten mit teils hohem Anonymisierungsgrad (z.B. Kottbusser Tor, Wassertorplatz, Mehringplatz).

- Besonders bei Jugendlichen bilden sich immer stärker eigene „Communities“ mit wenig Austausch untereinander, die soziale und kulturelle Mischung in den Schulen nimmt teilweise ab

3.1.2 Herausgehobene Handlungsbedarfe

3.1.2.1 Vorhandene Sprachbarrieren abbauen

- Ausbau von (generationsübergreifenden) Angeboten in Bibliotheken, Schulen, Volkshochschulen, z.B. zur Sprachförderung
- Förderung des nachbarschaftlichen Dialogs
- Sicherung und Qualifizierung des Angebots für Senior*innen, Bekanntmachung des Angebots über interkulturelle Mittler*innen, die auf die verschiedenen Anforderungen unterschiedlicher kultureller Hintergründe reagieren können

3.1.2.2 Nachbarschaftliche Begegnung und Förderung von Alltagsbegegnungen

- Für alle zugängliche und qualitätsvolle Begegnungsorte bzw. -möglichkeiten im öffentlichen Raum schaffen, auch Rückzugsorte.
- Stärkung Nachbarschaftshilfe, nachhaltige Sicherung von Angeboten.
- Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts

3.1.2.3 Förderung des bürgerschaftlichen Engagements

- Unterstützung des ehrenamtlichen Engagements, Teilhabe ermöglichen

3.1.2.4 Ausgrenzung

- Begegnungen zwischen Jugendlichen mit verschiedenen kulturellen, sozialen, ökonomischen Hintergründen fördern. Hierfür schulische und außerschulische Angebote entwickeln.
- Rassismuserfahrungen, die Jugendliche mit Migrationsgeschichte erleben, müssen anerkannt und (mit fachlicher Unterstützung) aufgearbeitet werden. Rassismus sollte als Thema stärker in die (außer-)schulische Bildung aufgenommen werden.

3.2 Bekämpfung von Armut, Gewalt und Diskriminierung

3.2.1 Stärken und Herausforderungen

Stärken

- Starke aktive zivilgesellschaftliche Einrichtungen
- Zum Teil starke institutionelle Strukturen und Netzwerkstrukturen in den Quartieren (Schwerpunkt QM-Gebiete)
- Großer Anteil an städtischen Wohnungen in den besonders benachteiligten Gebieten des Handlungsraums (sozialer Wohnungsbau)
- Hohes sozialpolitisches Engagement in der Zivilgesellschaft vorhanden

Herausforderungen

- Große Anteile der Bewohner*innen sind überdurchschnittlich von Armut betroffen
- Hohe, auch „verdeckte“, Altersarmut (insbesondere in BZR Südliche Friedrichstadt)
- Teils deutliche Zunahme des Arbeitslosenanteils
- Hohe Kinderarmutsquote
- Angespannte Lage am Wohnungsmarkt, hohe Neuvertragsmieten und Verdrängungstendenzen, z.B. im Sanierungsgebiet Südliche Friedrichstadt, fehlende Wohnungen im unteren Preissegment, Überbelegung von Wohnungen
- Vor allem ärmere Haushalte haben bei einem Wohnungsverlust wenig Aussichten, in ihren Nachbarschaften eine neue leistbare Wohnung zu finden, Furcht vor Mietsteigerungen
- Themen der sozialen Benachteiligung verstärken sich gegenseitig. Mit Armut gehen z.B. gesundheitliche Probleme einher, wie motorische Defizite bei Kindern und Jugendlichen. Dies schränkt ihre Chancen weiter ein.
- Perspektivlosigkeit bei Jugendlichen, fehlende positive Rollenbilder
- Perspektivlosigkeit schlägt sich auch in erhöhtem Anteil psychischer Erkrankungen, Drogenkonsum und Gewalt nieder.
- In Teilgebieten offene Drogen- und Alkoholszene und dadurch ausgelöste Nutzungskonflikte

- Kottbusser Tor als besonders kriminalitätsbelasteter Ort.
- Korrelation zwischen dem teils schlechten „Zustand der Quartiere“ und dem dort niedrigen Sicherheitsempfinden der Bewohner*innen⁹
- Verstärkung insbesondere sozialer Problemlagen durch Corona-Pandemie, Krieg, Energiekrise und steigende Inflation
- starke Zunahme an Beratungsbedarf durch z.B. Sozialberatungen, psychosozialer Beratungsbedarf
- Hinsichtlich Gewalt gegen LSBTIQ* fällt Kreuzberg mit hohen Anteilen von Körperverletzungen und gefährlichen Körperverletzungen auf. Auch werden verschiedene öffentliche Räume gemieden. LSBTIQ*-feindliche Straftaten konzentrieren sich im Stadtgebiet Berlins insbesondere in innerstädtischen Bezirken. Seit der Pandemie hat Kreuzberg sogar den höchsten Wert in Berlin.¹⁰

3.2.2 Herausgehobene Handlungsbedarfe

3.2.2.1 *Hohe Altersarmutsquote, hohe Kinderarmutsquote, Abhängigkeit von Transferleistungen*

- Stärkere Verankerung des Themas Altersarmut in der Stadtteilarbeit zur Stärkung der finanziellen Absicherung Älterer: Ausbau und Bekanntmachung von Hilfesystemen und Angeboten im Quartier für (ältere) Bewohner*innen, hierbei besonders auch Ausbau der mehrsprachigen Aufklärung
- Förderung tarifvertraglich abgesicherter Beschäftigungsverhältnisse
- Nutzung der vorhandenen Netzwerkstrukturen für die Koordination der Aktivitäten
- Frühkindliche Bildungszugänge fördern

⁹ Vgl. Blokland 2021, S. 95

¹⁰ Vgl. Lüter et al. 2022, S. 10, 16, 41, 44

- Eltern frühzeitig – möglichst von der Kita an – einbeziehen und beraten; Grundschulen nicht nur als Lernorte verstehen, sondern zu Bildungs- und sozialen Anker- und Andockpunkten für die Vermittlung präventiver Angebote in den Kiezen ausbauen, da hier potenziell alle Familien mit Kindern bis 12 Jahre erreicht werden können.
- Umsetzungsorientierte Projekte und Strategien gegen Kinderarmut unbedingt fach- und ebenenübergreifend entwickeln, wie sie auch die Landeskommision zur Prävention von Kinder- und Familienarmut vorsieht. Bezirkliche Aktivitäten müssen im Abgleich mit der gesamtstädtischen Strategie zur Prävention von Kinder- und Familienarmut erfolgen.
- Ausbau und Stärkung der sozialen und psychosozialen (Beratungs-)Angebote, z.B. im Rahmen des berlinweiten „Netzwerk der Wärme“

3.2.2.2 *Beengte Wohnverhältnisse*

- Zum Ausgleich enger Wohnverhältnisse niedrigschwellige und qualitätsvolle Begegnungsorte bzw. -möglichkeiten sowie Bewegungsangebote im öffentlichen Raum schaffen

3.2.2.3 *Bekämpfung von Gewalt*

- Intensivierung der Kooperation mit den Wohnungsunternehmen
- Qualifizierung von Orten im öffentlichen und halböffentlichen Raum
- Belebung von öffentlichen und halböffentlichen Räumen
- Einsatz mobiler Straßensozialarbeit, Ausbau der aufsuchenden (Straßen-)Sozialarbeit
- Bezirksübergreifender Austausch zu Themen Obdachlosigkeit, Konsum von Suchtmitteln, Gewaltprävention initiieren bzw. daran teilnehmen
- Ausbau der Jugendfreizeitangebote und -räume für u.a. Sport, Entspannung, Austausch, Abbau von Vorurteilen
- Stärkere Beteiligung von Jugendlichen bei der Entwicklung der Quartiere
- Maßnahmen gegen Partnergewalt

3.2.2.4 *Integration von geflüchteten Menschen*

- Die Integration geflüchteter Menschen ist eine Querschnittsaufgabe, die neben der Unterbringung weitere Fragen der sozioökonomischen und -kulturellen Teilhabe berührt, die bei der Entwicklung zukünftiger Maßnahmen mitgedacht werden müssen.
- Schaffung partizipativ entwickelter Nutzungsgemischter Räume für die Unterbringung von Geflüchteten und anderer sozialer Infrastrukturen gemäß dem bezirklichen Konzept „Neuer Wohnraum, auch für Geflüchtete in Friedrichshain-Kreuzberg“. Ziel: Schaffung partizipativ entwickelter Nutzungsgemischter Räume für die Unterbringung von Geflüchteten und anderer sozialer Infrastrukturen.

3.2.2.5 Inklusion und Barrierefreiheit fördern

- Aus dem grundsätzlichen Ziel der Inklusion und Barrierefreiheit sind ressortübergreifende Projektentwicklungen im Handlungsraum zu entwickeln. Darüber hinaus sind die Themen auch im Hinblick der in Kapitel 4 aufgeführten Schlüsselmaßnahmen mitzubedenken.
- Inklusion kann, erweitert auf andere Diversitätsdimensionen, auch im Sinne einer vielfaltsorientierten Perspektive verstanden werden. Bei allen in diesem Handlungskonzept genannten Themen, Handlungsbedarfen und Schlüsselmaßnahmen sind vielfältige und sich bisweilen überlagernde Diversitäts-, Ungleichheits- und Diskriminierungsdimensionen querschnittsorientiert und intersektional mitzudenken. Ggf. kann die Erarbeitung weiterer Schlüsselmaßnahmen zur gezielten Bekämpfung von Diskriminierung und Ungleichheit und zur Wertschätzung der Diversität sinnvoll sein.

3.3 Wirtschaftliche, kulturelle, soziale und ökologische Belebung der benachteiligten Quartiere im Sinne der Nachhaltigkeit¹¹

3.3.1 Stärken und Herausforderungen

Stärken

- Vielfältiges lokales Potenzial, gemischte Gewerbestruktur
- Viele junge Arbeitnehmer*innen der Kommunikations- oder Kreativbranche im Kiez
- Viele Einzelhandelsgeschäfte und Dienstleistungen mit kurzen Wegen für die Bevölkerung
- Wenig Leerstand im Gewerbe
- Innerstädtische Lage und gute Anbindung an das öffentliche Verkehrsnetz
- Kreuzberg-Nord ist überregional bekannt und beliebt für seine „vielfältigen Mischungen“, besonders attraktiv bei Besucher*innen, jungen Menschen und Kunstschaffenden
- In Teilen des Handlungsraums besteht eine langjährig etablierte, heterogene, teils alternative Kulturszene von überregionaler Bedeutung

Herausforderungen

- Attraktivität der innerstädtischen Lage und der vielfältigen Angebote ist gleichermaßen attraktiv für urban-affine und besserverdienende Schichten. Dies trägt zur sozialen Mischung bei, birgt aber auch die Gefahr von Verdrängungseffekten
- Neubaupotentiale für Wohnraum müssen genutzt werden
- Steigende Gewerbemieten führen zu Verdrängung von bestehenden Gewerbebetrieben verbunden mit Existenzsorgen des Kleingewerbes
- Teilweiser Rückgang des Angebots an bewohnerattraktiven, erschwinglichen Läden und Dienstleistungen

¹¹ Aufgrund inhaltlicher Überschneidungen der GI-Ziele befinden sich Aussagen zur ökologischen Belebung eher in Abschnitt 3.5 und ggf. vereinzelt in anderen Abschnitten.

- (besonderer Schwerpunkt: Nördliche Luisenstadt, BZR Südliche Friedrichstadt).
- Positive Identifikation vieler Bewohner*innen mit ihrem Wohnort, insbesondere viele alteingesessene Kreuzberger*innen zeigen hohes gesellschaftliches Engagement bei Problemlagen und setzen sich für Verbesserung des Wohnumfelds ein
 - Vorhandene Netzwerkstrukturen in den Quartieren: Kiez-Netzwerk Kreuzberg zur Förderung der Zusammenarbeit kiezansässiger Unternehmen, sozialen Trägern, Vereinen und Schulen
 - Ansätze zur Belebung der Kieze durch vielfältige Angebote, Aktionen und Feste
 - Zunehmender Tourismus und damit einhergehende Veränderung des Stadtbildes, verbunden mit Ausrichtung des Angebots mehr auf die Gäste als auf Bewohnende
 - Förderung und Finanzierung mehrfachgenutzter Entwicklungsflächen

3.3.2 Herausgehobene Handlungsbedarfe

3.3.2.1 Vielfalt und Belebung

- Vielfältige und den Bedürfnissen der Bewohnenden entsprechenden gewerbliche Nutzungen der Erdgeschosses erhalten und fördern
- Projektbezogene Einbindung der vorhandenen Initiativen und Netzwerke bei potenziellen Gestaltungsmaßnahmen im öffentlichen Raum
- Unterstützung bei Vernetzung und Beratung für Gewerbetreibende (wirtschaftliche und gesetzliche Rahmenbedingungen)
- „Mehr Miteinander, weniger Nebeneinander“: Synergien fördern, um die Besonderheiten und Qualitäten Kreuzbergs weiter zu fördern, Vernetzung verschiedener Nutzungen: Wohnen, Arbeiten, Lernen, Freizeit, Sport
- Sicherung der alternativen Kulturszene und der Nutzungsmischung

3.3.2.2 Mehrfachnutzungen der öffentlichen Infrastruktur fördern

- Zur Sicherstellung der öffentlichen Daseinsvorsorge im Bereich sozialer, grüner und kulturellen Infrastrukturen Mehrfachnutzungen auf zeitlicher und räumlicher Ebene voranbringen und ämterübergreifende Lösungen für bestehende Flächenkonkurrenzen finden.

- Zukünftig neue entstehende Begegnungsorte (Mehringplatz, Glogauer Straße, Dragonerareal) oder soziale Einrichtungen, auch Kitas und Jugendzentren, sollten gleich mit Blick auf machbare Mehrfachnutzungen geplant und ausgestattet werden.
- Die Partner an den Standorten zusammenzubringen, erfordert eine gute Koordinierung, die ressortübergreifend organisiert und mit personellen Ressourcen unteretzt werden muss.

3.4 Gesundheits- und Bewegungsförderung in der Bevölkerung

3.4.1 Stärken und Herausforderungen

Stärken

- Sport- und Spiel-Infrastruktur im öffentlichen und halböffentlichen Raum
- Das Bildungsnetzwerk südliche Friedrichstadt engagiert sich im Handlungsfeld „Gesundes Aufwachsen“.
- Das Netzwerk für mehr Teilhabe Älterer engagiert sich im Handlungsfeld „Gesund Älter werden“.
- Kreuzberg Nord verfügt über eine heterogene Vereinsstruktur mit einer breiten Palette an organisierten Sport- und Bewegungsangeboten.
- Kindertagesstätten sind hinsichtlich der gesundheitlichen Entwicklung von Kindern eine Schlüsselressource und tragen insbesondere bei sozial benachteiligten Kindern zur gesundheitlichen Chancengleichheit bei.
- Die zahlreichen Einrichtungen wie u. a. Familienzentren oder Stadtteileinrichtungen sind hilfreiche Zugangswege zu den Zielgruppen der Gesundheitsförderung.
- Die Umsetzung der Mobilitätswende führt durch Umnutzung des öffentlichen Raums zu sekundären Gesundheitseffekten durch Verringerung der klimatischen Belastung und durch Förderung der aktiven Mobilität.
- Die im Gebiet bestehenden psychosozialen Beratungsangebote sind stark nachgefragt und

Herausforderungen

- Der Anteil von Vorschulkindern mit motorischen Defiziten steigt seit 2010 und der Anteil von Kindern mit Übergewicht bleibt auf hohem Niveau.
- Die Anzahl auffälliger Sprachbefunde bei Vorschulkindern hat seit 2010 um 12% zugenommen und der Anteil von Kindern mit unversorgtem Gebiss ist bei Kindern mit niedrigem Sozialstatus besonders hoch (28%).
- Die Mediennutzungszeit steigt bei Kindern seit 2017 stetig an. Damit korreliert eine wachsende Anzahl auffälliger Sehbefunde.
- Insbesondere in den Planungsräumen Moritzplatz und Wriezener Bahnhof und in der Bezirksregion südliche Friedrichstadt besteht ein gesundheitsförderlich hoher Handlungsbedarf bei Familien mit Vorschulkindern.
- Die Studie 60+ zeigt gesundheitliche Bedarfe für Ältere (vor allem bei Hochaltrigen und Ältere mit niedrigem Sozialstatus und Migrationshintergrund) in Kreuzberg Nord: eine Verbesserung der Lebensqualität, Ausbau barrierefreier Wohnungen, Erhöhung der Sicherheit und Mobilität im öffentlichen Raum, bessere medizinische Versorgung, Reduzierung von Einsamkeit im Alter, Ausbau von Bewegungsangeboten, aufsuchende Beratungs- und Hilfsangebote, Erhöhung des Bekanntheitsgrades bestehender kostenfreier Angebote.

können in einem gewissen Maße Menschen dabei unterstützen, Krisen zu bewältigen und psychische Belastungen zu reduzieren.

- Der Erhalt und die Förderung der psychischen Gesundheit ist seit der Covid-19-Pandemie ein noch dringlicheres Handlungsfeld in allen Altersgruppen im Handlungsraum.
- Die Altersgruppe 15 bis 28 Jahre sollte eine zentrale Zielgruppe bei der Förderung der psychischen Gesundheit darstellen.
- Es fehlt an niedrigschwelligen psychologischen sowie psychoedukativen präventiven Angeboten, insbesondere für Jugendliche und junge Erwachsene. In diesem Zusammenhang sind auch Angebote der Suchtprävention von Bedeutung.
- Die Ausstattung mit gedeckten und ungedeckten Sportanlagen bzw. freien Sportplätzen ist in Kreuzberg Nord weiterhin durch einen Bedarfsüberhang gekennzeichnet.
- Aktivbereiche (Sport- und Spielflächen) für verschiedene Altersgruppen sind teils in einem schlechten Pflegezustand und Sportbereiche im öffentlichen Raum sind gemessen an den Bedarfen der Kinder und Jugendlichen oftmals nicht ausreichend (verbunden mit Nutzungskonflikten im weiteren öffentlichen Raum).
- Ausreichend niedrigschwellige Sport- und Bewegungsangebote speziell für Kinder und Jugendliche fehlen.
- Die hohe Wohndichte im Handlungsraum erfordert eine gesundheitsförderliche Umnutzung des öffentlichen Raumes für mehr Bewegung, Begegnung und Erholung.
- Belastungen durch Luftschadstoffe, Umgebungslärm, Mangel an Grünflächen und Hitzeschaden der Gesundheit der Anwohnenden.
- Neben Bewegungsmangel sind Ernährungsgewohnheiten und Stress Herausforderungen in allen Altersgruppen im Handlungsraum.

3.4.2 Herausgehobene Handlungsbedarfe

- Ziel- und Altersgruppenspezifische Gesundheitsförderung vor allem für sozial benachteiligte Familien.

- Gesund aufwachsen: Bildungs- und Gesundheitsangebote zur Förderung von Gesundheitskompetenz und Gesundheitsverhaltens bei Familien hinsichtlich Bewegung, gesunde Ernährung, Früherkennungsuntersuchungen, Impfen, Mediennutzungsverhalten, Übergewicht, motorischen Entwicklung, Zahnhygiene, Spracherwerb und psychische Gesundheit. Gestaltung eines gesundheitsförderlichen Wohn- und Lebensumfeldes in den Lebenswelten von Kinder- und Jugendlichen (u. a. gesundheitsförderliche Stärkung von Kitas, Schulen und Familienzentren).
- Gesund älter werden: Förderung der sozialen und gesundheitlichen Teilhabe durch Abbau von Zugangsbarrieren, Ausbau von Bewegungsangeboten, Aufbau von anlasslosen aufsuchenden Beratungen, Thematisierung von Einsamkeit und Armut im Alter, Ausbau der Sozial- und Gesundheitsberatung für Ältere (z. B. im Rahmen einer praxisinternen Sozialberatung in Kooperation mit Hausärzten).
- Ausweitung der Angebote zur Bewegungsförderung in Stadtteileinrichtungen und im öffentlichen Raum.
- Ausweitung der Angebote zur gesunden Ernährung in Zusammenarbeit mit den bezirklichen Akteur*innen.
- Qualifizierung von Spiel- und Sportflächen (auch: Vielfachnutzung u. a. für nicht-organisierten Sport), Qualifizierung der Spiel- und Bewegungsangebote
- Stärkung der Gesundheitsprävention, u.a. durch Aufbau eines Präventionsnetzwerks Gesundheit, insbes. bei Kindern verstärkte Wahrnehmung von Früherkennungsuntersuchungen und Impfungen.
- Implementierung eines bezirklichen psychosozialen Präventionsnetzwerkes, das speziell auf Jugendliche und junge Erwachsene ausgerichtete, niederschwellige, wenig stigmatisierende, auch aufsuchende Angebote entwickelt, welche unterschiedliche Hilfen (therapeutische/medizinische, schulische/berufliche und soziale Hilfsangebote) verzahnen, koordinieren und bereitstellen.
- Die Zielgruppe der jungen Menschen ist ebenso über Maßnahmen der Suchtprävention zu stärken, da diese nicht nur zur Gesundheitsförderung beiträgt, sondern auch stärkend auf die Bildungs- und beruflichen Entwicklungschancen wirkt. Es bedarf vor allem einer settingbezogenen Suchtprävention mit aktivierenden Ansätzen, die Netzwerke und Gemeinwesen stärkt (z.B. durch Schulungen von Multiplikator*innen). Bei Interventionen sollten niedrighschwellige Angebote, ggf. auch über aufsuchende Arbeit, initiiert werden, unter Berücksichtigung der psychosozialen Lage junger Menschen.
- Schaffung von Angeboten für Austausch und Aufbau sozialer Kontakte als Teil der präventiven Gesundheitsförderung
- Umwandlung von (Straßen-) Flächen zu Sport- und Spielflächen (z. B. vor Kitas, Grundschulen etc.) und Grünflächen (Reduzierung der Umweltbelastung)
- Förderung des Umweltbewusstseins und Verbesserung des Umweltverhaltens (z.B. durch Naturerfahrungsräume und Umweltbildung)
- Nutzung von Schulhöfen, bspw. in den Ferien (Mehrfachnutzung)
- Umgestaltung des öffentlichen Raumes (zugänglich für Alle, barrierefrei, Erholung- und Bewegungsraum)

- Abbau von soziokulturellen und sprachlichen Barrieren bei der Nutzung von Gesundheitseinrichtungen
- Orientierung an bestehenden Strategien und Angeboten, z.B. Berliner Ernährungsstrategie, Ausbau der LebensMittelPunkte

3.5 Verbesserung der Lebens- und Umweltqualität, auch vor dem Hintergrund des Klimawandels

3.5.1 Stärken und Herausforderungen

Stärken

- Zentrale Lage und gute Anbindung an das öffentliche Verkehrsnetz
- Positiver klimatischer Einfluss durch Kanal/Wassernähe, begrünte Promenaden, Nähe zu Hasenheide und Friedhöfen an der Bergmannstraße
- Vielfältiges bürgerschaftliches Engagement, im Quartier, engagierte Mieter*inneninitiativen
- Einsatz des bezirklichen Sonderbudgets „Saubere Stadt“
- Zielgerichtete Arbeit von Kiezmanager*innen und Kiezhausmeister*innen des neuen Fachbereichs „Öffentlicher Raum“

Herausforderungen

- Hohe Wohndichte
- Verringerte Attraktivität und Sauberkeit des öffentlichen Raums (Verwahrlosung, Vermüllung, Vandalismus)
- Komplexes Abfallproblem mit „Abfall-Hotspots“ (Admiralbrücke, Oranienstraße, Bahnstrecke U1/U3, Landwehrkanal)
- Innerstädtische Lage ist verbunden mit der Belastung durch eine Vielzahl von stark befahrenen Verkehrsachsen und einem hohen Maß an Durchgangsverkehr, hohe Lärm- und Luftbelastung
- Zunehmende Verkehrsdichte beeinträchtigt die Verkehrssicherheit
- Teils unterdurchschnittliche Versorgung mit Grünflächen
- Wachsender Nutzungsdruck auf die vorhandenen Freiräume verbunden mit Nutzungskonflikten
- Fehlende Grünbereiche und Freiräume tragen zu starker Wärmeentwicklung in heißen Som-

mern bei, die die Bewohner*innen der dicht bebauten Quartiere mit viel versiegelter Fläche bioklimatisch belastet

- Durch die starke Versiegelung und bislang nur vereinzelt vorhandene Regenwasserbewirtschaftung landet ein großer Teil des Niederschlagswassers in der Mischkanalisation. Probleme bei starken Niederschlagsereignissen, das Wasser wird via Kanalisation abgeleitet, und kann nicht mehr vor Ort genutzt werden. Dies verstärkt die Trockenheits-Problematik (Grundwasserneubildung wird erschwert)

3.5.2 Herausgehobene Handlungsbedarfe

3.5.2.1 Attraktivität des öffentlichen Raums erhöhen

- Angebote im öffentlichen Raum stärken, die vor allem von den Bewohnenden genutzt werden. Qualitätsvolle und für alle zugänglich gestaltete Außenräume wirken sich in allen Zielen des GI positiv aus und stehen in enger Wechselwirkung.
- Intensivierung der Zusammenarbeit mit den Wohnungsunternehmen in Bezug auf Gestaltung der Außenräume
- Steigerung der Verantwortungsübernahme der Anwohnenden für ihr Wohnumfeld, Sensibilisierung der Bewohnenden bzgl. Sauberkeit und Vandalismus
- Der Aufbau bzw. die Pflege von ins Quartier wirkender Infrastruktur, besonders der vorhandenen Grünräume
- Verbesserung der Sauberkeit auf Straßen und Plätzen und im U-Bahnbereich, Umsetzung der Zero-Waste-Strategie des Bezirks¹² im öffentlichen Raum
- Entlastung des öffentlichen Raums von offenem Drogenkonsum
- Nutzungskonflikten, insbesondere im öffentlichen Raum, entgegenwirken, ohne Nutzer*innengruppen aus dem öffentlichen Raum auszuschließen oder zu verdrängen
- Einbindung der Bewohnenden und aktiven Netzwerke in die Außenraumgestaltung
- Ausstattung der öffentlichen Wege und Plätze mit Sitzgelegenheiten, angemessener Beleuchtung, ausreichend Möglichkeiten zur Müllentsorgung

¹² Vgl. Zero Waste-Konzept für den öffentlichen Raum Friedrichshain-Kreuzberg, 2019

- Naturerfahrungsräume ausbauen

3.5.2.2 Versorgung und Pflege der Grünflächen

- Qualifizierung der vorhandenen Grünflächen
- Vorhandene Flächen „neu interpretieren“: Außenraum als vielseitig nutzbaren Bewegungsraum qualifizieren
- Entsiegelung von Flächen
- Qualifizierung des Uferbereichs des Landwehrkanals im Westen des Handlungsraums: Erhöhung Erlebbarkeit der Ufer
- Sensibilisierung der Bewohnerschaft und Tourist*innen für Klima- und Umweltschutz

3.5.2.3 Umwelt, Klima und Verkehr

- Förderung von Kiezblocks bzw. weiterer Modelle der Verkehrsberuhigung, Reduktion des Motorisierten Individualverkehrs - dafür Unterstützung integrierter bzw. experimenteller Ansätze
- Fortführung des Mobilitätswenderats
- Prüfung von Mehrfachnutzungen der öffentlichen Infrastruktur
- Hoher Handlungsbedarf hinsichtlich Klima- und Umweltschutz (Entsiegelung, Begrünung (auch an/auf Fassaden und Dächern), Förderung/Umsetzung des Schwammstadtprinzips, inkl. Regenwasserbewirtschaftung)
- Zur nachhaltigen Förderung des Stadtgrüns sind Strategien zum Klimaschutz und Biodiversitätssteigerung (siehe auch „Charta für das Berliner Stadtgrün“) integriert zu planen
- Grünberatung für Bewohnende auch in Zusammenhang mit dem bezirklichen Hofbegrünungsprogramm Klima+
- Unterstützung von Privatpersonen und zivilgesellschaftlichen Initiativen bei Maßnahmen zum Klimaschutz und Anpassung an Klimawandel
- Förderung des Umweltverbundes (ÖPNV, Fuß- und Radverkehr)
- Minderung von Lärmbelastungen durch klimaangepasste Straßenneugestaltung mit Einfluss auf das jeweilige Quartier
- Instandsetzung von Straßen und Gehwegen
- Anpassung von Ampelphasen, insbesondere zugunsten Fußgänger*innen und Radfahrer*innen
- Berücksichtigung qualitativer Aspekte der Infrastrukturausstattung (Förderung der Energieeffizienz, Reduzierung von Treibhausgasemissionen).

3.6 Abbau von Bildungsbenachteiligung und besserer Zugang zum Arbeitsmarkt

3.6.1 Stärken und Herausforderungen

Stärken

- Vorhandene Netzwerkstrukturen in den Quartieren: Z.B. Bildungsnetzwerk Südliche Friedrichstadt, Kiez-Netzwerk Kreuzberg: zur Förderung der Zusammenarbeit kiezansässiger Unternehmen, sozialen Trägern, Vereinen und Schulen Vielzahl von Akteur*innen im Bildungsbereich und Hilfsstrukturen, an deren Arbeit angeknüpft werden kann
- Vielfältiges lokales Gewerbe als potenzielle Ausbildungsstellen
- Zentraler und viel genutzter Bibliotheksstandort der „Amerika-Gedenk-Bibliothek“

Herausforderungen

- Schlechter baulicher Zustand der Schulen
- Bildungsbenachteiligung: Großer Teil der Kinder und Jugendlichen wächst in bildungsferneren und ressourcenarmen Familien nicht deutschsprachiger Herkunft auf, die Transferleistungen zum Lebensunterhalt beziehen.
- Vielfach Chancenungleichheit, Bildungsbenachteiligung und damit verbunden Perspektivlosigkeit vieler Kinder und Jugendlicher
- Entwicklungsrückstände meist schon im Vorschulalter
- Teils hoher sonderpädagogischer Förderbedarf an Grundschulen
- Schulsegregation: mangelnde Durchmischung von Schüler*innen aus bildungsfernen und -nahen Haushalten in den Schulen
- Bildungsübergänge zur Oberschule sind problematisch, der Anteil von Jugendlichen ohne Schulabschluss und Jugendarbeitslosigkeit sind zu hoch, existierende Hilfsangebote erreichen Jugendliche kaum
- Anzahl (Raumkapazitäten) der öffentlichen Bibliotheken derzeit nicht ausreichend
- Vorhandene kostenlose Bildungsangebote teils unzureichend bekannt bei Zielgruppen

3.6.2 Herausgehobene Handlungsbedarfe

3.6.2.1 Stärkung der Schulen und der frühkindlichen Bildung

- Kinder und Jugendliche sowie ihre Eltern so früh wie möglich erreichen und ihre Potenziale stärken.
- Stärkung der Schulen und Bildungsorte als Ankerpunkte in den Quartieren

- Stärkung der frühkindlichen Bildung in Kitas und Stärkung der Grundschulen: Alle Kinder und ihre Familien können hier noch potenziell erreicht werden. Diese Bildungseinrichtungen erfüllen neben ihrem gesetzlichen Bildungsauftrag auch Aufgaben als elementare Multiplikator*innen für Angebote und Entwicklungen in die Schüler*innen- und Elternschaft hinein. Schulen müssen wichtige Rolle beim Aufbau der Bildungnetzwerke haben und entsprechend mit Ressourcen ausgestattet werden, auch um konkrete Bildungsbedürfnisse in der Schülerschaft an außerschulische Träger zu kommunizieren. Vertrauensbildende Arbeit in den Kitas und (Grund-) Schulen.
- sprachliche Förderung
- Förderung von Sozialkompetenz und Motorik
- Sicherung von Kitaplätzen (auch solchen, die nicht als Schlüsselmaßnahme benannt sind, z.B. Kita Baerwaldstraße 18, Kitaplätze Europakita Blücher Straße 46-47)

3.6.2.2 Außerschulische Bildungsorte, Übergang von Schule zu Beruf

- Stärkung der Jugendlichen beim Übergang ins Erwerbsleben (Übergang Ausbildung und Beruf)
- Enge Zusammenarbeit der Bereiche Schule und Jugend.
- Stärkung lokaler Ankerpunkte, zentraler Einrichtungen und Netzwerke.
- Vorbilder/Identifikationsfiguren für Jugendliche stärker in (non-)formale Bildung einbeziehen (z.B. Erwachsene mit ähnlicher Jugendbiografie, die von Arbeitseinstieg berichten)
- Förderung der interkulturellen Kompetenzen in öffentlichen Einrichtungen
- Stärkung und Vernetzung des außerschulischen Angebots, insbesondere auch in Kooperation mit den Schulen im Gebiet
- Ausbau des Angebots der öffentlichen Bibliotheken und weiteren öffentlichen kulturellen Bildungsorte (z.B. Musikschulen): Erweiterung der vorhandenen Flächen, generationenübergreifendes Lernen, Sprachförderung, verstärkte Öffnung zum Stadtteil, Treffpunkt der Stadtgesellschaft
- Stärkung der etablierten Netzwerke und Förderung der Zusammenarbeit, Förderung der Koordination von Netzwerkaktivitäten, zielgerichtete und engmaschige Steuerung der Zusammenarbeit
- Einbindung der Eltern in außerschulische Bildungsangebote (Bildung, Beratung, Austausch)

3.6.2.3 Strategische Bildungspartnerschaften initiieren

- Zusammenarbeit der zahlreichen schulischen und außerschulischen Bildungseinrichtungen zur Weiterentwicklung der Angebote, um ressourcenorientiert passgenaue und attraktive Angebote für die Bedürfnisse der Bevölkerung zu schaffen. Auch schafft eine Zusammenarbeit der auch räumlich nah beieinanderliegenden Träger*innen und Angebote positive Synergien, die den Menschen im Handlungsraum zugutekommen.

3.6.2.4 Vorhandene Bildungsangebote stärken und zielgruppengerecht kommunizieren

- Sicherung der Arbeit der Träger*innen.
- Vorhandene Angebote bei den Zielgruppen bekannter machen durch gemeinsame Strategien und Formate der Zielgruppenansprache. Dafür Stärkung der Zusammenarbeit mit schulischen und außerschulischen Bildungseinrichtungen.

4 SCHLÜSSELMAßNAHMEN – KURZSTECKBRIEFE

Die nachfolgende Übersicht der Schlüsselmaßnahmen stellt das Ergebnis der Perspektivwerkstatt (Ämterrunde/Stadtteilwerkstatt) und deren Nachbereitung zur Erarbeitung des Handlungskonzepts für den GI-Handlungsraum 8 Kreuzberg-Nord dar. Die Schlüsselmaßnahmen sind als erster Ansatz für das ressortübergreifende Arbeiten in Kreuzberg-Nord im Sinne der GI zu verstehen und bilden die Grundlage weiterer Abstimmungsprozesse unter Beteiligung der jeweiligen Akteur*innen.

Da die erweiterte Ämterrunde nicht durchgeführt werden konnte, wurden die Maßnahmensteckbriefe stattdessen im Rahmen eines Umlaufverfahrens mit den zuständigen Stellen auf der Senatsebene abgestimmt. Die Senatsverwaltungen konnten mögliche Ressortbeiträge oder weitere Hinweise, z.B. zur Weiterentwicklung einer Maßnahme, einfügen. Die Rückmeldungen wurden, soweit sie sich auf mögliche Ressortbeiträge oder die Weiterentwicklung einer Schlüsselmaßnahme bezogen, in die Steckbriefe der Schlüsselmaßnahmen (siehe Kap. 4) eingefügt.

Nicht zu allen Maßnahmen wurden Rückmeldungen eingereicht und nicht alle Senatsressorts haben eine Rückmeldung abgegeben. So wurden seitens des Bildungsressorts keine Anmerkungen zu den jeweiligen Steckbriefen gegeben. Laut Rückmeldung der Senatsverwaltung stehen keine zusätzlichen Mittel für Maßnahmen im Bildungsbereich zur Verfügung. Gegebenenfalls sind, unter Vorbehalt, im Rahmen der vorhandenen Ressortbeiträge kleinere Umschichtungen möglich. Von der Abteilung Jugend- und Kinderschutz wurde eine Fehlanzeige eingereicht. Weitere Rückmeldungen der SenBJF gab es nicht.

Aus der SenWGPG erhielt der Bezirk die Mitteilung, dass es keine Anmerkungen zu den Schlüsselmaßnahmen gebe.

Die Maßnahmen 4.19 bis 4.24 wurden infolge der Anregungen der Senatsebene oder im abschließenden Umlaufverfahren auf Bezirksebene ergänzt, aber noch nicht von der Senatsebene in Bezug auf mögliche Ressortbeiträge gesichtet und bewertet.

4.1 Dauerhafte Sicherung und Ausbau des Bildungsnetzwerks
Südliche Friedrichstadt/Sicherung der quartiersbezogenen Zusammenarbeit der Bildungsakteur*innen im QM ZKO **sozio-integrativ**

Bezug Handlungsbedarfe im GI-Handlungskonzept	Verortung
<p>3.1.2.1 Vorhandene Sprachbarrieren abbauen</p> <p>3.1.2.3 Förderung des bürgerschaftlichen Engagements</p> <p>3.1.2.4 Ausgrenzung</p> <p>3.2.2.1 Hohe Altersarmutsquote, hohe Kinderarmutsquote, Abhängigkeit von Transferleistungen</p> <p>3.4.2 Handlungsbedarfe Gesundheits- und Bewegungsförderung</p> <p>3.5.2.1 Attraktivität des öffentlichen Raums erhöhen</p> <p>3.6.2.1 Stärkung der Schulen und der frühkindlichen Bildung</p> <p>3.6.2.2 Außerschulische Bildungsorte, Übergang von Schule zu Beruf</p> <p>3.6.2.3 Strategische Bildungspartnerschaften initiieren</p> <p>3.6.2.4 Vorhandene Bildungsangebote stärken und zielgruppengerecht kommunizieren</p>	 <p>Gesamter Handlungsraum</p> <p>Quelle dieser und aller nachfolgenden Kartenausschnitte: Open Street Map (2022/2023)</p>

Projektbeschreibung

1) Das Bildungsnetzwerk arbeitet unter dem Motto „Bildung vernetzen und Bildungschancen erhöhen“. Es orientiert sich am Early-Excellence-Ansatz und stellt sich mit den Akteur*innen den aktuellen Bildungsanforderungen. Es arbeitet fach- und verwaltungsübergreifend. Das Netzwerk wird durch den Fachbereich „Familienförderung“ des Jugendamtes begleitet.

Die aktuelle Arbeit des Netzwerks fokussiert sich auf die Themen gesundes Aufwachsen, Engagiertheit, Wohlbefinden und Partizipation und greift damit Bereiche auf, die insbesondere auch in der Pandemie einen besonderen Stellenwert erlangten.

2) Quartiersmanagement-Gebiet Zentrum Kreuzberg/Oranienstraße: Unter Berücksichtigung der Bedarfe der Bildungsakteur*innen soll die Zusammenarbeit, gemeinsame Ideenentwicklung und Abstimmung zu allen quartiersrelevanten Bildungsthemen gewährleistet und langfristig gesichert und in die Infrastruktur des Stadtteils verankert werden.

Ziele

1) Bildungsnetzwerk Südliche Friedrichstadt

- ⇒ Nachhaltige Sicherung der gemeinsamen quartiersbezogenen Zusammenarbeit der Bildungsakteur*innen
- ⇒ Dauerhafte Sicherung des „Bildungsnetzwerks Südliche Friedrichstadt“ als ein wichtiges Instrument zur Vernetzung der Bildungsakteur*innen
- ⇒ Regelfinanzierung der hauptamtlichen Organisation und Koordination der Netzwerkarbeit
- ⇒ Stärkung der Kooperationsbeziehungen durch Finanzierung von Mikroprojekten

⇒ Stärkung der inhaltlichen Zusammenarbeit im Hinblick auf Angebote, die sich aus den Handlungsbedarfen im Handlungsraum Kreuzberg-Nord ergeben. Dabei spielen Angebote der Bewegungsförderung und Angebote zur Förderung des gesunden Essverhaltens und entsprechender Kochkompetenz eine besondere Rolle.

Verantwortliches Fachamt Bezirk

- Jugendamt (FB Frühe Bildung und Erziehung)
- QM ZKO

Ansprechperson

- Frau Hunold (Jugendamt)

Einzubinden zur Konkretisierung auf Senatsebene (Empfehlung)

- SenBJF
- SenSBW
- SenIAS Abt. Arbeit, II AbtL/Fr. Zauner: Prüfung von EU-Förderinstrumenten und Referat III D (III D 1)/ Frau Richter für die Themenfelder besserer Zugang zum Arbeitsmarkt und Berufscoaching
- SenUMVK

Weitere Beteiligte

- Planungs- und Koordinierungsstelle Gesundheit (QPK)
(Umsetzung Innovationsprojekte zur Bewegungsförderung)
- Fachbereich Familienförderung (fachliche Begleitung)
- Steuerungsrunde in der Planungs- und Koordinierungsstelle Gesundheit
- Hinsichtlich QM ZKO: Bildungsinstitutionen und -vereine im QM-Gebiet ZKO

Kostenschätzung

Noch ohne Kostenschätzung

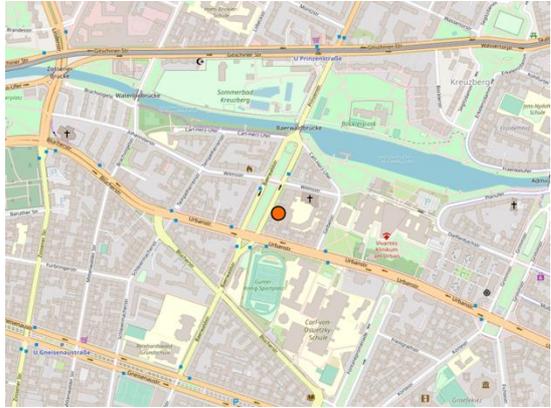
Mögliche Ressortbeiträge/Hinweise Senatsressorts/Hinweise Weiterentwicklung

SenIAS: Über den regionalen Standort der JBA Berlin in Friedrichshain-Kreuzberg werden bereits landesseitig finanzierte Angebote der aufsuchenden Beratung, des Berufscoachings und auch der Erstberatung zu kommunalen Eingliederungsleistungen nach § 16 a SGB II angeboten. Insofern sollte bei zusätzlichen Maßnahmen auf die Einbindung in die bestehenden Strukturen geachtet werden.

Diese Aussage wird von der **Arbeitsgruppe Arbeit und Beschäftigung** im Bezirk ausdrücklich mitgetragen.

1 Soziale Inklusion	2 Bekämpfung Armut, Gewalt, Dis- kriminierung	3 Belebung iSd Nach- haltigkeit	4 Gesundheits- & Bewegungs- förderung	5 Verbesserung Le- bens- & Umwelt- qualität	6 Bildung & Arbeits- markt
------------------------	---	---------------------------------------	---	---	----------------------------------

4.2 Sanierung und Wiedernutzung des Baerwaldbads baulich

Bezug Handlungsbedarfe im GI-Handlungskonzept	Verortung
<p>3.3.2 Mehrfachnutzungen der öffentlichen Infrastruktur fördern</p> <p>3.4.2 Handlungsbedarfe Gesundheits- und Bewegungsförderung</p>	 <p style="text-align: center;">Baerwaldstraße 64-67 10961 Berlin</p>

Projektbeschreibung

Das Baerwaldbad mit zwei Hallen ist seit 2017 wegen Bauschäden geschlossen. Für die Versorgung des Schulschwimm- und Vereinssports war das Bad wichtig und würde auch künftig gebraucht. Das Gebäude ist stadtbildprägend und ein sehr wichtiges Baudenkmal (die ältere Halle ist die älteste in Berlin).

Es wurden bereits Fördermittel für eine Planung bereitgestellt, diese konnten jedoch mangels Mitwirkung des ehemaligen Träger-Vereins nicht genutzt werden. Das Bezirksamt ist nach einer Gerichtsentscheidung des Kammergerichts gegen den ehemaligen Erbpachtnnehmer aktuell Eigentümer und für die Gebäudesicherung zuständig.

Die BVV Friedrichshain-Kreuzberg hat beschlossen, dass das Bad in Verantwortung der Berliner Bäderbetriebe saniert und wiedereröffnet werden soll. Dazu müsste das Bad zunächst an die BIM abgetreten werden. Die Übergabe an die BIM ist jedoch aktuell noch nicht entschieden.

- Ziele**
- ⇒ Interessenbekundungsverfahren der BIM für beide Hallen
 - ⇒ Sanierung und Wiedereröffnung des Bades, wenn Übergabe des Bads an die BIM erfolgt sein sollte (aktuell noch nicht entschieden)
 - ⇒ Prüfung der Umnutzung der „neuen Halle“ (in den 1950ern nach Kriegsschäden umgebaut)

Verantwortliches Fachamt Bezirk

Stadtentwicklungsamt, FM

Einzubinden zur Konkretisierung auf Senatsebene (Empfehlung)

- SenSBW
- SenInnDS
- SenWGPG
- SenUMVK
- SenBJF

Weitere Beteiligte

- Stadtentwicklungsamt (Fachbereich Stadtplanung, Untere Denkmalschutzbehörde)
- Schul- und Sportamt
- Berliner Bäderbetriebe
- BIM

Kostenschätzung

Nach Bausubstanzgutachten (2020) Sanierung ohne Umnutzung 41 Mio. Euro

Mögliche Ressortbeiträge/Hinweise Senatsressorts/Hinweise Weiterentwicklung

SenInnDS: verfügt hierzu derzeit nicht über Haushaltsmittel, sodass ein adäquater „Ressortbeitrag“ aus bestehenden Programmen aktuell nicht geleistet werden kann. Eine derart hohe Investitionsmaßnahme steht in jedem Fall unter parlamentarischem Vorbehalt. Das Teilhabeprogramm, welches i.d.R. für die Umsetzung von GI-Maßnahmen Erwähnung findet, ist nicht geeignet, da es keine Umsetzung baulicher Maßnahmen abdeckt.

SenUMVK: evtl. BENE II Förderschwerpunkt 1 (Förderung von Energieeffizienz und Reduzierung von Treibhausgasemissionen)

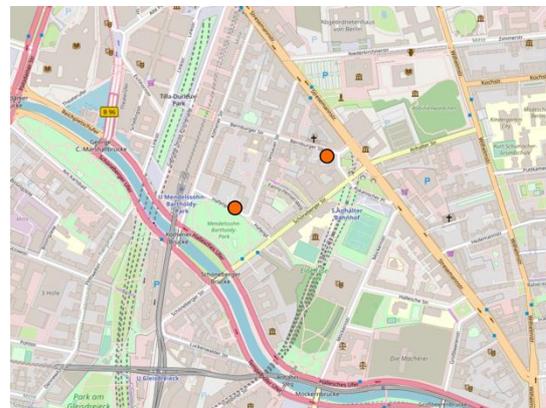
4.3 Stärkung und Vernetzung des außerschulischen Angebots und der Jugendsozialarbeit

sozio-integrativ

Bezug Handlungsbedarfe im GI-Handlungskonzept

- 3.1.2.4 Ausgrenzung
- 3.2.2.1 Hohe Altersarmutsquote, hohe Kinderarmutsquote, Abhängigkeit von Transferleistungen
- 3.2.2.3 Bekämpfung von Gewalt
- 3.6.2.2 Außerschulische Bildungsorte, Übergang von Schule zu Beruf
- 3.6.2.3 Strategische Bildungspartnerschaften initiieren
- 3.6.2.4 Vorhandene Bildungsangebote stärken und zielgruppengerecht kommunizieren

Verortung



u.a. Bernburger Str. 35, 10963 Berlin
und
Hafenplatz, 10963 Berlin

Projektbeschreibung/Ziele

Die Schlüsselmaßnahme besteht aus mehreren Teilmaßnahmen:

- **Sicherung Angebote „Anhalter Treff“ und neue Kinderfreizeiteinrichtung am Hafenplatz**

Der "Anhalter Treff" ist ein öffentlich gefördertes Angebot der Jugendsozialarbeit auf der gesetzlichen Grundlage des § 13(1) SGB VIII. Aufgrund des befristeten Mietverhältnisses (Mietvertrag läuft in 09/2023 aus) und nicht finanzierbarer Mieterhöhungen ist das Angebot stark gefährdet. Es wird dringend ein finanzierbarer Ersatzstandort benötigt. Das Jugendamt hat im Rahmen der Konzeptentwicklung WoHo (Wohnhochhaus Schöneberger Straße) einen Raumbedarf für dieses Angebot formuliert.

Neue Kinderfreizeiteinrichtung am Hafenplatz:

Das Jugendamt schätzt ein, dass aufgrund der Sozialstruktur in diesem Bereich der dringende Bedarf für eine Kinderfreizeiteinrichtung besteht. Aufgrund fehlender finanzierbarer Räumlichkeiten konnte bislang die Aufnahme eines solchen Angebotes in die Förderung nicht geplant werden.

- **Niedrigschwellige Unterstützung von Kindern und Jugendlichen**

Angebote der Straßensozialarbeit und sozialintegrativen Gruppenarbeit nach § 13 (1) unterstützen Kinder und Jugendliche mit individuellen Hilfebedarfen, ggf. auch ohne die Einbindung anderer staatlicher Stellen. Kinder und Jugendliche nehmen die Angebote freiwillig in Anspruch. Sie haben eine positive Beziehung zu den pädagogischen Fachkräften. Auch Eltern nehmen die Fachkräfte als Vertrauenspersonen wahr. Im Handlungsraum 8 Kreuzberg-Nord sind diverse Teams nach § 13 (1) tätig, die weiterhin ausgebaut werden sollen. Auch soll ein Fokus zukünftig auf Kinder mit Unterstützungsbedarfen gerichtet werden, um individuelle Problemlagen frühzeitig zu erkennen und zu bearbeiten.

Das Jugendamt fördert diese wichtigen Angebote bereits. Für einen Ausbau müssen weitere Haushaltsmittel in den Haushalt des Jugendamtes eingestellt werden

- **Stärkung, Sicherung und Vernetzung des außerschulischen Angebots**

- Verknüpfung Sozialkompetenz, schulische Bildung und Sport, Umwelt- /Klimabildung, Gesundheits- /Ernährungsbildung
- Auch in Zusammenhang mit Mehrfachnutzung von Räumlichkeiten/Örtlichkeiten
- Neues Projekt: Sicherung der Angebote von Loyal e.V. Offene Kinder- und Jugendeinrichtung, Kohlfurter Str. 11 und Mädchenladen, Reichenberger Str. 21: Weiterführung der Finanzierung über gesamtstädtische Mittel (SenBJF) bis 31.12.2023. Aufnahme in bezirkliche Regelförderung wird ab 2024 angestrebt.

- **Stärkung, Sicherung und Vernetzung des außerschulischen Angebots**

- Verknüpfung Sozialkompetenz, schulische Bildung und Sport, Umwelt- /Klimabildung, Gesundheits- /Ernährungsbildung
- Auch in Zusammenhang mit Mehrfachnutzung von Räumlichkeiten/Örtlichkeiten
- Neues Projekt: Sicherung der Angebote von Loyal e.V. Offene Kinder- und Jugendeinrichtung, Kohlfurter Str. 11 und Mädchenladen, Reichenberger Str. 21 durch Übernahme in die bezirkliche Regelfinanzierung. Aktuell wird das Angebot durch die SenBJF über Projektmittel finanziert.
- Neues Projekt: Abwendung Beendigung des Projektes "BEispielhaft". Die Finanzierung der Senatsverwaltung für Justiz, Vielfalt und Antidiskriminierung endet zum 30.06.2022. Eine Anschlussfinanzierung ist nicht gegeben. Das Projekt ist in Kreuzberg fest verankert. Nahezu alle Grundschulen, viele Oberschulen und viele Freizeiteinrichtungen (u.a. die NaunynRitze) der Region 3 sind Kooperationspartner des Projekts BEispielhaft, profitieren davon seit Jahren und schätzen es sehr. Das Projekt hat ein niedrighschwelliges, sportbasiertes Konzept zur Demokratiebildung und Antidiskriminierungsarbeit mit Kindern und Jugendlichen. Insbesondere im Hinblick auf diese Verbindung wird das Projekt von den Kindern und Jugendlichen sehr gut angenommen und von pädagogischen Fachkräften geschätzt. Es gelingt demokratische Lernprozesse bei Kindern und Jugendlichen anzustoßen. Insbesondere der sportbasierte Ansatz eignet sich gut, um mit geflüchteten Kindern und Jugendlichen zu arbeiten, wo es vermutlich hohe Bedarfe geben werden.

- **Förderung des Mobilen Beruf coaching**

Mit dem mobilen Beruf coaching werden Jugendliche bei ihrer Suche nach einer geeigneten Ausbildung und / oder Schule unterstützt. Mit dem mobilen Ansatz werden die jungen Menschen dort erreicht, wo sie sich aufhalten, z.B. im öffentlichen Raum oder in Jugendeinrichtungen. Der Ansatz ist für die Jugendlichen niedrighschwellig angelegt und kann flexibel und passgenau auf ihre Bedürfnisse reagieren.

Verantwortliches Fachamt Bezirk

- Jugendamt

Ansprechpersonen
<ul style="list-style-type: none"> Frau Klein (Jugendamt, Fachbereich Jugendförderung für Teilmaßnahmen „Anhalter Treff“ und „Kinderfreizeitenrichtung am Hafenplatz“, „Sicherung des außerschulischen Angebots ,Loyal e.V.“)
Einzubinden zur Konkretisierung auf Senatsebene (Empfehlung)
<ul style="list-style-type: none"> SenBJF SenIAS Abt. Arbeit, II AbtL/Fr. Zauner: Prüfung von EU-Förderinstrumenten und Referat III D (III D 1)/ Frau Richter für die Themenfelder besserer Zugang zum Arbeitsmarkt und Berufscoaching SenUMVK
Weitere Beteiligte
<ul style="list-style-type: none"> Frau Härtel (Alte Feuerwache e.V.), Träger Anhalter Treff Herr Ristic/Frau Strohmenger (Outreach gGmbH)
Kostenschätzung
Noch ohne Kostenschätzung
Mögliche Ressortbeiträge/Hinweise Senatsressorts/Hinweise Weiterentwicklung
SenIAS: Abt. Arbeit, II AbtL/Fr. Zauner: Prüfung von EU-Förderinstrumenten und Referat III D (III D 1)/Frau Richter für die Themenfelder besserer Zugang zum Arbeitsmarkt und Berufscoaching einzubeziehen

1 Soziale Inklusion	2 Bekämpfung Armut, Gewalt, Diskriminierung	3 Belebung iSd Nachhaltigkeit	4 Gesundheits- & Bewegungsförderung	5 Verbesserung Lebens- & Umweltqualität	6 Bildung & Arbeitsmarkt
------------------------	---	-------------------------------	-------------------------------------	---	--------------------------

4.4 Sanierung und Umbau Friedrichstraße 1-3 als Jugendfreizeiteinrichtung und Stadtteilzentrum baulich sozio-integrativ

Bezug Handlungsbedarfe im GI-Handlungskonzept	Verortung
<ul style="list-style-type: none"> 3.1.2.1 Vorhandene Sprachbarrieren abbauen 3.1.2.3 Förderung des bürgerschaftlichen Engagements 3.1.2.4 Ausgrenzung 3.2.2.1 Hohe Altersarmutsquote, hohe Kinderarmutsquote, Abhängigkeit von Transferleistungen 3.3.2.2 Mehrfachnutzungen der öffentlichen Infrastruktur fördern 3.4.2 Handlungsbedarfe Gesundheits- und Bewegungsförderung 3.6.2.2 Außerschulische Bildungsorte, Übergang von Schule zu Beruf 3.6.2.3 Strategische Bildungspartnerschaften initiieren 3.6.2.4 Vorhandene Bildungsangebote stärken und zielgruppengerecht kommunizieren 	 <p style="margin-top: 10px;">Friedrichstraße 1 10969 Berlin</p>

Projektbeschreibung

Die Friedrichstraße 1-3 erfüllt bereits heute eine wichtige Funktion als Jugendfreizeiteinrichtung und Nachbarschaftstreff mit unterschiedlichsten sozialen und kulturellen Angeboten für die Südliche Friedrichstadt. Sie bietet Freiräume für die Gebietsbevölkerung, die teilweise in sehr beengten Wohnverhältnissen und Familienstrukturen lebt. Sie bietet Bildungs-, Beratungs- und Freizeitangebote für Bevölkerungsgruppen, die besonders darauf angewiesen sind (z. B. Jugendliche, Frauen, Ältere, Minderheiten). Sie trägt maßgeblich zu einem vielfältigen, toleranten, nachbarschaftlichen Miteinander bei. Die Aufrechterhaltung und Verbesserung solcher Angebote ist ein wesentlicher Bestandteil der bezirklichen Daseinsvorsorge. Dafür muss der Gebäudekomplex bedarfsgerecht saniert, umgebaut und langfristig als sozialer Anker in der Südlichen Friedrichstadt gesichert werden.

Die öffentlich geförderte Jugendfreizeiteinrichtung am Standort (Gebäudeteil Friedrichstraße 2-3) ist fester Bestandteil der bezirklichen Angebotsstruktur auf der gesetzlichen Grundlage des § 11 SGB VIII. Die Einrichtung ist aufgrund des erheblichen Sanierungsbedarfs im Bestand gefährdet. Das Gesamtgebäude muss zwingend saniert werden. Die Maßnahme ist im bezirklichen Jugendförderplan enthalten. Die Sicherung der Plätze hat für das Jugendamt eine sehr hohe Priorität.

Der Gebäudekomplex weist insgesamt erhebliche Baumängel – insbesondere im Bereich des Brandschutzes – auf und ist dringend zu sanieren. Neben der Fortführung der Nutzung als Jugendfreizeiteinrichtung soll im Gebäudeteil Friedrichstraße 1 ein neues Stadtteilzentrum entstehen. Seit 2019 liegt dafür ein entsprechendes Bedarfsprogramm vor. Bislang gibt es jedoch keine Finanzierung für die Maßnahme. Aufgrund aktueller gutachterlicher Ergebnisse muss 2022 bereits ein Teil der Räumlichkeiten außer Betrieb genommen und notdürftig instandgesetzt werden.

Ziele

⇒ GI begleitet die bauliche Entwicklung des F1 mit ergänzenden Maßnahmen, insbesondere mit dem Schwerpunkt der Mehrfachnutzung.

- ⇒ Weiterer Ausbau des Mehrfachnutzungs-Ansatzes, um zu einem Stadtteilzentrum komplementäre Kooperationsleistungen aus anderen Ressorts mit einfließen zu lassen.
- ⇒ Entwicklung zu einem Stadtteilzentrum unter Berücksichtigung eines sozialräumlichen Ansatzes (Projektname „F1“) als wichtiger Baustein einer interkulturellen, intergenerationalen und inklusiven Stadtgesellschaft. Bedarfsgerechte Sanierung und Umbau auf Basis des erarbeiteten Bedarfsprogramms des Gebäudeteils F1.
- ⇒ Stärkung des F1 als einen Ort der Begegnung im Stadtteil mit Beratungs-, Lern-, Kultur- und Freizeitangeboten sowie durch Förderung des Ehrenamtes, der Gesundheitsprävention (inkl. Stärkung Kompetenzen gesundes Essverhalten/Kochen) und der sozialen Selbsthilfe.
- ⇒ Sanierung des gesamten Gebäudes. Fortführung der Nutzung der Friedrichstraße 2-3 als Jugendfreizeiteinrichtung und der Einrichtung eines Stadtteilzentrums in der Friedrichstraße 1.
- ⇒ Aufrechterhaltung und Verbesserung der bestehenden Angebote.

Verantwortliches Fachamt Bezirk

- Amt für Soziales (Standort befindet sich im Fachvermögen des Amts für Soziales)

Ansprechpersonen

- Herr Hambuch (Amt für Soziales)
- Frau Kipker (FB Stadtplanung)
- Frau Klein (Jugendamt, Jugendförderung für Teilmaßnahme Jugendfreizeiteinrichtung)
- Frau Loukas (Bezirkskoordination Quartiersmanagement)
- Herr Kunther (FM Immobilienverwaltung)

Einzubinden zur Konkretisierung auf Senatsebene (Empfehlung)

- SenSBW
- SenBJF
- SenKultEuropa
- SenIAS
- SenUMVK (u.a. Verbraucherschutz/Berliner Ernährungsstrategie)

Weitere Beteiligte

- Unionhilfswerk e.V. (Beauftragter für die F1)
- KMA e.V. und ggf. weitere betroffene Akteur*innen

Kostenschätzung

Stadtplanung: Baukosten: rund 18,6 Mio. Euro (gemäß Kostenschätzung Bedarfsprogramm 2019; + 13,2 % Indexsteigerung bis 2021)

Mögliche Ressortbeiträge/Hinweise Senatsressorts/Hinweise Weiterentwicklung

SenIAS: EFRE-Programm Stadtteilzentren III (mit Einschränkungen)

Eine Prüfung für das EFRE-Programm Stadtteilzentren III ist erst möglich, wenn die Gebäudestruktur eine klare Nutzbarkeit aufweist und entsprechende Haushaltsmittel vorhanden sind. Vorerst ist die Beteiligung der SenIAS ausschließlich unterstützend aber nicht fördernd einzuplanen.

SenUMVK: evtl. BENE II Förderschwerpunkt 1 (Förderung von Energieeffizienz und Reduzierung von Treibhausgasemissionen)

4.5 Neubauvorhaben Franz-Künstler Straße/Alte Jakobstraße und Verortung einer Kita		baulich sozio-integrativ
Bezug Handlungsbedarfe im GI-Handlungskonzept	Verortung	
3.2.2.2 Beengte Wohnverhältnisse 3.2.2.3 Bekämpfung von Gewalt 3.5.2.1 Attraktivität des öffentlichen Raums erhöhen 3.6.2.1 Stärkung der Schulen und der frühkindlichen Bildung	 <p>Franz-Künstler-Straße/Alte Jakobstraße 10969 Berlin</p>	
Projektbeschreibung		
Großes Wohnungsbauvorhaben der Gewobag als Quartiersentwicklung auf dem Standort Franz-Künstler Straße/Alte Jakobstraße		
Ziele/Geplante Nutzungen		
⇒ Ca. 440 Wohneinheiten davon 50 % sozial geförderter Wohnraum ⇒ 300 Plätze geflüchteten Wohnen nach MUF ⇒ 75 weitere Plätze "experimentelles Wohnen" für Geflüchtete ⇒ ca. 100 Kitaplätze (Konzeptionelle Ausrichtung entsprechend dem EEC Ansatz) ⇒ Erforderlich wären 5.022 m ² öffentliche Grünfläche und 837 m ² öffentliche Spielfläche. Bisher sind laut Planung aber nur 3.194 m ² Grünfläche inkl. Spielfläche möglich. Gewerbeflächen bis zu 3.200m ² , Flächen für kleinteilige hausgemeinschaftliche, kulturelle sowie soziale Einrichtungen.		
Zeithorizont		
⇒ Derzeit Entwicklung eines Angebots- B-Plans (Schaffung des Baurechts) ⇒ Zum Ausgleich des bisher nicht erreichten Volumens an notwendiger öffentlicher Grünanlage sind Stapl, SGA und UmNat derzeit in Abstimmung zu einer möglichen Teilentsiegelung der Franz-Künstler-Straße und Ausbildung des Straßenbegleitgrüns als Allee mit Aufenthaltsqualitäten. Zusätzlich wird die Möglichkeit der Niederschlagsentwässerung in die Fläche geprüft, was den positiven klimatischen Effekt verstärken würde. ⇒ Stadtwerkstatt im Oktober 2022 geplant ⇒ Baubeginn: voraussichtlich 2024 ⇒ Baufertigstellung: voraussichtlich 2026/2027		
Verantwortliches Fachamt Bezirk		
<ul style="list-style-type: none"> • Stadtentwicklungsamt 		

Ansprechpersonen
<ul style="list-style-type: none"> • Herr Dirschauer (FB Stadtplanung) • Frau Hunold (Fachbereich Familienförderung) und Frau Fißler (Jugendhilfeplanung) für Kindertagesstätte • Frau Schulenberg (LAF)
Einzubinden zur Konkretisierung auf Senatsebene (Empfehlung)
<ul style="list-style-type: none"> • SenSBW • SenBJF • SenIAS/LAF
Weitere Beteiligte
<ul style="list-style-type: none"> • Umwelt- und Naturschutzamt • Straßen- und Grünflächenamt
Kostenschätzung
<p>Kostenschätzung liegt nicht vor</p> <ul style="list-style-type: none"> • Finanzierung der Baukörper und Grünflächen durch Gewobag sichergestellt • Ggf. Mittel für weitere Einzelbedarfe notwendig, konkrete Planung erst möglich, wenn Bedarfe geklärt sind, ggf. Konzept erst mit Bauantrag
Mögliche Ressortbeiträge/Hinweise Senatsressorts/Hinweise Weiterentwicklung
<p>Fördergegenstände der Maßnahme sollten weiter herausgearbeitet und konkretisiert werden, z.B. hinsichtlich der Grünanlagen, Mehrfachnutzung und Stärkung der nachbarschaftlichen Begegnung.</p>

4.6 Stärkung bibliothekarischer Infrastrukturen im Handlungsraum **baulich** und in angrenzenden Regionen **sozio-integrativ**

Bezug Handlungsbedarfe im GI-Handlungskonzept

- 3.1.2.1 Vorhandene Sprachbarrieren abbauen
- 3.3.2.2 Mehrfachnutzungen der öffentlichen Infrastruktur fördern
- 3.6.2.1 Stärkung der Schulen und der frühkindlichen Bildung
- 3.6.2.2 Außerschulische Bildungsorte, Übergang von Schule zu Beruf
- 3.6.2.3 Strategische Bildungspartnerschaften initiieren
- 3.6.2.4 Vorhandene Bildungsangebote stärken und zielgruppengerecht kommunizieren

Verortung



Adalberstr. 2

Glogauer Str. 13 (außerhalb Handlungsraum)

Projektbeschreibung

Die Mittelpunktbibliothek Adalbertstraße - als Begegnungsort im Quartier, als Ort der Bildung und Integration - soll auch in den folgenden Jahren in ihrem Prozess der weiteren Öffnung in den Stadtteil und der Neudefinition als attraktiver, nicht-kommerzieller Raum (urbanes Lernen, Forum der Stadtgesellschaft, learning village, Gemeinschaftsgarten) und bei der Erweiterung ihrer Nutzungsmöglichkeiten sowie infrastrukturellen Umgestaltung unterstützt werden (u.a. Stärkung der digitalen Teilhabe mit entsprechender technischer Ausgestaltung und flankierenden Schulungs- und Beratungsangeboten).

Da die Immobilie räumlich nicht ausbaufähig ist, sollen weitere Standorte im Handlungsraum und angrenzenden Gebieten - in Kooperation mit anderen Fachämtern, z.B. für Jugend - realisiert werden, um dem Bedarf der Stadtgesellschaft nach Orten der public familiarity/vertrauten Öffentlichkeit Rechnung zu tragen, und um die Angebote der Lese- und Medienkompetenzförderung ausbauen zu können.

Ziel ist es, die infrastrukturelle Unterversorgung im Bibliotheksbereich zu entschärfen, die bezirkswweit zurzeit bei deutlich unter 50% liegt.

Maßnahmenideen zur Mittelpunktbibliothek Adalbertstraße aus dem IHEK QM ZKO, S.13 (auf Wunsch von SenSBW integriert):

- 1) Initiierung und Durchführung von Angeboten und Veranstaltungen, unter Einbeziehung der lokalen Kooperationspartnerschaften und Aktiven (z.B. zum Thema „Umweltbewusstsein“);
- 2) Erweiterung /Ausbau bereits existierender Angebote, die - gemessen an dem Bedarf - nicht ausreichend sind;
- 3) Stärkere Nutzung des neugestalteten Bibliotheks-Lesegartens, unter Einbindung und Verantwortungsübernahme der Anwohner*innenschaft, auch im Rahmen der sog. Gartenarbeit ;
- 4) Öffnung des Bibliotheks-Lesegartens zum NKZ Spielplatz;
- 3) Schaffung infrastruktureller Rahmenbedingungen zur Umsetzung neuer Ideen, die die Neuausrichtung resp. das Profil als Ort „nicht nur des Lesens“ unterstützen und befördern.

Ziele

- ⇒ Ausbau des Standortes Glogauer Str. 13 zur Mehrfachnutzung "Haus der Ideen" (Neubau auf Freifläche, denkmalgerechte Sanierung des Altbaus). Das Grundstück und die Bestandsimmobilie befinden sich im Bezirksvermögen. Eine Machbarkeitsstudie unter der Beteiligung der o.g. Bedarfsträger liegt vor. Aufgrund brandschutztechnischer Mängel am Bestandsgebäude (z.Zt. keine Nutzung möglich) hat sich der Handlungsdruck erhöht, der frühestmögliche Baubeginn wird angestrebt. Errichtet werden soll ein bis zu siebengeschossiger Neubau (zzgl. Unterkellerung) als Kultur-, Bildungs- und Familienzentrum mit einer Nutzfläche von 5.900 qm, der folgende Nutzungsarten kombiniert: Bibliothek, Volkshochschule, Kindertagesstätte, Familienzentrum, Bezirksarchiv, Café, Dachgarten, Arbeitsräume für Künstlerinnen. *Zudem ist die denkmal- und brandschutzgerechte Sanierung des Altbaus (ehem. Familienbibliothek, Sporthalle) vorgesehen, der auch künftig eine überdachte Sportstätte sowie neu Arbeitsräume für Künstlerinnen beherbergen soll.* Die Kombination der verschiedenen Nutzungsarten auf dem Gesamtgrundstück hat zum Ziel, Synergien im Bereich Familienförderung, Begegnung, kulturelle Bildung und soziale Inklusion zu fördern und im stark verdichteten, von Verdrängung bedrohten Stadtteil Kreuzberg ein Leuchtturm-Angebot zur Förderung von generationsübergreifenden und interkulturellen Alltagsbegegnungen zu schaffen.
- ⇒ Die Maßnahme befindet sich außerhalb des Handlungsraums 8, übernimmt in ihrer kulturellen Dimension (Bibliothek, VHS, Archiv, Arbeitsräume für Künstler*innen) jedoch einen wesentlichen Anteil an der Versorgung mit kultureller und sozialer Infrastruktur für Kreuzberg Nord (z.B.: keine räumliche Ausweitung der MPB Adalbertstr. möglich). Die Maßnahme grenzt darüber hinaus unmittelbar an den Handlungsraum 9, Nord-Neukölln, an. Der Bedarf an zusätzlichen Kita-Plätzen und bibliothekarischen Angeboten (z.B. im Bereich der Sprach- und Leseförderung) aus den Neuköllner Bezirksregionen 081003 und 081004 ist gegeben und fachlicherseits bestätigt, der Standort soll deshalb eine wichtige Versorgungsfunktion auch für den benachbarten Handlungsraum 9 übernehmen (z.Zt. in fachlicher Abstimmung).

Verantwortliches Fachamt Bezirk

- Amt für Weiterbildung und Kultur

Ansprechperson

- Frau Weis (Amt für Weiterbildung und Kultur)

Einzubinden zur Konkretisierung auf Senatsebene (Empfehlung)

- SenKultEU
- SenSBW
- SenBJF

Weitere Beteiligte

- Jugendamt (Frau Fißler)
- Atelierbüro/Atelierbeauftragter des Landes Berlin
- QM Zentrum Kreuzberg
- ZLB
- SenUMVK

Hinsichtlich Mittelpunkt Adalbertstraße:

- Mittelpunktbibliothek
- Lokale vereine

- Aktive
- Bewohner*innenschaft
- Mieterrat NKZ

Kostenschätzung

Das Vorhaben ist in der gezielten Zuweisung des Landes für einen Baubeginn ab 2027 gelistet (Gesamtkosten ca. 36 Mio. Euro)

Mögliche Ressortbeiträge/Hinweise Senatsressorts/Hinweise Weiterentwicklung

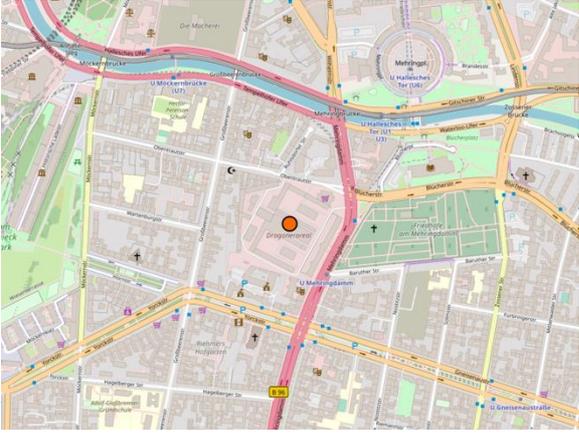
Kultur und Bibliotheken im Stadtteil (KuBIST) -> Vorbehaltlich des Ergebnisses der Einzelfallprüfung (siehe Hinweise der SenKultEuropa)

SenKultEuropa: Das Vorhaben wird fachlich von SenKultEuropa befürwortet. Eine entsprechende fachliche Stellungnahme zu Bedarfsprogramm/Machbarkeitsstudie vom 07.04.2022 liegt dem Bezirk vor.

Die vorgeschlagene Maßnahme ist außerhalb der Förderkulisse der Ressortübergreifenden Gemeinschaftsinitiative zur Stärkung sozial benachteiligter Quartiere verortet. Ob es sich hierbei um einen begründeten Einzelfall handelt, der ausnahmsweise dennoch eine Förderung aus Mitteln des EFRE bzw. der GI ermöglicht, wäre ggf. auf Basis entsprechender Begründungen des Bezirks zur Versorgung der benachteiligten Quartiere in der Kulisse zu prüfen. Entsprechend den Regularien der Verwaltungsbehörde (SenWEB) für das Programm des Landes Berlin für den EFRE in der Förderperiode 2021-2027 zur Verwendung der Mittel im Programm KUBIST ist die Projektumsetzung innerhalb oder in begründeten Einzelfällen außerhalb, jedoch in enger räumlicher Nähe der Förderkulisse, zwingend nachzuweisen.

4.7 Dragoner Areal: Schaffung sozialer Infrastruktur für Kita, Jugendfreizeiteinrichtung sowie ergänzende bezirkliche und zivilgesellschaftliche Bedarfe

**baulich
sozio-integrativ**

Bezug Handlungsbedarfe im GI-Handlungskonzept	Verortung
<p>3.1.2.2 Nachbarschaftliche Begegnung und Förderung von Alltagsbegegnungen</p> <p>3.1.2.3 Förderung des bürgerschaftlichen Engagements</p> <p>3.1.2.4 Ausgrenzung</p> <p>3.2.2.1 Hohe Altersarmutsquote, hohe Kinderarmutsquote, Abhängigkeit von Transferleistungen</p> <p>3.2.2.2 Beengte Wohnverhältnisse</p> <p>3.2.2.3 Bekämpfung von Gewalt</p> <p>3.3.2.2 Mehrfachnutzungen der öffentlichen Infrastruktur fördern</p> <p>3.4.2 Handlungsbedarfe Gesundheits- und Bewegungsförderung</p> <p>3.5.2.1 Attraktivität des öffentlichen Raums erhöhen</p> <p>3.6.2.1 Stärkung der Schulen und der frühkindlichen Bildung</p> <p>3.6.2.2 Außerschulische Bildungsorte, Übergang von Schule zu Beruf</p> <p>3.6.2.3 Strategische Bildungspartnerschaften initiieren</p> <p>3.6.2.4 Vorhandene Bildungsangebote stärken und zielgruppen-gerecht kommunizieren</p>	 <p>U.a. Obentrautstraße 1-21 10963 Berlin</p>

Projektbeschreibung

Die Maßnahme umfasst mehrere Teilstandorte und -bedarfe:

Kiezraum (FB Stadtplanung)

Bauantrag/Nutzungskonzept: Der Bauantrag sieht die Nutzung mit maximal 200 Besucher*innen und eine öffentliche Nutzung durch Bürgerinitiativen vor. Eine private Nutzung ist nicht vorgesehen. Insbesondere folgende Nutzungen sind innerhalb des Kiezraumes vorgesehen:

- Vortrags- und Informationsveranstaltungen
- Ausstellung und Information (Tafeln und Schaukästen bzw. Fenster)
- Spiel und Lesen (keine Spielautomaten)
- Kleinveranstaltungen und Workshops
- Kaffee- und Handarbeitsrunden
- Gesundheitsförderung (inkl. Förderung von Kompetenzen zum gesunden Essverhalten und Kochen)
- Sanitär
- Technik- und Abstellnutzung

Ergänzend dazu sind folgende Nutzungen Bestandteil des kooperativen Ansatzes für den Kiezraum:

- Treffen der diversen Initiativen, Vernetzungen und Arbeitsgruppen

- Beteiligungs- und Gremientermine des Sanierungsgebiets
- Verschiedene Veranstaltungsformate und soziokulturelle Angebote für die Zielgruppen aus der Nachbarschaft

Der Kiezraum soll noch 2022 an einen Verein zur selbstbestimmten Nutzung übergeben werden. Ziel ist die Verstetigung der Nutzung als Nachbarschafts- /Stadtteilzentrum nach Aufhebung des Sanierungsgebiets (2026ff) mit eigenständiger Finanzierung.

Kita (Jugendhilfeplanung)

Zur Sicherung eines bedarfsgerechten Angebotes an Kitaplätzen sollen auf dem Dragoner Areal in Abhängigkeit von der prognostischen Entwicklung der Kinderzahlen ein Angebot von bis zu 100 Tagesbetreuungsplätzen geplant werden. Darin sind auch 20 Plätze für ein betriebsnahes Angebot des Bezirksamtes berücksichtigt.

Im Rahmen einer Machbarkeitsstudie wurde die Eignung der denkmalgeschützten "Neuen Reithalle" 2022 abschlägig geprüft. Ein weiterer Prüfstandort, das Pferdehospiz, wurden positiv beurteilt (Zustimmung auch im Zukunftsrat am 23.8.22) und soll 2023/24 über eine Bauplanungsunterlage konkretisiert werden.

Jugendfreizeiteinrichtung (Jugendhilfeplanung)

Das Angebot an öffentlich geförderten Plätzen in Jugendfreizeiteinrichtungen nach § 11 SGB VIII ist in der Bezirksregion Tempelhofer Vorstadt stark defizitär. Die Verfügbarkeit geeigneter Flächen für die Entwicklung neuer Standorte ist im innerstädtischen Bereich stark eingeschränkt. Aus diesem Grund wurde der Fachbedarf für eine öffentliche/öffentlich geförderte Jugendfreizeiteinrichtung mit 200 Plätzen in das Entwicklungskonzept für das Dragonerareal aufgenommen. In einer Machbarkeitsstudie wurde dazu der Standort Alte Reithalle geprüft. Die Standortoption Anbau Finanzamt wurde BIM-seitig ausgeschlossen. Der Standort Alte Reithalle bietet aufgrund der räumlichen Größe das Potential für eine Mehrfachnutzung in getrennten Bereichen mit eigenen Eingängen, als auch für Kooperationen. Die Einbringung des Grundstücks in ein bezirkliches Fachvermögen wäre bei vollständiger öffentlicher Nutzung möglich. Ergänzende Nutzungen durch Kultur und Sport werden geprüft. Die Machbarkeit wurde aus Sicht des Denkmalschutzes und der Jugendplanung positiv beurteilt. Beschlüsse des Jugendhilfeausschusses vom 28.09.22, der BVV vom 30.09.22 und des Zukunftsrats vom 11.10.22 bestätigten dies. Vor Beginn einer BPU in 2024 müssen noch 2023 das Bedarfsprogramm, die Dritt-nutzung und die Trägerschaft geklärt werden.

Projektraum für Kultur / Kulturelle Bildung (Amt für Weiterbildung und Kultur) – In Prüfung

Eine mögliche kommunale Nutzung des Standorts "Alte Reithalle" durch das Amt für Weiterbildung und Kultur für Projektaktivitäten im Bereich Kunst/Kultur/Kulturelle Bildung, unter der fachlichen Leitung des Amtes bzw. der Fachbereiche Kultur & Geschichte und VHS wird derzeit geprüft. Es ist noch unsicher, ob sich die Alte Reithalle, ein anderer Standort oder kein Standort eignet. Die kommunale Kultureinrichtung soll sich zur Stadtgesellschaft öffnen und das Gesamtareal bereichern. Im Einzelnen vorgesehen sind:

- Ein multifunktionaler Raum nutzbar und teilbar für Ausstellungen, Workshops, Veranstaltungen, Versammlungen (insgesamt 300qm)
- 2 Seminarräume (zusammenlegbar) für Kurse der VHS und kleinere Veranstaltungen (insgesamt 120 qm)
- Räume für die Infrastruktur (kleines Büro, Sanitär, Lager etc.), ca. 95 qm

Gemeinwohrräume (Gemeinwohlwaben)

Im städtebaulichen Entwurf sind ca. 4.000 m² BGF für gemeinwohlorientierte Räume vorgesehen. Dazu gehören u.a. die Adlerhalle, die historischen Garagen, der Anbau der Schmiede und im Wohnen unterlagerte Flächen. Noch ist das Konzept und die Finanzierung offen, da hierfür derzeit keine Planungskapazitäten bestehen.

Umsetzungsstand (soweit vorliegend):

Die Kita soll durch den Eigenbetrieb Kindergärten City betrieben werden und das Grundstück in das entsprechende Fachvermögen gehen. Die Planung für Freiflächen und Pferdehospiz und Anbauten muss 2023/24 in einer BPU konkretisiert werden. Hierzu liegt ein Förderantrag im Programm Lebendige Zentren und Quartiere (LZQ) vor.

Auch für die JFE in der Alten Reithalle soll ab 2024 eine BPU über das Programm LZQ erstellt werden. Bedingung ist, dass im Jahr 2023 weitere Vertiefungen zu Drittnutzungen, Raumkonzept und Bauherrenschaft (Bezirk oder BIM) erfolgen.

Ziele

Angestrebt sind Mehrfachnutzungen der Gebäude (z.B. für Kultur, Sport oder Stadtwerkstatt), sofern das Raumvolumen dies zulässt.

Verantwortliches Fachamt Bezirk

- Stadtentwicklungsamt, Fachbereich Stadtplanung

Ansprechpersonen

- Frau Fißler (Jugendamt / Jugendhilfeplanung)
- Herr Matthes (FB Stadtplanung)
- Herr Bauer (Amt für Weiterbildung und Kultur)

Einzubinden zur Konkretisierung auf Senatsebene (Empfehlung)

- SenSBW
- SenBJF
- SenKultEuropa

Weitere Beteiligte

- Akteur*innengruppen Dragoner-Areal

Kostenschätzung

Kita in Pferdehospiz und Anbau 5 Mio. Euro und JFE in Alter Reithalle inklusive Drittnutzung 8,2 Mio. Euro

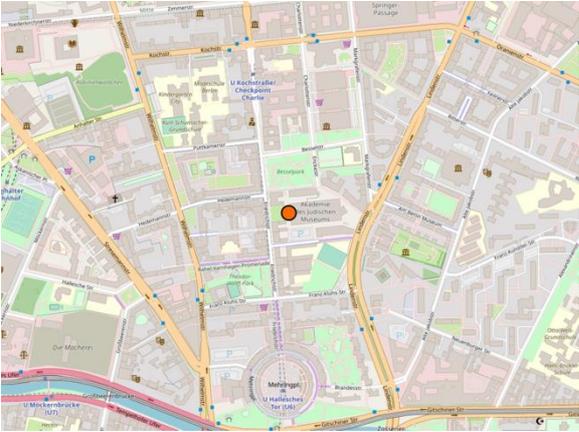
Mögliche Ressortbeiträge/Hinweise Senatsressorts/Hinweise Weiterentwicklung

Kultur und Bibliotheken im Stadtteil (KuBIST) -> Vorbehaltlich der weiteren Konkretisierung der Maßnahme

Hinweise der SenKultEuropa: Das Vorhaben ist dem Referat IIC der SenKultEuropa bisher nicht bekannt. Es wurde bisher noch kein Stellungnahmeverfahren dazu veranlasst. Grundsätzlich wird die Schaffung weiterer Räume für das Amt für Weiterbildung und Kultur am Standort befürwortet. In der Skizzierung des Projekts fehlen bisher Hinweise dazu, was programmatisch am Standort vorgesehen ist, z.B. Aussagen zur angedachten Einrichtungsart (falls bereits bekannt), welche Zielgruppen sollen angesprochen werden. Aus Sicht der SenKultEuropa sollte geprüft werden, ob die Räume geeignet sind um Angebote der Jugendkunstschulen vorzuhalten. Die Abgrenzung zum Kiezraum sollte deutlich herausgearbeitet werden. Insgesamt ist im Projektsteckbrief die Begründung der Maßnahme in Bezug auf die genannten GI-Ziele zu ergänzen.

BA Friedrichshain-Kreuzberg (SPK): Das Dragonerareal liegt im GI-Gebiet. Im weiteren Verlauf ist zu klären, inwieweit einzelne Maßnahmen neben Mitteln der Städtebauförderung zusätzlichen Förderbedarf haben.

4.8 Friedrichstraße 18-19: Entwicklung zum Mehrfachnutzungs- standort (Integrierter Kulturstandort)	baulich sozio-integrativ
--	-------------------------------------

Bezug Handlungsbedarfe im GI-Handlungskonzept	Verortung
<p>3.3.2.2 Mehrfachnutzungen der öffentlichen Infrastruktur fördern</p> <p>3.2.2.4 Integration geflüchteter Menschen</p> <p>3.6.2.3 Strategische Bildungspartnerschaften initiieren</p> <p>3.6.2.4 Vorhandene Bildungsangebote stärken und zielgruppen-gerecht kommunizieren</p>	 <p style="text-align: center;">Friedrichstraße 18-19 10969 Berlin</p>

Projektbeschreibung

Der Standort soll als integrierter Kulturstandort zusammen mit einer Unterkunft für Geflüchtete entwickelt werden. Der Standort ist eine öffentliche Liegenschaft im Kerngebiet. Der Standort gehört damit zu den wenigen möglichen großen Neubaustandorten der öffentlichen Daseinsvorsorge im Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg, dessen bauliches Potenzial zu nutzen ist.

Erste konkrete Abstimmungen zur gemeinsamen Entwicklung des Vorhabens, zu Raumbedarfen und synergetischen Nutzung sind erfolgt; eine erste Machbarkeitsstudie wurde im Auftrag des Schwulen Museums durchgeführt und durch SenKultEuropa finanziert. Sowohl für das Bezirksmuseum als auch das Schwule Museum besteht erhöhter Handlungsdruck, da die Mietverträge für die bisherigen Immobilien im Jahr 2026 (hinz. Verlängerungsoptionen) auslaufen. Am Standort soll auch eine kleine Kita mit 25 Plätzen integriert werden. Dadurch wird das wohnortnahe Angebot an Kitaplätzen durch eine kleine Einrichtung ergänzt, die Angebotsvielfalt gestärkt und die Möglichkeiten für die Ausübung des Wunsch- und Wahlrechts der Eltern erweitert.

Die sozio-kulturelle Nutzungsmischung aus Geflüchteten-Wohnen, musealen Angeboten und Kinderbetreuung ist einzigartig. Sie steht exemplarisch für die Notwendigkeit, in einem innerstädtisch verdichteten Stadtbezirk verschiedene Bedarfe auf neue Art miteinander zu kombinieren. Durch die besondere Kombination von regionalem und überregionalem Museum, von Unterkunft und Infrastruktur und zur frühkindlichen Förderung entstehen architektonische und programmatische Synergien, die den Komplex nach außen strahlen und vor Ort integrativ wirken.

Dies bedeutet in Bezug auf eine Öffnung für die Nachbarschaft und die Geflüchteten, freie Kapazitäten in der Bibliothek, dem Lesesaal und dem Projektraum des neuen Friedrichshain-Kreuzberg Museums. Zwischen dem Schwulen Museum Berlin und dem Friedrichshain-Kreuzberg Museum wurden folgende Synergieflächen ausgemacht: Veranstaltungsräume, Vermittlungsräume, Sanitärbereiche. Diese Räumlichkeiten können auch durch die Nachbarschaft und Geflüchteten im Rahmen von Beratungsgesprächen, private Feiern, betreute Workshops mit Sozialarbeitern oder als Ruhe- und Lernräume mitgenutzt werden. Die Synergien schaffen somit qualitätsvolle Begegnungsorte für die Öffentlichkeit und Anwohner*innen im Gebiet.

Die Kollaboration von zwei Museen und Trägern für Geflüchtetenunterkünfte eröffnet dabei Potentiale für gesellschaftsinnovative Verknüpfungen von sozialen und kulturellen Bedarfen und eine Umsetzung zukunftsweisender Raumprogramme für Synergien und kollaborativer Raumgestaltung, sowie neue Impulse für die Migrations- und Kulturarbeit: Hier insbesondere Museen als gesellschaftspolitisch relevante Orte, an denen neue Visionen für das Zusammenleben entwickelt und neue Modelle erprobt werden. Damit wird werden zugängliche und qualitätsvolle Begegnungsorte bzw. -möglichkeiten und Rückzugsorte geschaffen. Eine Flucht-/Asyl-Politik und Kulturpolitik als am Subjekt orientierte Politiken, bei denen die Menschen als selbstbestimmte Stadtbewohner*innen im Mittelpunkt stehen und ein Raumprogramm mit Flächen zur Nutzung von Akteur*innen (Personen, zivilgesellschaftliche Organisationen, und Nachbarschaft für zivilgesellschaftliche Veranstaltungen und Programme, die konsequent demokratische Ziele verfolgen und im Zusammenhang mit der Nutzungskombination Schwules Museum und Geflüchtetenwohnen zu einem Abbau von Vorurteilen beitragen und homophobe Diskriminierung vorbeugen.

Das Bezirksamt votierte (BA-Beschluss Nr.: V/ 896/ 21 vom 11.05.2021) für die Entwicklung eines Mehrfachnutzungsstandortes an der Friedrichstraße 18, 19 mit dem Friedrichshain-Kreuzberg Museum, den Standort des Schwulen Museums und einer Geflüchtetenunterbringung als vorrangige Nutzer*innen.

Ziele

Der Standort soll als integrierter Kulturstandort zusammen mit einer Unterkunft für Geflüchtete entwickelt werden.

Verantwortliches Fachamt Bezirk

- Amt für Weiterbildung und Kultur
- Stadtentwicklungsamt (FB Stadtplanung)
- Jugendamt

Ansprechpersonen

- Frau Weis (Amt für Weiterbildung und Kultur)
- Herr Dirschauer (FB Stadtplanung)
- Frau Fißler (Jugendamt)

Einzubinden zur Konkretisierung auf Senatsebene (Empfehlung)

- SenSBW
- SenBJF
- SenKultEuropa
- SenIAS / LAF: Grundsatzangelegenheiten AsylbLG einschl. der Fachaufsicht über das LAF (Zuständigkeit: SenIAS, Abt. Soziales, III A/Frau Dr. Siems), Abteilung Soziales/Referat III F (III F 1.1)/Herr Rockstedt, Referat II E/II E 1.1 Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten/Frau Schulenburg, Referat III A (III A 1.4), Abteilung Soziales/Frau Mühlbeyer (fachaufsichtliche Zuständigkeit)

Weitere Beteiligte

- Friedrichshain-Kreuzberg Museum
- Schwules Museum

Kostenschätzung

Eine erste Kostenschätzung beläuft sich auf 37 Mio. Euro, wobei die Finanzierung noch nicht abschließend geklärt ist. Eine Machbarkeitsstudie wurde noch nicht beauftragt.

Mögliche Ressortbeiträge/Hinweise Senatsressorts/Hinweise zur Weiterentwicklung

SenKultEuropa: Kultur und Bibliotheken im Stadtteil (KuBIST) -> Vorbehaltlich der weiteren Konkretisierung.

Das Vorhaben ist SenKultEuropa bekannt. Es wurde bisher noch kein Stellungnahmeverfahren dazu veranlasst.

BA Friedrichshain-Kreuzberg (SPK): Zusammenarbeit und Organisation der späteren Nutzungen sind fachübergreifend zu denken.

GI-Ziele:

1 Soziale Inklusion

2 Bekämpfung Armut, Gewalt, Diskriminierung

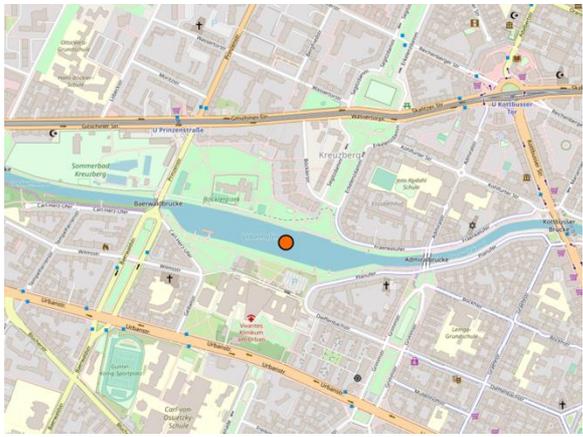
3 Belebung iSd Nachhaltigkeit

4 Gesundheits- & Bewegungsförderung

5 Verbesserung Lebens- & Umweltqualität

6 Bildung & Arbeitsmarkt

4.9 Urbanhafen - Uferwege und Grünflächen **baulich**

Bezug Handlungsbedarfe im GI-Handlungskonzept	Verortung
<p>3.1.2.2 Nachbarschaftliche Begegnung und Förderung von Alltagsbegegnungen</p> <p>3.2.2.2 Beengte Wohnverhältnisse</p> <p>3.2.2.3 Bekämpfung von Gewalt</p> <p>3.4.2 Handlungsbedarfe Gesundheits- und Bewegungsförderung</p> <p>3.5.2.1 Attraktivität des öffentlichen Raums erhöhen</p> <p>3.5.2.2 Versorgung und Pflege der Grünflächen</p> <p>3.5.2.3 Umwelt, Klima und Verkehr</p>	 <p>Urbanhafen 10967 Berlin (zwischen Baerwald- und Admiralbrücke)</p>

Projektbeschreibung

Eine Neugestaltung der Uferwege und Grünflächen am Urbanhafen ist die wichtigste Maßnahme zur Aufwertung der öffentlichen Grünflächen im Fördergebiet Urbanstraße. Dies war das Ergebnis des 2020/2021 erarbeiteten Freiflächenentwicklungskonzepts Urbanstraße. Deshalb hat das Bezirksamt mit der Planung für den Urbanhafen begonnen.

Im Herbst 2021 hat sich hierfür ein fachübergreifendes Steuergremium gebildet. Seitdem findet eine umfangreiche Grundlagenermittlung statt. In diesem Rahmen werden Gespräche mit beteiligten Behörden und Akteur*innen vor Ort geführt - u.a. mit Vivantes, dem Wasserstraßen-Neubauamt und den Berliner Wasserbetrieben - und es werden erforderliche Gutachten zur Vorbereitung der Planung erarbeitet.

Aktuell (Jahresende 2022) wird die (europaweite) Ausschreibung zur Auswahl eines Planungsbüros für die konkrete Planung durchgeführt. Veröffentlichung vrsl. 2022.

Internetinfo:
<https://www.berlin.de/ba-friedrichshain-kreuzberg/politik-und-verwaltung/aemter/stadtentwicklungsamt/stadtplanung/gruppe-infrastruktur-und-staedtebaufoerderung/sds-urbanstrasse/urbanhafen-planung-zur-umgestaltung-der-uferwege-und-gruenflaechen-1183884.php>

Ziele

- ⇒ Verbesserung der Wege für den Fuß- und Fahrradverkehr,
- ⇒ ein neuer größerer Spielplatz
- ⇒ Schutz und der Erhalt der vorhandenen Grünflächen und
- ⇒ Maßnahmen zum Klimaschutz bzw. zur Klimaanpassung
- ⇒ Angebote zur Bewegungsförderung

Verantwortliches Fachamt Bezirk
<ul style="list-style-type: none"> • Straßen- und Grünflächenamt (FB Grünflächen, teilweise FB Straßen)
Ansprechpersonen
<ul style="list-style-type: none"> • Herr Herbert (FB Grünflächen) • Herr Schwalm (FB Stadtplanung)
Einzubinden zur Konkretisierung auf Senatsebene (Empfehlung)
<ul style="list-style-type: none"> • SenUMVK • SenSBW • SenWGPG
Weitere Beteiligte
<ul style="list-style-type: none"> • Gemeinwesenarbeit (GWA) Urbanhafen (Nachbarschaftshaus Urbanstraße e.V.)
Kostenschätzung
Noch ohne Kostenschätzung
Mögliche Ressortbeiträge/Hinweise Senatsressorts/Hinweise zur Weiterentwicklung:
<p>SenUMVK: BENE II Förderschwerpunkt 5 (Verbesserung des Schutzes und der Erhaltung der Natur, der biologischen Vielfalt und der grünen Infrastruktur, einschließlich in städtischen Gebieten, sowie Verringerung aller Formen von Umweltverschmutzung).</p>

GI-Ziele:

1 Soziale Inklusion	2 Bekämpfung Armut, Gewalt, Dis- kriminierung	3 Belebung iSd Nach- haltigkeit	4 Gesundheits- & Bewegungs- förderung	5 Verbesserung Le- bens- & Umwelt- qualität	6 Bildung & Arbeits- markt
------------------------	---	---------------------------------------	---	---	----------------------------------

4.10 Stadtteile ohne Partnergewalt (StoP) in Kreuzberg (und Neukölln)

Sozio-integrativ

Bezug Handlungsbedarfe im GI-Handlungskonzept	Verortung
3.2.2.3 Bekämpfung von Gewalt	 <p style="text-align: center;">Gesamter Handlungsraum</p>
Ziele/Projektbeschreibung	
<p>In einem Gemeinwesenarbeitsprojekt soll das Thema häusliche Gewalt stadtteilbezogen bearbeitet werden. Bereits seit November 2021 ist das Nachbarschaftshaus dazu mit der Senatsverwaltung Integration, Arbeit und Soziales und dem Nachbarschaftshaus Neukölln im Gespräch und in der Entwicklung. Das konzeptionelle Vorgehen orientiert sich an dem 8 Phasenmodell der StoP-Methode (http://stop-partnergewalt.org), soll hier aber auf das Kreuzberg-Neuköllner Modellprojekt angepasst und, soweit das in der Antragsphase schon möglich ist, konkretisiert werden.</p> <p>Kreuzberg und Neukölln als Modellstandorte für ein erstes StoP-Projekt in Berlin zu wählen, hat nicht den Hintergrund, dass Erhebungen über häusliche Gewalt die Situation in diesen Stadtteilen als besonders extrem einstufen. Häusliche Gewalt kommt in allen Stadtteilen vor, die Dunkelziffer ist allgemein hoch.</p> <p>Die Auswahl erfolgt aus anderen Gründen. Der Verein Nachbarschaftshaus Urbanstraße e.V. und der Verein Nachbarschaftshaus Neukölln e.V. sind bekannt für einen starken Gemeinwesenarbeitsansatz und eine langjährige Kompetenz und Erfahrung in der partizipativen Arbeit mit Bewohner*innen und Initiativen im Stadtteil.</p> <p>Beide verfügen in den GI-Räumen Kreuzberg Nord und Neukölln Nord über mehrere Nachbarschaftstreffpunkte und – durch die Gemeinwesenarbeit – über viele unterschiedliche Zugänge in die einzelnen Kieze, in die Bewohnerschaft und in die breite Initiativenlandschaft. Diese Nähe zu den Menschen und die Vielfalt unterschiedlicher Zugänge zu den Bewohner*innen sind eine gute und eine erfolversprechende Basis, um ein Modellprojekt StoP genau hier zu starten.</p>	
Verantwortliches Fachamt Bezirk	
<ul style="list-style-type: none"> • Sozialraumorientierte Planungskoordination (SPK) 	
Ansprechpersonen	
<ul style="list-style-type: none"> • Frau Thöns (SPK) • Herr Machura (Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales) 	
Einzubinden zur Konkretisierung auf Senatsebene (Empfehlung)	
<ul style="list-style-type: none"> • SenIAS • Beteiligt am Gemeinschaftsprojekt sind auch SenInnDS, SenWGPG und SenSBW 	

Weitere Beteiligte
<ul style="list-style-type: none"> • Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte Friedrichshain-Kreuzberg (NK, ggf, Gewaltpräventionsräte) • Nachbarschaftshaus Urbanstraße e.V. (Kooperation mit dem Nachbarschaftsheim Neukölln e.V.)
Kostenschätzung
Noch ohne Kostenschätzung
Mögliche Ressortbeiträge/Hinweise Senatsressorts/Hinweise zur Weiterentwicklung
SenIAS: Infrastrukturförderprogramm Stadtteilzentren ausschließlich in Kooperation mit SenSBW. Eine Umsetzung steht in Abhängigkeit von der avisierten Unterstützungsfinanzierung der SenSBW (Gemeinschaftsprojekte)

GI-Ziele:

1
Soziale Inklusion

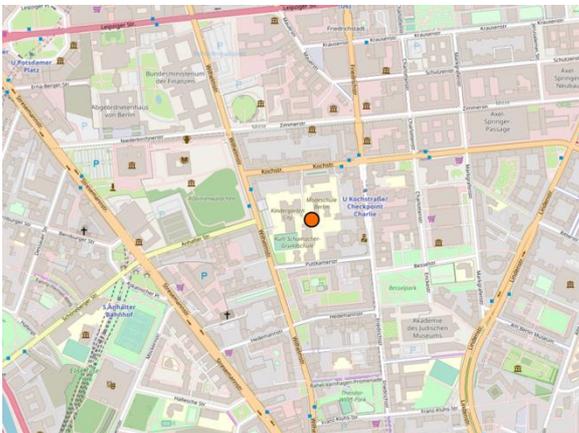
2 Bekämpfung Armut, Gewalt, Diskriminierung

3
Belebung iSd Nachhaltigkeit

4 Gesundheits- & Bewegungsförderung

5 Verbesserung Lebens- & Umweltqualität

6
Bildung & Arbeitsmarkt

4.11 Entwicklung des Bildungscampus Puttkamer-/ Wilhelm-/ Kochstraße und Kita Kochstraße		Baulich
		Sozio-integrativ
Bezug Handlungsbedarfe im GI-Handlungskonzept	Verortung	
<p>3.1.2.1 Vorhandene Sprachbarrieren abbauen</p> <p>3.2.2.1 Hohe Altersarmutsquote, hohe Kinderarmutsquote, Abhängigkeit von Transferleistungen</p> <p>3.3.2.2 Mehrfachnutzungen der öffentlichen Infrastruktur fördern</p> <p>3.4.2 Handlungsbedarfe Gesundheits- und Bewegungsförderung</p> <p>3.6.2.1 Stärkung der Schulen und der frühkindlichen Bildung</p> <p>3.6.2.2 Außerschulische Bildungsorte, Übergang von Schule zu Beruf</p>	 <p>Puttkamer- / Wilhelm- / Kochstraße 10969 Berlin</p>	
Projektbeschreibung		
<p>Mit Erweiterung der Kurt-Schumacher-Grundschule zur Gemeinschaftsschule soll ein zusätzliches Bildungsangebot in der Sekundarstufe geschaffen werden. Durch enge Kooperation mit dem benachbarten Oberstufenzentrum wird für alle Schüler*innen zudem zukünftig das Angebot der gymnasialen Oberstufe sowie eines breiten Spektrums an Schul- und Berufsabschlüssen angestrebt. Unter Einbindung der am Standort vorhandenen Kita wird ein umfassendes Bildungs- und Betreuungsangebot in der sozial benachteiligten Südlichen Friedrichstadt entwickelt.</p> <p>Im Jahr 2020 wurde eine Machbarkeitsstudie zur Entwicklung des geplanten Bildungscampus Puttkamer- / Wilhelm-/ Kochstraße erstellt und mit den beteiligten Senats- und Bezirksverwaltungen sowie Nutzer*innen abgestimmt. Am 03.08.2021 hat das Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg die Variante 3 als Vorzugsvariante für die künftige Standortentwicklung bestätigt und deren planerische sowie bauliche Umsetzung beschlossen (siehe BA-Beschluss vom 03.08.2021).</p>		
Ziele/Projektbeschreibung		
<ul style="list-style-type: none"> ⇒ Rückbau des stark sanierungsbedürftigen Hort- und Kitagebäudes sowie der flächenintensiven Erschließung im Blockinnenbereich zugunsten großzügiger Freiflächen mit attraktiven Aufenthalts- und Sportangeboten. ⇒ Neubauten für die Gemeinschaftsschule und die Kita. ⇒ Anpassung der Raumstruktur an vorhandene Bedarfe der modernen Bildungsanforderungen und wirtschaftliche Betriebsführung. ⇒ Förderung und Umsetzung integrierter Mehrfachnutzungsvorhaben. 		
Verantwortliches Fachamt Bezirk		
<ul style="list-style-type: none"> • Schul- und Sportamt 		

Ansprechpersonen
<ul style="list-style-type: none"> • Frau Kipker (FB Stadtplanung) • Frau Fißler (Jugendamt) • Frau Nitzsche (FB Schule)
Einzubinden zur Konkretisierung auf Senatsebene (Empfehlung)
<ul style="list-style-type: none"> • SenSBW (Schulaufsicht und Schulträger OSZ) • SenBJF • Sen UMVK (Freiflächengestaltung)
Weitere Beteiligte
<ul style="list-style-type: none"> • OSZ • Stadtkontor GmbH • KMA e.V. • Eigenbetrieb Kindergärten City • Bildungsnetzwerk Südliche Friedrichstadt • FB Grünflächen Friedrichshain-Kreuzberg (Freiflächengestaltung)
Kostenschätzung
<p>FB Stadtplanung – Baukosten:</p> <p>Kosten gemäß Machbarkeitsstudie Stadtkontor GmbH (+ 9,4 % Indexsteigerung bis 2021):</p> <ul style="list-style-type: none"> • Neubau Schulerweiterung (einschl. Abriss, Freiflächen): rund 49,7 Mio. Euro • Neubau Kita (einschl. Abriss, Freiflächen): rund 9,5 Mio. Euro
Mögliche Ressortbeiträge/Hinweise Senatsressorts/Hinweise zur Weiterentwicklung
<p>SenSBW: Mehrfachnutzung geplant, ggf. SenUMVK für Freiflächengestaltung einbeziehen für ressortübergreifenden Ansatz</p>

GI-Ziele:

1 Soziale Inklusion

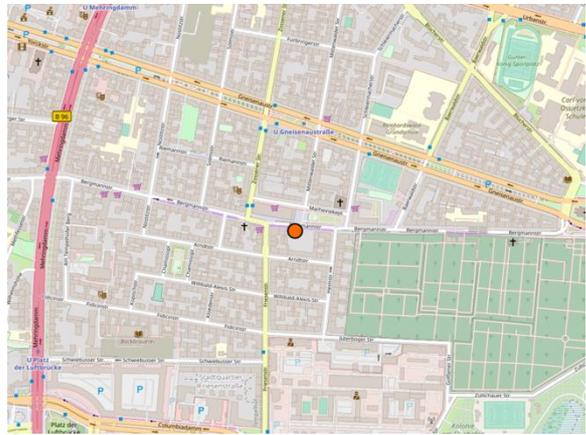
2 Bekämpfung Armut, Gewalt, Diskriminierung

3 Belebung iSd Nachhaltigkeit

4 Gesundheits- & Bewegungsförderung

5 Verbesserung Lebens- & Umweltqualität

6 Bildung & Arbeitsmarkt

4.12 Bergmannstraße 28/29: Entwicklung zum Kultur- und Bildungshaus		Baulich Sozio-integrativ
Bezug Handlungsbedarfe im GI-Handlungskonzept	Verortung	
<p>3.1.2.1 Vorhandene Sprachbarrieren abbauen</p> <p>3.3.2.2 Mehrfachnutzungen der öffentlichen Infrastruktur fördern</p> <p>3.6.2.1 Stärkung der Schulen und der frühkindlichen Bildung</p> <p>3.6.2.2 Außerschulische Bildungsorte, Übergang von Schule zu Beruf</p>	 <p>Bergmannstraße 28/29 10961 Berlin</p>	
Projektbeschreibung		
<p>Die Immobilie befindet sich im Bezirksvermögen. Aus Brandschutzgründen kann sie z.Zt. nur in Teilen genutzt werden. Die denkmalgerechte Sanierung des Altbaus und die Erweiterung um einen Anbau bewirken eine Belebung des Standorts und verringern das Flächen- und Angebotsdefizit für kulturelle Infrastruktur im Handlungsraum. Eine Machbarkeitsstudie liegt vor, die Finanzierung des Vorhabens ist noch offen. Es wurden und werden Fördermittel aus verschiedenen Programmen des Bundes und des Landes beantragt (BENE II, SJK, Lotto). Der Standort liegt unmittelbar an der Grenze zum Handlungsraum und zielt mit seinen Angeboten überwiegend in den Handlungsraum zur Auflösung der Unterdeckung an sozialer Infrastruktur. Aufgrund der innerstädtischen Verdichtung ist es nicht möglich, einen eigenen Standort in dieser Größenordnung innerhalb des Handlungsraumes zu entwickeln.</p> <p>Das Haus für Bildung und Musik soll Menschen aller gesellschaftlichen und kulturellen Schichten im Kiez und im Bezirk Zugang zu Bildung ermöglichen. Im Kultur- und Bildungshaus Bergmannstrasse ist Raum für Kreatives, für interkulturelle Begegnungen und die Zusammenarbeit über die Grenzen der Sprachen, Kulturen, der sozialen Zugehörigkeit oder des Alters hinweg. Neben dem musikalischen Angebot (für Kinder und Erwachsene) sollen v.a. Angebote in der Erwachsenenbildung, darunter Sprach- und Integrationskurse, Kurse zur beruflichen Weiterbildung und Gesundheits- und Bewegungsangebote realisiert werden. Die Zusammensetzung der Nutzer*innenschaft ermöglicht Vernetzung und schafft Zugänge z.B. über Integrationskurse für Eltern zum Musikangebot für die Kinder und Jugendlichen, bzw. über Kinder, die im türkischen Konservatorium Musikunterricht haben, können aus der Elternschaft potentielle Nutzer*innen für das VHS-Angebot zur sprachlichen Integration und zur beruflichen Weiterbildung gewonnen werden.</p>		
Ziele/Projektbeschreibung		
<p>⇒ Sanierung und Erweiterung der ehemaligen Rosegger-Schule zum Haus für Bildung und Musik (MFN)</p>		

Verantwortliches Fachamt Bezirk
<ul style="list-style-type: none"> • Amt für Weiterbildung und Kultur
Ansprechperson
<ul style="list-style-type: none"> • Frau Weis (Amt für Weiterbildung und Kultur)
Einzubinden zur Konkretisierung auf Senatsebene (Empfehlung)
<ul style="list-style-type: none"> • SenKultEuropa • SenBJF • Landesdenkmalamt • SenSBW • Ggf. SenUMVK
Weitere Beteiligte

Kostenschätzung
14 Mio. Euro
Mögliche Ressortbeiträge/Hinweise Senatsressorts/Hinweise zur Weiterentwicklung
<p>Hinweise der SenKultEuropa: Das Vorhaben wird fachlich von SenKultEuropa befürwortet. Eine entsprechende baufachliche Stellungnahme zu Bedarfsprogramm vom 12.08.2022 liegt dem Bezirk vor. Die vorgeschlagene Maßnahme ist außerhalb der Förderkulisse der Ressortübergreifenden Gemeinschaftsinitiative zur Stärkung sozial benachteiligter Quartiere verortet. Ob es sich hierbei um einen begründeten Einzelfall handelt, der ausnahmsweise dennoch eine Förderung aus Mitteln des EFRE bzw. der GI ermöglicht, wäre ggf. auf Basis entsprechender Begründungen des Bezirks zur Versorgung der benachteiligten Quartiere in der Kulisse zu prüfen. Entsprechend den Regularien der Verwaltungsbehörde (SenWEB) für das Programm des Landes Berlin für den EFRE in der Förderperiode 2021-2027 zur Verwendung der Mittel im Programm KUBIST ist die Projektumsetzung innerhalb oder in begründeten Einzelfällen außerhalb, jedoch in enger räumlicher Nähe der Förderkulisse, zwingend nachzuweisen.</p> <p>SenUMVK: Evtl. BENE II Förderschwerpunkt 1 (Förderung von Energieeffizienz und Reduzierung von Treibhausgasemissionen)</p>

GI-Ziele:

1 Soziale Inklusion

2 Bekämpfung Armut, Gewalt, Diskriminierung

3 Belebung iSd Nachhaltigkeit

4 Gesundheits- & Bewegungsförderung

5 Verbesserung Lebens- & Umweltqualität

6 Bildung & Arbeitsmarkt

4.13 Standortentwicklung Mehrfachnutzung Urbanstraße 62/63: Kita, Neubau Familienzentrum, Geflüchteten-Wohnen

Baulich
Sozio-integrativ

Bezug Handlungsbedarfe im GI-Handlungskonzept	Verortung
<p>3.1.2.3 Förderung des bürgerschaftlichen Engagements</p> <p>3.2.2.1 Hohe Altersarmutsquote, hohe Kinderarmutsquote, Abhängigkeit von Transferleistungen</p> <p>3.3.2.2 Mehrfachnutzungen der öffentlichen Infrastruktur fördern</p> <p>3.4.2 Handlungsbedarfe Gesundheits- und Bewegungsförderung</p> <p>3.6.2.1 Stärkung der Schulen und der frühkindlichen Bildung</p>	 <p>Urbanstraße 62/63, 10967 Berlin</p>
Ziele/Projektbeschreibung	
<p>⇒ Es besteht die Projektidee, den Standort im Rahmen einer Mehrfachnutzung mit dem Ziel weiterzuentwickeln, die Kitaplätze zu sichern und weitere Plätze sowie das dringend benötigte Familienzentrum zu schaffen. Diese Maßnahme ist im Verstetigungskonzept des ehemaligen QM Werner-Düttmann-Siedlung sowie im ISEK "LQZ" sowie in der bezirklichen Kitaentwicklungsplanung und Planung der Familienförderung enthalten.</p> <p>⇒ Prüfung, inwieweit andere Bedarfe am Standort realisiert werden können, z.B. Wohnen für Geflüchtete. Die Prüfung der Realisierung anderer Bedarfe/Nutzungen befindet sich gerade in der bezirklichen ämterübergreifenden Abstimmung.</p> <p>⇒ Auf der Liegenschaft befindet sich eine Kindertagesstätte des Eigenbetriebes Kindergärten City mit 90 Plätzen. Die Einrichtung ist stark sanierungsbedürftig. Die Kita hat eine Versorgungsfunktion für den angrenzenden Bereich des Bezirkes Neukölln.</p> <p>⇒ Schaffung geeigneter Räume für ein Familienzentrum in diesem Gebiet. Der Betrieb der Familienzentrum ist bereits gesichert. Träger des Familienzentrums ist der Eigenbetrieb Kindergärten City. Das durch das Landesprogramm geförderte Familienzentrum wird bereits seit 2012 mit Projektstatus über § 16 SGB VIII Familienförderung durch das Jugendamt unterstützt und jetzt unter Trägerschaft des Eigenbetriebes sukzessive weiterentwickelt. Die Schaffung geeigneter Räume ist für die Weiterentwicklung (Ausbau) eine wesentliche Grundlage.</p> <p>⇒ Erstellung von Wohnraum für Geflüchtete</p> <p>⇒ Förderung und Umsetzung integrierter Mehrfachnutzungsvorhaben. Die Liegenschaft hat das Potential einer Mehrfachnutzung über die Bedarfe Kindertagesbetreuung und Familienzentrum hinaus.</p>	
<p><i>Anmerkung: Für die Auswahl des Standortes zur Förderung über das Landesprogramm war die Verortung des Angebotes im Handlungsraum 8 Voraussetzung.</i></p>	

Verantwortliches Fachamt Bezirk
<ul style="list-style-type: none"> • Jugendamt • FM Immobilienservice • Stadtentwicklungsamt / FB Stadtplanung
Ansprechperson
<ul style="list-style-type: none"> • Frau Fißler (Jugendamt/Jugendhilfeplanung) • Herr Kunther (FM Immobilienverwaltung) • Herr Dirschauer, Herr Schwalm (FB Stadtplanung)
Einzubinden zur Konkretisierung auf Senatsebene (Empfehlung)
<ul style="list-style-type: none"> • SenSBW • SenBJF
Weitere Beteiligte
<ul style="list-style-type: none"> • Stadtteilzentrum
Kostenschätzung
Noch ohne Kostenschätzung
Mögliche Ressortbeiträge/Hinweise Senatsressorts/Hinweise zur Weiterentwicklung
SenSBW: Fokus auf Mehrfachnutzung, ggf. Stadtteilzentrum mitdenken

4.14 Stärkung Bildungsverbund Graefekiez

Sozio-integrativ

Bezug Handlungsbedarfe im GI-Handlungskonzept	Verortung
<p>3.1.2.1 Vorhandene Sprachbarrieren abbauen</p> <p>3.1.2.3 Förderung des bürgerschaftlichen Engagements</p> <p>3.1.2.4 Ausgrenzung</p> <p>3.2.2.1 Hohe Altersarmutsquote, hohe Kinderarmutsquote, Abhängigkeit von Transferleistungen</p> <p>3.4.2 Handlungsbedarfe Gesundheits- und Bewegungsförderung</p> <p>3.6.2.1 Stärkung der Schulen und der frühkindlichen Bildung</p> <p>3.6.2.2 Außerschulische Bildungsorte, Übergang von Schule zu Beruf</p> <p>3.6.2.3 Strategische Bildungspartnerschaften initiieren</p> <p>3.6.2.4 Vorhandene Angebote stärken und zielgruppengerecht kommunizieren</p>	 <p>Gesamter Handlungsraum mit Schwerpunkt Graefekiez</p>
<p>Projektbeschreibung</p>	
<p>Hervorgehend aus dem Bildungsnetzwerk Lemgo-Grundschule arbeitet das Bildungsnetzwerk Graefekiez bereits seit dem Jahr 2013 als schulübergreifendes Netzwerk zusammen mit Einrichtungen der non-formalen Bildung. Mit allen Akteur*innen wird durch Vernetzung und gemeinsame Aktivitäten der Bildungsstandort Graefekiez attraktiver. Ebenso werden durch erhöhte Durchlässigkeit in den Übergängen die Chancen auf wirkliche Teilhabe verbessert. Im Fokus der Zusammenarbeit stehen die Bildungsbiografien von Kindern in der Kita bis hin zur Ausbildungsreife und Abitur. Bildungsverläufe werden durch schulübergreifende Ganztagsangebote, außerschulische Lernförderung sowie kunst- und kulturpädagogische Angebote oder die Einbindung in die Arbeit der Bibliotheken unterstützt.</p> <p>Folgende Akteur*innen sind im BNGK vernetzt: Jugendamt (FD Koordination Frühe Bildung und Erziehung), Nachbarschaftshaus Urbanstraße e.V., Kommunikation durch Kunst e.V., Kita Hasenheide, elhana Lernpaten e.V., Lemgo-Grundschule, Albrecht-von-Graefe-Schule, Hermann-Hesse-Schule, Robert-Koch-Gymnasium, Bildungsoase Berlin</p>	
<p>Ziele</p>	
<ul style="list-style-type: none"> ⇒ Stärkung des Graefekiezes als Bildungsstandort ⇒ Schaffung von mehr Chancengleichheit für Kinder und Jugendliche ⇒ Verbesserung der Kommunikation und Zusammenarbeit mit Eltern im Graefekiez ⇒ Ausbau der Kooperationen zwischen den im Netzwerk kooperierenden Oberschulen ⇒ Weiterentwicklung der Übergänge Kita - Grundschule - Oberschule - Ausbildung ⇒ Verbesserung Schulabschlüsse von beteiligten SuS ⇒ Stärkung der inhaltlichen Zusammenarbeit im Hinblick auf Angebote, die sich aus den Handlungsbedarfen im Handlungsraum Kreuzberg-Nord ergeben. Dabei spielen Angebote der Bewegungsförderung und Umweltbildung sowie Angebote zur Förderung des gesunden Essverhaltens eine besondere Rolle. 	

Verantwortliches Fachamt Bezirk
<ul style="list-style-type: none"> • Jugendamt
Ansprechpersonen
<ul style="list-style-type: none"> • Herr Flock (Jugendamt, Fachbereich Familienförderung)
Einzubinden zur Konkretisierung auf Senatsebene (Empfehlung)
<ul style="list-style-type: none"> • SenBJF
Weitere Beteiligte
<ul style="list-style-type: none"> • Nachbarschaftshaus Urbanstraße e.V. • Kommunikation durch Kunst e.V. • Kita Hasenheide • elhana Lernpaten e.V. • Lemgo-Grundschule • Albrecht-von-Grafe-Schule • Hermann-Hesse-Schule • Robert-Koch-Gymnasium • Bildungsoase Berlin
Kostenschätzung
Noch ohne Kostenschätzung
Mögliche Ressortbeiträge/Hinweise Senatsressorts/Hinweise zur Weiterentwicklung

4.15 Stärkung und Ausbau Mehrgenerationenhaus Wassertor (MGH)		Baulich
		Sozio-integrativ
Bezug Handlungsbedarfe im GI-Handlungskonzept	Verortung	
<p>3.1.2.1 Vorhandene Sprachbarrieren abbauen</p> <p>3.1.2.2 Nachbarschaftliche Begegnung und Förderung von Alltagsbegegnungen</p> <p>3.1.2.3 Förderung des bürgerschaftlichen Engagements</p> <p>3.1.2.4 Ausgrenzung</p> <p>3.2.2.1 Hohe Altersarmutsquote, hohe Kinderarmutsquote, Abhängigkeit von Transferleistungen</p> <p>3.2.2.4 Integration von geflüchteten Menschen</p> <p>3.4.2 Handlungsbedarfe Gesundheits- und Bewegungsförderung</p> <p>3.6.2.2 Außerschulische Bildungsorte, Übergang von Schule zu Beruf</p>	 <p>Wassertorstr. 48 10969 Berlin</p>	
Projektbeschreibung		
<p>„Das MehrGenerationenHaus Wassertor ist aufgrund seines sehr hohen Etablierungsgrads, seiner zentralen Lage und seiner Angebotsvielfalt als kultur- und altersübergreifende Einrichtung zentraler Knotenpunkt für die gesamte südliche Friedrichstadt.“</p>		
Ziele		
<p>Die Stärkung der Infrastruktur bezieht sich vor allem auf zwei Kernmaßnahmen:</p> <ul style="list-style-type: none"> ⇒ Unterstützung der Einrichtung bei baulichen Veränderungen, um notwendige räumliche Kapazitäten zur Gewährleistung der Angebotspalette aufrecht zu erhalten. Dies betrifft insbesondere die Notwendigkeit eines weiteren Stockwerks. ⇒ Verstetigung und Sicherung der seitens der Bewohnerschaft essenziellen Angebotsstrukturen, wie bspw. der niedrigschwelligen Beratungsangebote 		
Verantwortliches Fachamt Bezirk		

Ansprechperson		
<ul style="list-style-type: none"> • Frau Loukas (Bezirkskoordination Quartiersmanagement) • Frau Kleynemeyer (Amt für Soziales) 		
Einzubinden zur Konkretisierung auf Senatsebene (Empfehlung)		
<ul style="list-style-type: none"> • SenSBW • SenBJF • SenIAS 		

Weitere Beteiligte
Kostenschätzung
Noch ohne Kostenschätzung
Mögliche Ressortbeiträge/Hinweise Senatsressorts/Hinweise zur Weiterentwicklung
SenIAS: EFRE-Programm Stadtteilzentren III

4.16 Erarbeitung und Umsetzung eines integrierten Gesamtentwicklungskonzepts für das Kottbusser Tor		Baulich Sozio-integrativ
Bezug Handlungsbedarfe im GI-Handlungskonzept	Verortung	
<p>3.2.2.1 Hohe Altersarmutsquote, hohe Kinderarmutsquote, Abhängigkeit von Transferleistungen</p> <p>3.2.2.3 Bekämpfung von Gewalt</p> <p>3.2.2.5 Inklusion und Barrierefreiheit fördern</p> <p>3.4.2 Handlungsbedarfe Gesundheits- und Bewegungsförderung</p> <p>3.5.2.1 Attraktivität des öffentlichen Raums erhöhen</p> <p>3.5.2.2 Versorgung und Pflege der Grünflächen</p> <p>3.5.2.3 Umwelt, Klima und Verkehr</p>	 <p>Kottbusser Tor 10999 Berlin</p>	
Projektbeschreibung		
<p>Am 02.09.2022 fand ein Fachtag zum Kottbusser Tor statt, der an die Ergebnisse vorangegangener Fachtage sowie die Studie „Leben zwischen Dreck und Drogen. Sicherheitsempfinden am Kottbusser Tor Berlin“ anknüpfte. Wichtige Themen waren unter anderem Nutzungskonflikte verschiedener Art, Umgang mit Kriminalität und Drogenhandel, Müll, die vielfältige Nutzung des öffentlichen Raumes, Fragen der Verkehrssicherheit, Umweltbelastungen. Um dem breiten Ansatz Rechnung zu tragen, wurden unterschiedliche Akteur*innen eingeladen, die zum großen Teil auch bereits bei den Strategietagen und auch der lokalen Präventionsrunde mitgewirkt haben. Es wurden sowohl kurz- und mittelfristige Maßnahmen im Hinblick auf akute Bedarfe verabredet, als auch langfristige Visionen entwickelt.</p> <p>Im Rahmen von vier Workshops wurden konkrete Maßnahmen zur Umsetzung vereinbart. Die Workshops lauteten: 1) Umwelt & Klima/Sauberkeit & Vermüllung; 2) Mobilität am Kotti/Verkehr; 3) Soziale Angebote am Kotti/Aufsuchende Sozialarbeit und Angebote für Kinder- und Jugendliche; 4) Vertraute Öffentlichkeit/Sport Gesundheit, Begegnungs- und Belegungsmöglichkeiten.</p>		
Ziele		
<p>⇒ Entwicklung und Umsetzung einer sozialraumorientierten Gesamtstrategie für das Kottbusser Tor zur Verbesserung der Lebens- und Aufenthaltsqualität</p> <p>⇒ Benennung und Umsetzung von Teilmaßnahmen</p>		
Kernideen (im Plenum besprochen, zu beteiligende Akteur*innen im Klammern):		
<p>⇒ Begrünung auf der Nordseite (SGA, BSR, Anwohnende, Gewerbetreibende, QM)</p> <p>⇒ Umsetzung des Schwammstadt-Konzepts auf der Nordseite (SenUMVK, SGA, BVG, Wohnungsbaugesellschaften)</p>		

- ⇒ Verkehrssicherheit erhöhen, z.B. durch Aktionen für Kinder und Erwachsene, aber auch durch Verbesserung der Wege und Straßen (QM, Schulen, Volkshochschule, Verkehrsschule, Polizei, Soz. Träger)
- ⇒ Einrichtung einer Task-Force Barrierefreiheit („Müll und Behinderungen beseitigen“) (Wohnungsbaugesellschaften, SGA, BSR, QM, Waste-Influencer)
- ⇒ Ausbau der gemeinwesenorientierten Sozialarbeit (PK, Soziale Träger, QM, Präventionsrunde (inkl. soz. Wohnhilfe))
- ⇒ Funktionale Kontrolle herstellen, z.B. durch bewachtes Fahrradparkhaus/Fahrradwerkstatt (SGA, PK, Soziale Träger; Jobcenter, BA Soziales)
- ⇒ Öffentliche Toilette mit Betreuung (Prüfauftrag, PK, SGA, Senat)
- ⇒ Weiteres: Fassadenbegrünung/Dachgärten (z.B. Bibliothek), Parklets, Litfaßsäule/Infotafel

Weitere wesentliche Ergebnisse/Themen aus „WS 1 Umwelt & Klima am Kotti/Sauberkeit & Vermüllung“:

Situation unter der Hochbahn (Fahradwerkstatt / Parkplatz); Fassadenbegrünung / Dachgärten / Urban Gardening; passende Plätze für alle Nutzer*innen; mangelnde grüne Infrastruktur im Allgemeinen, Abgasbelastung; Tauben; Hitze; Konkurrenz der Ideen z.B. grüne Dachgärten vs. Photovoltaik; Ressourcen zum Betrieb nicht nur zum Bau sicherstellen; bauliche Probleme (Traglast U-Bahn, Dächer usw.); Verschmutzung z.B. rund ums Gesundheitszentrum; Belastungsanstieg auf der Südseite; Konkrete Ideen: Schwammstadt auf der Nordseite, Kübelnutzung/Begrünung auf der Nordseite (vermüllungsresistent) bis 50% (mit vorgelagerter Testphase); Mini-Klima: Balkonaktionen mit Mieter*innen (unterstützt von Wohnungsbaugenossenschaften etc.); Einbindung der Anwohner*innen

Weitere wesentliche Ergebnisse/Themen aus „WS 2 Mobilität am Kotti“:

ÖPNV aufrechterhalten, gute Anbindung soll bestehen bleiben; Verkehrsfluss verbessern, v.a. für nicht-Motorisierte (z.B. durch Ampelschaltungen, ruhenden Verkehr vom Kotti wegleiten, Fahrradwege verbreitern); Mehr Platz für Fußgänger*innen; Fahrradwege verbessern, insbesondere Instandhaltung und Sicherheit der Radwege; Barrierefreie Gestaltung und Pflege des Kottis - Querschnittsaufgabe, beinhaltet z.B. auch Müll auf den Gehwegen bzw. Fahrradleichen; „Reinigungsstufe Kotti“ - Kotti hat bereits die maximale Reinigungsstufe (BSR), aber diese reicht nicht aus; Kinder fit für den Straßenverkehr - Projekte angebunden an Schulen, Kitas, Jugendverkehrsschule; Konkrete Ideen: E-Scooter Stellplätze; Umgang mit Gaststätten, Stichwort „Möblierung“; farbliche Abgrenzung der Radverkehrsanlagen; Sauberkeit für Barrierefreiheit: Fahrradleichen beseitigen, häufiges Säubern durch Kehrmachine zu beteiligende Akteur*innen: Hausgesellschaften, SGA, BSR, Arbeitsbeginn: kurzfristig; integrierten Planungsprozess mit Fachämtern und ggf. weiteren Akteur*innen starten, Ziel: komplette verkehrliche Umgestaltung, zu beteiligende Akteur*innen: Fachämter, SenUMVK, SenSBW, ABSV, Arbeitsbeginn: kurzfristig; Verkehrstraining für Kinder vor Ort, Verkehrsschule für Erwachsene, zu beteiligende Akteur*innen: Verkehrsschule, lokale Träger, Arbeitsbeginn: kurzfristig/mittelfristig

Wesentliche Ergebnisse/Themen aus „WS 3 Soziale Angebote“:

Räume/Aufenthaltssorte für Jugendliche, auch im öffentlichen Raum, auch in den Abendstunden; mehr und bessere Spielplätze; Bekanntmachung der sozialen Angebote für Familien und Erwachsene; Einbezug von Zielgruppen in die Planung und Gestaltung; MFN des öffentlichen Raums - dazu moderierter Interessensausgleich, z.B. durch gemeinwesenorientierte Sozialarbeit; niedrigschwelliges, angeleitetes Projekt für Jugendliche aus dem Kiez, z.B. zur Entsiegelung, Sanierung des Verkehrsgartens; Infos zielgruppenabhängig digital/analog vermitteln (z.B. betreute Litfaßsäule); Spielstraßen

werden durch gemeinsame Nutzung mit anderen Projekten zu „Nachbarschaftsstraßen“; aufsuchende Sozialarbeit nicht nur zur Moderation von Nutzungskonflikten, sondern v.a. zielgruppenbezogen

Wesentliche Ergebnisse/Themen aus „WS 4 Vertraute Öffentlichkeit“: Gemeinschaftsräume in den Blöcken; Raum für Anwohnende schaffen, Angebote im öffentlichen Raum, Begegnung mit Struktur: Sport; Beteiligung von Anwohnenden bei Vermietung von Gewerbeflächen; funktionale Kontrolle: ständige Präsenz z.B. Fahrradparkhaus; gemeinwesenorientierte Sozialarbeit; Toilettenbetreuung; weitere Ideen/Themen: Partizipation für alle, Identifikation schaffen, Ort für alle, Raum für verschiedene Gruppen, sozial begleiten, Anwohnende sind wichtig, Tourismus mitdenken

Aus IHEK Zentrum Kreuzberg, S. 18 (auf Wunsch von SenSBW integriert, unabhängig vom Fachtag Kottbusser Tor):
Ziel: Entlastung des öffentlichen Raumes: Offenem Drogenkonsum entgegenwirken – geschützte Konsumorte stärken und ggf. ausbauen. Lösungsansätze: Erst 2023 wird sich zeigen, inwiefern nach Eröffnung des Gesundheitszentrums im März 2022 weiterer Handlungsbedarf besteht, um den öffentlichen Raum zu entlasten. Dabei geht es um das Abwägen von 1) zusätzlichen Konsumorten zur Verhinderung des offenen Konsums und somit auch zur Reduzierung der Drogenkonsumrückstände im Wohnumfeld und Unterstützung von niedrigschwelligen Maßnahmen zum Spritzeneinsammeln, 2) weiteren Hilfs- und Unterstützungsangeboten für die überwiegend sozial benachteiligten Gruppen, die den Bereich um das Kottbusser Tor als ihren Aufenthalts- und Lebensmittelpunkt nutzen.

Verantwortliches Fachamt Bezirk

- Organisationseinheit Bezirkliche Planung Koordinierung (PK)

Ansprechperson

- Frau Thöns

Einzubinden zur Konkretisierung auf Senatsebene (Empfehlung)

- SenSBW
- SenUMVK (auch Verbraucherschutz/Berliner Ernährungsstrategie)
- SenInnDS
- SenKultEuropa
- SenWGPG
- SenIAS
- siehe Ziele

Weitere Beteiligte

- Akteur*innen aus dem Sozialraum wie z.B. Fixpunkt gGmbH, Wohnungsbauunternehmen, Polizei
- Siehe Ziele

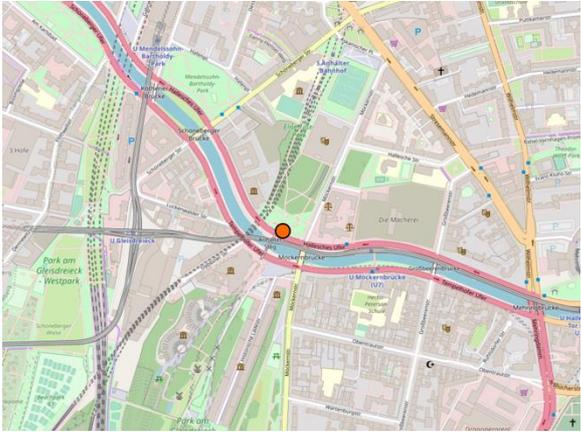
Kostenschätzung

Noch ohne Kostenschätzung

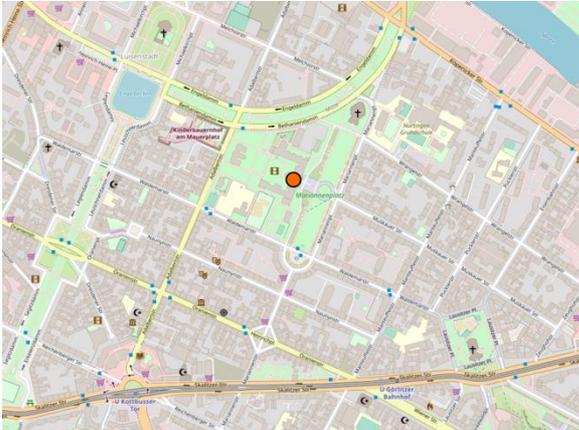
Mögliche Ressortbeiträge/Hinweise Senatsressorts/Hinweise zur Weiterentwicklung

SenUMVK: Maßnahme sollte konkretisiert werden, bevor eine Einschätzung zu möglichen Ressortbeiträgen abgegeben werden kann.

SenSBW: Konkretisierung erforderlich: ressortübergreifender Ansatz über Aufgabenspektrum eines Stadtteilzentrums hinaus, Kooperationen, Verschränkung mit weiteren Institutionen.

Baulich	
4.17 Parkpromenade Hallesches Ufer	
Bezug Handlungsbedarfe im GI-Handlungskonzept	Verortung
<p>3.1.2.2 Nachbarschaftliche Begegnung und Förderung von Alltagsbegegnungen</p> <p>3.2.2.2 Beengte Wohnverhältnisse</p> <p>3.2.2.3 Bekämpfung von Gewalt</p> <p>3.2.2.5 Inklusion und Barrierefreiheit fördern</p> <p>3.4.2 Handlungsbedarfe Gesundheits- und Bewegungsförderung</p> <p>3.5.2.1 Attraktivität des öffentlichen Raums erhöhen</p> <p>3.5.2.2 Versorgung und Pflege der Grünflächen</p> <p>3.5.2.3 Umwelt, Klima und Verkehr</p>	 <p>Hallesches Ufer 10963 Berlin</p>
Projektbeschreibung	
<p>Umverlegung des motorisierten Individualverkehrs auf die südliche Seite des Landwehrkanals und Teilentsiegelung des nördlichen Ufers: Umbau zur blaugrünen Parkpromenade mit großzügige Mischverkehrsfläche für Fuß- und Radwege zugunsten schneller Verbindungen, Aufenthaltsmöglichkeiten am Wasser schaffen.</p> <p>Vorbereitende Untersuchungen: Verkehrsstudie zur Umverlegung des motorisierten Individualverkehrs</p> <p>Übertragbarkeit gewährleisten:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Pionierstandort auf Höhe des Elise-Tilse-Parks • Ausweitung über gesamte Länge des Landwehrkanals • Bezirksübergreifende Maßnahme entwickeln <p><i>Projekt aus dem Konzept „Mehr Grün für Friedrichshain-Kreuzberg“</i></p>	
Ziele	
<p>Mehrwert für grüne und städtebauliche Qualität:</p> <ul style="list-style-type: none"> ⇒ Zugang und Erlebbarkeit des Landwehrkanals durch Sitzstufen, Ergänzung durch Elemente, die der Wasserflora und -fauna zugutekommen ⇒ Fußweg direkt am Wasser entlang ⇒ Großzügige Mischverkehrsfläche für Fuß- und Radwege zugunsten schneller Verbindungen ⇒ Uferpark zum Verweilen, Grillen und Austausch (Essbare Kieze/Stadt) ⇒ Angebote zur Bewegungsförderung etablieren/ausbauen ⇒ Versickerungs- und Verdunstungsflächen durch Baumpflanzungen und Urban Wetlands (Retentions- und Verdunstungsbeete) 	

Verantwortliches Fachamt Bezirk
<ul style="list-style-type: none"> • Straßen- und Grünflächenamt
Ansprechpersonen
<ul style="list-style-type: none"> • Frau Beyer (SGA)
Einzubinden zur Konkretisierung auf Senatsebene (Empfehlung)
<ul style="list-style-type: none"> • SenUMVK • SenSBW • SenWGPG
Weitere Beteiligte
<ul style="list-style-type: none"> • OE QPK • Umwelt- und Naturschutzamt
Kostenschätzung
Noch ohne Kostenschätzung
Mögliche Ressortbeiträge/Hinweise Senatsressorts/Hinweise zur Weiterentwicklung
<p>SenUMVK: Für Teilmaßnahmen evtl. BENE II Förderschwerpunkt 4 (Förderung der Anpassung an den Klimawandel und der Katastrophenprävention und der Katastrophenresilienz unter Berücksichtigung von ökosystembasierten Ansätzen) oder Förderschwerpunkt 5 (Verbesserung des Schutzes und der Erhaltung der Natur, der biologischen Vielfalt und der grünen Infrastruktur, einschließlich in städtischen Gebieten, sowie Verringerung aller Formen von Umweltverschmutzung). Für Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel ggf. auch BEK.</p>

Baulich	
4.18 Kunstquartier Bethanien	
Bezug Handlungsbedarfe im GI-Handlungskonzept	Verortung
<p>3.5.2.3 Umwelt, Klima und Verkehr</p> <p>3.3 Wirtschaftliche, kulturelle, soziale und ökologische Belebung der benachteiligten Quartiere im Sinne der Nachhaltigkeit</p>	 <p>Mariannenplatz 2 10997 Berlin</p>
Projektbeschreibung	
<p>Ein 2018 erstelltes Bausubstanzgutachten ergab einen großen Handlungsbedarf an der Hülle, insbesondere Dach und Fenster zur Sicherung des Denkmals. Die technische Ausstattung entspricht weitgehend dem Standard der 1960er Jahre und erfüllt weder die Ansprüche an eine zeitgemäße Nutzungsqualität mit Barrierefreiheit noch an die Erfordernisse des Klimaschutzes. Dies betrifft die Versorgung mit Heizung, Strom und Wasser. Die Sanitärausstattung, die Raumakustik und die Elektroversorgung entsprechen nicht den Anforderungen eines Kunstquartiers mit großem Publikumsverkehr.</p> <p>Auf rund 3.100 m² oder 32 Prozent der Fläche befinden sich bezirkliche Nutzungen (Musikschule, Kunstraum und Fontane-Apotheke). Andere Nutzungen sind ebenfalls kultureller Art, z.B. Ateliers. Für das Gebäude im bezirklichen Besitz wurde mit der GSE gGmbH ein zunächst bis zum Jahr 2044 befristeter Erbpachtvertrag abgeschlossen, somit ist die GSE für das Gebäude verantwortlich. Zur Behebung des ermittelten großen Handlungsbedarfs steht bisher keine Finanzierung zur Verfügung. Seitens SenSBW wurde im Zuge der Erstellung des Bausubstanzgutachten 2018/2019 eine Finanzierung der Maßnahmen an der Hülle aus dem Programm Städtebaulicher Denkmalschutz in Aussicht gestellt, sofern eine Gesamtfinanzierung gesichert ist. Die Sicherung der Finanzierung, um einen nachhaltigen Betrieb zu ermöglichen, konnte bisher nicht erreicht werden.</p> <p>Zur nachhaltigen Sicherung des Gebäudes ist ein integrierter und gemeinschaftlicher Ansatz verschiedener Akteur*innen erforderlich, da derzeit kein Beteiligter die notwendige Investition allein aufbringen kann. Ebenfalls wäre im Rahmen eines Finanzierungskonzeptes zu klären, wie die Sanierung dieses komplett genutzten Gebäudes mit über 400 Räumen organisatorisch durchgeführt werden kann.</p>	
Ziele	
<p>⇒ Sanierung des Hauptgebäudes auf dem Bethanien-Gelände, Mariannenplatz 2: Nachhaltige Ertüchtigung des Bestandsgebäudes im Hinblick auf die Nutzungen, umfassende Erneuerung der technischen Ausstattung und Sicherung des bedeuteten Denkmals.</p>	

Verantwortliches Fachamt Bezirk
<ul style="list-style-type: none"> • Zuständigkeit von FM nur für den abgeschlossenen Erbpachtvertrag (bis 2044)
Ansprechpersonen
<ul style="list-style-type: none"> • Herr Kunther (FM Immobilienverwaltung) • GSE gGmbH als Erbpachtnehmer: Herr Strohm, Geschäftsführer: Nach Verlängerung des Erbpachtvertrages in 2021 bis 2044 besteht mit der GSE ein Verfügungsberechtigter zur Führung von Verhandlungen, bei denen der Bezirk und die SenKultEuropa wichtige Partner sein werden.
Einzubinden zur Konkretisierung auf Senatsebene (Empfehlung)
<ul style="list-style-type: none"> • SenSBW • SenKultEuropa
Weitere Beteiligte
<ul style="list-style-type: none"> • Amt für Weiterbildung und Kultur (mit Musikschule und Kulturraum wichtigster Mieter) • Mieterat als Vertretung aller Mieter*innen • Untere Denkmalbehörde und Landesdenkmalamt • Stadtentwicklungsamt für die Städtebauförderung • STATTBAU GmbH als Gebietsbeauftragte Luisenstadt für die Städtebauförderung
Kostenschätzung
Ermittelte Kosten ca. 37 Mio. Euro (GSE, aktualisiert 2022 nach Baukostenindex)
Mögliche Ressortbeiträge Hinweise Senatsressorts/Hinweise zur Weiterentwicklung
<p>SenKultEuropa: Kultur und Bibliotheken im Stadtteil (KuBIST) -> Vorbehaltlich der weiteren Konkretisierung. Das Vorhaben ist dem Referat IIC der SenKultEuropa bisher nicht bekannt. Es wurde bisher noch kein Stellungnahmeverfahren dazu veranlasst.</p> <p>Grundsätzlich sind bei dem Vorhaben die besonderen Bedarfe der Musikschule in Bezug auf Ausstattung, Schallisolierung und Barrierefreiheit zu berücksichtigen. Es ist zu prüfen, ob mit der Maßnahme eine Flächenerweiterung der Musikschule realisiert werden kann. Die Musikschule Friedrichshain-Kreuzberg erreicht derzeit nur eine Richtwertaufüllung von 61,6 % (Richtwert = 12 Jahreswochenstunden je 1.000 Einwohner*innen). Ursächlich dafür sind auch die begrenzten Flächen der Einrichtung.</p> <p>SenUMVK: evtl. BENE II Förderschwerpunkt 1 (Förderung von Energieeffizienz und Reduzierung von Treibhausgasemissionen)</p>

GI-Ziele:

1 Soziale Inklusion

2 Bekämpfung Armut, Gewalt, Diskriminierung

3 Belebung iSd Nachhaltigkeit

4 Gesundheits- & Bewegungsförderung

5 Verbesserung Lebens- & Umweltqualität

6 Bildung & Arbeitsmarkt

4.19 Dauerhafte Sicherung und Ausbau des Netzwerks „für mehr Teilhabe älterer Menschen in Kreuzberg“

Sozio-integrativ

Bezug Handlungsbedarfe im GI-Handlungskonzept	Verortung
<p>3.1.2.1 Vorhandene Sprachbarrieren abbauen 3.1.2.3 Förderung des bürgerschaftlichen Engagements 3.2.2.1 Hohe Altersarmutsquote, hohe Kinderarmutsquote, Abhängigkeit von Transferleistungen 3.2.2.5 Inklusion und Barrierefreiheit fördern 3.4.2 Handlungsbedarfe Gesundheits- und Bewegungsförderung 3.6.2.3 Strategische Bildungspartnerschaften initiieren</p>	 <p>Gesamter Handlungsraum</p>
Projektbeschreibung	
<p>Das „Netzwerk für mehr Teilhabe älterer Menschen in Kreuzberg“ wurde im Juni 2013 vom Nachbarschaftshaus Urbanstraße e.V. in einer gemeinsamen Veranstaltung mit dem Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg zum Thema "Teilhabe älterer Menschen" gegründet.</p> <p>Das Netzwerk hat sich zum Ziel gesetzt, neue Wege der Teilhabeförderung älterer Menschen zu beschreiten und insbesondere soziale und kulturelle Teilhabe derjenigen zu fördern, welche von klassischen Maßnahmen und Einrichtungen bisher kaum erreicht werden. Zu diesem Personenkreis zählen jene sozial benachteiligten Menschen, bei denen von spezifischen Problemlagen auszugehen ist, insbesondere von Altersarmut betroffene ältere Menschen, alleinstehende ältere Menschen sowie ältere Menschen mit Migrationshintergrund. Zentrale Themen, die sich in der Realisierung von Maßnahmen wiederfinden sind:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Bewegungs- und Mobilitätsförderung • Psychische Gesundheit • Steigerung der Selbstständigkeit/Selbstbestimmung • Soziale Teilhabe (Integration, Inklusion) • Kommunale Strategie/Netzwerkarbeit 	
Ziele	
<p>⇒ Dauerhafte Sicherung des „Netzwerks für mehr Teilhabe Älterer“ als ein wichtiges Instrument zur Vernetzung der Akteur*innen.</p> <p>⇒ Regelfinanzierung der hauptamtlichen Organisation und Koordination der Netzwerkarbeit.</p> <p>⇒ Stärkung der Kooperationsbeziehungen durch Finanzierung von Maßnahmen</p> <p>⇒ Erhalt und Ausbau der Angebote Gesundheits- und Bewegungsförderung für Ältere</p>	
Verantwortliches Fachamt Bezirk	
<ul style="list-style-type: none"> • Planungs- und Koordinierungsstelle Gesundheit (QPK) 	

Ansprechpersonen
<ul style="list-style-type: none"> • Herr Erlen (QPK) • Herr Runge (Nachbarschaftshaus Urbanstraße)
Einzubinden zur Konkretisierung auf Senatsebene (Empfehlung)
<ul style="list-style-type: none"> • SenWGPG • SenInnDS • SenIAS
Weitere Beteiligte
<ul style="list-style-type: none"> • Nachbarschaftshaus Urbanstraße (NHU) (Koordination bezirklicher Angebote zur Bewegungsförderung für Ältere in Stadtteileinrichtungen) • freie Träger • Volkssolidarität • Beteiligte von Nachbarschaftsinitiativen • Kiezsport e.V.
Kostenschätzung
Noch ohne Kostenschätzung
Mögliche Ressortbeiträge/Hinweise Senatsressorts/Hinweise zur Weiterentwicklung
Noch offen

GI-Ziele:

1 Soziale Inklusion

2 Bekämpfung Armut, Gewalt, Diskriminierung

3 Belebung iSd Nachhaltigkeit

4 Gesundheits- & Bewegungsförderung

5 Verbesserung Lebens- & Umweltqualität

6 Bildung & Arbeitsmarkt

4.20 Gesundheits- und Bewegungsförderung für Ältere

Sozio-integrativ

Bezug Handlungsbedarfe im GI-Handlungskonzept	Verortung
<p>3.1.2.1 Vorhandene Sprachbarrieren abbauen</p> <p>3.2.2.1 Hohe Altersarmutsquote, hohe Kinderarmutsquote, Abhängigkeit von Transferleistungen</p> <p>3.2.2.5 Inklusion und Barrierefreiheit fördern</p> <p>3.4.2 Handlungsbedarfe Gesundheits- und Bewegungsförderung</p> <p>3.6.2.3 Strategische Bildungspartnerschaften initiieren</p>	 <p>Gesamter Handlungsraum</p>
<p>Projektbeschreibung</p>	
<p>Über das "Netzwerk für mehr Teilhabe älterer Menschen in Kreuzberg" werden verschiedene Angebote der Bewegungsförderung finanziell koordiniert, die für die gesundheitliche Versorgung und soziale Teilhabe Älterer im Handlungsraum wichtig sind. Ziel ist deshalb einerseits, bestehenden Angebote weiterzuführen und entsprechend den neuen Bedarfen im Handlungsraum auch neue Angebote der Bewegungsförderung zu schaffen.</p>	
<p>Ziele</p>	
<p>Erhaltungsziele:</p> <ul style="list-style-type: none"> ⇒ Weiterführung niedrigschwelliger Bewegungsangebote im Handlungsraum (zurzeit 6 Angebote) ⇒ Auffrischung der Ausbildung zu Kiezsportübungsleitenden in Kooperation mit dem BISOG bzw. dem Kiezsport e. V. ⇒ Durchführung von Auffrischungsseminaren für die Kiezübungsleitenden ⇒ Weiterführung der Qualifizierungsreihe „Alltagsaktivierung und Bewegungsförderung“ ⇒ Weiterführung bestehender Spaziergangsgruppen für mobile Ältere <p>Neue Ziele:</p> <ul style="list-style-type: none"> ⇒ Neue Ausbildungsreihe Kiezsportübungsleitende (aufgrund des Mangels an Honorarkräften für niedrigschwellige Bewegungsangebote) ⇒ Schaffung eines Spaziergangsangebotes für Ältere mit Mobilitätseinschränkungen ⇒ Ausbau der niedrigschwelligen Bewegungsangebote für Ältere im Handlungsraum ⇒ Förderung eines Bewegungsangebots aktiver Älterer am Mehringplatz (z. Z. ohne Mittel) 	
<p>Verantwortliches Fachamt Bezirk</p>	
<ul style="list-style-type: none"> • Planungs- und Koordinierungsstelle Gesundheit (QPK) 	
<p>Ansprechpersonen</p>	
<ul style="list-style-type: none"> • Herr Erlen (QPK) • Herr Runge (Nachbarschaftshaus Urbanstraße) 	

Einzubinden zur Konkretisierung auf Senatsebene (Empfehlung)
<ul style="list-style-type: none"> • SenWGPG • SenInnDS • SenIAS
Weitere Beteiligte
<ul style="list-style-type: none"> • Nachbarschaftshaus Urbanstraße (NHU) • Kiezsport e. V. • Mehrgenerationenhaus Gneisenastraße • Mehrgenerationenhaus Wassertor e. V. • Bethesda Seniorenzentrum • Nachbarschaftstreff Dütti
Kostenschätzung
Noch ohne Kostenschätzung
Mögliche Ressortbeiträge (hier: Vorschläge der QPK)/Hinweise Senatsressorts/Hinweise zur Weiterentwicklung
<ul style="list-style-type: none"> • Vorschläge QPK: APG, BBS, Teilhabeprogramm

GI-Ziele:

1 Soziale Inklusion

2 Bekämpfung Armut, Gewalt, Diskriminierung

3 Belebung iSd Nachhaltigkeit

4 Gesundheits- & Bewegungsförderung

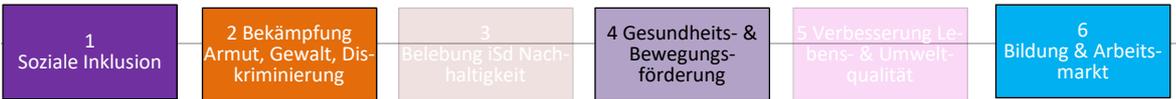
5 Verbesserung Lebens- & Umweltqualität

6 Bildung & Arbeitsmarkt

4.21 Gesundheits- und Bewegungsförderung für Kinder- und Jugendliche	
Baulich Sozio-integrativ	
<p>Bezug Handlungsbedarfe im GI-Handlungskonzept</p> <p>(4) Gesundheits- und Bewegungsförderung in der Bevölkerung (1) Förderung der sozialen Inklusion (2) Bekämpfung von Armut, Gewalt und Diskriminierung (6) Abbau von Bildungsbenachteiligung und besserer Zugang zum Arbeitsmarkt</p>	<p>Verortung</p>  <p>Gesamter Handlungsraum, insbesondere QM-Gebiete</p>
<p>Projektbeschreibung</p> <p>Vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie sind die ohnehin bestehenden Gesundheits- und Bewegungsbedarfe bei Kinder- und Jugendlichen im Handlungsraum weiter angestiegen. Der Ausbau niedrigschwelliger Gesundheits-, Sport- und Bewegungsangebote in den Lebenswelten der Kinder- und Jugendlichen ist deshalb weiterhin zentrales bezirkliches Ziel und soll in enger Kooperation und Zusammenarbeit mit den umsetzenden Trägern, Kitas, Familienzentren etc. erfolgen. Die Ergebnisse der Schuleingangsuntersuchungen zeigen, welche akuten Bedarfe es in der Gesundheitsförderung bei Kindern- und Jugendlichen gibt. Das betrifft die motorische Entwicklung, aber auch u. a. Zahngesundheit, Spracherwerb, Übergewicht und Medienkonsum. Darüber hinaus ist die psychische Gesundheitsförderung ein Handlungsfeld, dem vor dem Hintergrund der aktuellen gesellschaftspolitischen Situation viel mehr Aufmerksamkeit gewidmet werden muss im Sinne konkreter Maßnahmen der Einrichtungen im Bezirk, die Zugangsmöglichkeiten zu Kindern- und Jugendlichen haben.</p>	
<p>Ziele</p> <p>QM-Wassertorplatz:</p> <ul style="list-style-type: none"> ⇒ Initiierung von Spiel- und Sportaktionen im öffentlichen Raum (z. B. Skaterplatz am Böcklerpark) ⇒ Erhalt und Bereitstellung zusätzlicher niedrigschwelliger Bewegungsangebote in den Bildungs-, sowie Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen für unterschiedliche Alters- und Zielgruppen. ⇒ Weiterführung des Projekts „Bewegungsförderung“ an der Otto-Wels-Grundschule ⇒ Etablierung von Schwimmkursen für Kinder und deren Eltern ⇒ Entwicklung von neuen, innovativen Sport- und Bewegungsmöglichkeiten anhand bisher noch nicht eingebundener Kooperationspartner*innen. <p>QM-Mehringplatz:</p> <ul style="list-style-type: none"> ⇒ Erhalt und Bereitstellung zusätzlicher niedrigschwelliger Sport- Bewegungs- und Entspannungsangebote in den Bildungs-, sowie Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen für unterschiedliche Alters- und Zielgruppen. 	

<p>⇒ Einrichtung eines Winterspielplatzes</p> <p>⇒ Ausbau dezentraler Aktionen im Bereich gesunde Ernährung über das Netzwerk LebensMittelPunkt</p> <p>⇒ Umsetzung von Angeboten (auch aufsuchend) zur Erhöhung der schulischen und beruflichen Teilhabe von jungen Menschen in der Altersgruppe 15 bis 28 Jahre mit psychischen Belastungen.</p> <p>⇒ Umsetzung von Hilfeangeboten und Aufklärungskampagnen der Suchtprävention zur Förderung eines risikoarmen, konsumkompetenten Umgangs mit psychoaktiven Substanzen, Glücksspiel, Medien.</p> <p>QM-Zentrum Kreuzberg:</p> <p>⇒ Initiierung von Maßnahmen der Gesundheitsförderung in Kitas und Schulen zur Verbesserung der, auch seelischen Gesundheit, von Kindern orientiert an den Ergebnissen der Schuleingangsuntersuchungen.</p> <p>⇒ Ausbau der Sport- und Bewegungsangebote im öffentlichen Raum</p> <p>⇒ Erhalt und Bereitstellung zusätzlicher niedrigschwelliger Sport-, Bewegungs-, Ernährung- und Entspannungsangebote in den Bildungs-, sowie Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen für unterschiedliche Alters- und Zielgruppen.</p> <p>⇒ Verbesserung der psychosozialen Gesundheit durch Vernetzung und Initiierung niedrigschwelliger Angebote sowie Schaffung von Zugangswegen zu Fachkräften.</p>
<p>Verantwortliches Fachamt Bezirk</p>
<ul style="list-style-type: none"> • Planungs- und Koordinierungsstelle Gesundheit (QPK)
<p>Ansprechpersonen</p>
<ul style="list-style-type: none"> • Herr Erlen (QPK)
<p>Einzubinden zur Konkretisierung auf Senatsebene (Empfehlung)</p>
<ul style="list-style-type: none"> • SenWGPG • SenInnDS
<p>Weitere Beteiligte</p>
<ul style="list-style-type: none"> • Planungs- und Koordinierungsstelle Gesundheit (QPK) • Sportvereine • Träger der Gesundheitsförderung • Familienzentren • Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen • Bildungseinrichtungen (Kitas, Schulen) • QMs • Stadtteileinrichtungen
<p>Kostenschätzung</p>
<p>Noch ohne Kostenschätzung</p>
<p>Mögliche Ressortbeiträge (hier: Vorschläge der QPK)/Hinweise Senatsressorts/Hinweise zur Weiterentwicklung</p>
<ul style="list-style-type: none"> • Vorschläge QPK: APG, BBS, Teilhabeprogramm

GI-Ziele:



4.22 Gesundheits- und Bewegungsförderung im öffentlichen Raum

sozio-integrativ

Bezug Handlungsbedarfe im GI-Handlungskonzept	Verortung
<p>3.2.2.5 Inklusion und Barrierefreiheit fördern</p> <p>3.3.2.1 Vielfalt und Belebung</p> <p>3.4.2 Gesundheits- und Bewegungsförderung</p> <p>3.5.2.1. Attraktivität des öffentlichen Raums erhöhen</p>	 <p>Gesamter Handlungsraum</p>
<p>Projektbeschreibung</p>	
<p>In Zusammenarbeit mit den Vereinen Gesufit e. V., Kiezsport e. V. und Stadtbewegung e. V. (Netzwerk Urbaner Sport Berlin) werden im öffentlichen Raum (z. B. Waldeck- Böckler- und Bessel Park) die Programme „Berlin bewegt sich“ und „Sport im Park“ als kostenfreie, niedrighschwellige Angebote umgesetzt.</p> <p>Durch die Sichtbarkeit im öffentlichen Raum und die Offenheit der Gruppen werden Menschen in der direkten Nachbarschaft durch die Angebote erreicht. Darunter auch Menschen mit niedrigem Sozialstatus. Viele der Teilnehmenden haben aus sozialen oder kulturellen Gründen keinen Zugang zum organisierten Sport.</p>	
<p>Ziele</p>	
<p>⇒ Weiterführung, Förderung und Ausbau der Bewegungsangebote im öffentlichen Raum</p> <p>⇒ Erweiterung des Sommerprogramms durch ein Winterprogramm auf gedeckten Sportplätzen</p>	
<p>Verantwortliches Fachamt Bezirk</p>	
<ul style="list-style-type: none"> Planungs- und Koordinierungsstelle Gesundheit (QPK) 	
<p>Ansprechpersonen</p>	
<ul style="list-style-type: none"> Herr Erlen (QPK) Frau Filzek (Gesufit e.V.) 	
<p>Einzubinden zur Konkretisierung auf Senatsebene (Empfehlung)</p>	
<ul style="list-style-type: none"> SenWGPG SenInnDS SenIAS SenBJF 	
<p>Weitere Beteiligte</p>	
<ul style="list-style-type: none"> Nachbarschaftshaus Urbanstraße 	

- Mehrgenerationenhaus Gneisenaustraße, Mehrgenerationenhaus Wassertor

Kostenschätzung

Noch ohne Kostenschätzung

Mögliche Ressortbeiträge (hier: Vorschläge der QPK)/Hinweise Senatsressorts/Hinweise zur Weiterentwicklung

- Vorschläge QPK: BBS, Teilhabeprogramm

4.23 Digitale Souveränität bei Älteren stärken

sozio-integrativ

Bezug Handlungsbedarfe im GI-Handlungskonzept

- 3.1.2.1 Vorhandene Sprachbarrieren abbauen
- 3.1.2.2 Nachbarschaftliche Begegnung und Förderung der Alltagsbegegnung
- 3.2.2.1 Hohe Altersarmutsquote, hohe Kinderarmutsquote, Abhängigkeit von Transferleistungen
- 3.2.2.5 Inklusion und Barrierefreiheit fördern
- 3.6.2.3 Strategische Bildungspartnerschaften initiieren

Verortung

Gesamter Handlungsraum

Projektbeschreibung

Das Mehrgenerationenhaus Gneisenastraße, in Trägerschaft des Nachbarschaftshaus Urbanstraße e. V., ist ein nachbarschaftlicher Treffpunkt, in dem sich Menschen aller Generationen und Kulturen zusammenfinden. Es bietet Raum für Austausch, Information und Vernetzung im Kiez. Das Angebot ist offen für alle und umfasst verschiedenste Aktivitäten, aus den Bereichen Kultur, Sprachbildung, Digitalisierung, Bewegung, Begegnung oder Kreativität.

Seit Sommer 2020 ist das Mehrgenerationenhaus Gneisenastraße Digital-Kompass-Standort und Treffpunkt für alle Fragen rund um das Internet. Ziel ist, ältere Menschen u. a. im GI-Handlungsraum im täglichen Umgang mit dem Internet und digitalen Diensten zu befähigen und dadurch u. a. die soziale Teilhabe und die gesundheitliche Chancengleichheit im Zugang zur Gesundheitsversorgung auch im Alter zu gewährleisten und zu erhalten. Digitale Gesundheitstechnologien sind gerade für Ältere Zugangsbarrieren, die genommen werden müssen.

Ziele

Zielgruppe sind ältere Menschen, die von Altersarmut und daraus folgend von fehlenden Teilhabemöglichkeiten bedroht oder betroffen sind, ältere Menschen mit Migrationsgeschichte sowie Bewohner*innen aus der Nachbarschaft.

Das Angebot soll Ältere befähigen im Umgang mit E- und M-Health. Themen umfassen u. a.:

- ⇒ Digitale Kommunikation
- ⇒ Neue technologische Entwicklungen wie Sprach- und Bilderkennungssysteme und Assistenzsysteme (Falldetektoren, Bewegungsmelder und Trittmatten, Hausnotrufsysteme)
- ⇒ Digitale Gesundheitstechnologien: E-Health-Angebote (elektronische Patientenakte, digitale Informationssysteme für Patient*innen oder virtuelle Arztbesuche, die den Zugang zu medizinischer Versorgung erleichtern.)
- ⇒ M-Health-Anwendungen (mobiler Endgeräte/Apps zur Unterstützung der Gesundheitsversorgung)
- ⇒ Digitale Lernspiele, Virtual Reality (Reisen, Fitness, Museumsbesuche)
- ⇒ Technische Assistenzsysteme und Smart-Home-Technologien

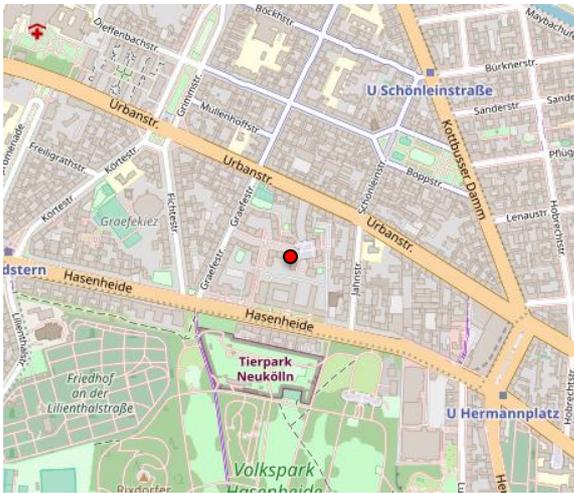
Verantwortliches Fachamt Bezirk

- Planungs- und Koordinierungsstelle Gesundheit (QPK)

Ansprechpersonen
<ul style="list-style-type: none"> • Herr Erlen (QPK) • Herr Runge (Nachbarschaftshaus Urbanstraße)
Einzubinden zur Konkretisierung auf Senatsebene (Empfehlung)
<ul style="list-style-type: none"> • SenWGPG • SenInnDS • SenIAS • SenBJF
Weitere Beteiligte
<ul style="list-style-type: none"> • Nachbarschaftshaus Urbanstraße • Mehrgenerationenhaus Gneisenaustraße • Mehrgenerationenhaus Wassertor
Kostenschätzung
Noch ohne Kostenschätzung
Mögliche Ressortbeiträge (hier: Vorschläge der QPK)/Hinweise Senatsressorts/Hinweise zur Weiterentwicklung
<ul style="list-style-type: none"> • Vorschläge QPK: APG, BBS, Teilhabeprogramm

4.24 Stärkung von Resilienz in der Werner-Düttmann-Siedlung

sozio-integrativ

Bezug Handlungsbedarfe im GI-Handlungskonzept	Verortung
<p>3.1 Förderung der Sozialen Inklusion</p> <p>3.2.2.1 Hohe Altersarmutsquote, hohe Kinderarmutsquote, Abhängigkeit von Transferleistungen</p> <p>3.2.2.3 Bekämpfung von Gewalt</p> <p>3.3 Wirtschaftliche, kulturelle, soziale und ökologische Belebung der benachteiligten Quartiere im Sinne der Nachhaltigkeit</p> <p>3.5.2.1 Attraktivität des öffentlichen Raums erhöhen</p> <p>3.6 Abbau von Bildungsbenachteiligung und besserer Zugang zum Arbeitsmarkt</p>	 <p>Werner-Düttmann-Siedlung</p>
Projektbeschreibung	
<p>Die Werner-Düttmann-Siedlung steht auch nach Ihrer Zeit als Quartiersmanagement-Gebiet vor großen sozialen Herausforderungen. In den letzten Jahren hat sich die Siedlung als Kriminalitätsschwerpunkt verfestigt und mediale Aufmerksamkeit auf sich gezogen. Über lange Jahre aufgebaute, verlässliche Strukturen bei unterschiedlichen vor Ort tätigen Akteur*innen sind hingegen doppelt bedroht: Einerseits laufen Förderungen aus und Stellen werden ab Ende 2022 wegfallen, andererseits haben die Arbeitsbedingungen dazu geführt, dass die Träger wenig bis kein Personal mehr finden, dieses oft überarbeitet ist und teilweise sogar bedroht wird. Insbesondere die Bewohnenden leiden an den aktuellen Zuständen, die oft von außen in die Siedlung getragen werden. Der Wegfall der QM-Förderung hat faktisch eine Verschlechterung in diesem Sozialraum bewirkt, die mit umfassenden verstetigten Maßnahmen angegangen werden muss. Dementsprechend sollten verschiedene kurz- und mittelfristige Strategien zur Verbesserung der Lage zeitnah finanziert werden:</p> <p>Erhalt und Stärkung der Infrastruktur</p> <p>Die in den letzten Jahren geschaffene soziale Infrastruktur muss zeitnah mit zusätzlichen Personalstellen gestärkt werden. Hervorzuheben ist hier der sich direkt in der Siedlung befindliche „Dütti-Treff“, der bereits der zentrale Ausgangspunkt für Aktivitäten im Kiez ist, und die Kinder- und Jugendarbeit des JFE Drehpunkt. Neben der Schaffung von zusätzlichen Regelstellen, werden Mittel für zusätzliche Honorarkräfte benötigt, die rückgekoppelt an den Nachbarschaftstreff und die JFE Projekte anbieten können, die einerseits den Bewohner*innen Aktivitäten außerhalb Ihres Sozialraumes ermöglichen und diese andererseits in die Gestaltung desselbigen mit einbeziehen (z.B. partizipative Kunst-Projekte zur Gestaltung der Siedlung, gemeinsame Aktivitäten wie Nachbarschaftsgärten o.Ä.). Die Aktivitäten sollten zusätzlich mit Angeboten aus der mobilen Kinder- und Jugendarbeit ergänzt werden.</p> <p>Darüber hinaus müssen die guten Erfahrungen mit den örtlichen Stadtteilmüttern (deren Förderung Ende 2022 ausläuft) mit erneuter Finanzierung als Grundlage genutzt werden, um mit den Bewohnenden auf Augenhöhe in Austausch zu</p>	

bleiben und Hilfestellungen über soziale und sprachliche Grenzen hinaus leisten zu können. Diese sollte auch an einrichtungsübergreifende Kooperationen rückgekoppelt sein, mit dem Ziel, langfristige Väterarbeit / Mütterarbeit in der Siedlung zu implementieren.

Kooperative Strukturen der Nachbarschafts- Familien, Kinder- und Jugendarbeit

Zur Schaffung von ämter- und ressortübergreifenden Kooperationen, müssen auch Mittel bereitgestellt werden, um Träger und Akteur*innen in regelmäßigen Austauschformaten zusammen zu bringen. Ziel muss es sein, problematisches Verhalten Einzelner fachamtsübergreifend und kooperativ bearbeiten zu können mit Maßnahmen und Methoden, die von den Bewohner*innen akzeptiert werden.

Zudem müssen Angebote geschaffen werden, die an die örtlichen Akteur*innen rückgekoppelt sind und den Bedarfen vor Ort entsprechen, wie eine verlässliche Hausaufgabenbetreuung für Schüler*innen, spezielle Angebote für die Arbeit mit Jungen, die Förderung von generationsübergreifender Nachbarschaftsarbeit und kooperativer geschlechtssensibler Familienarbeit. Dazu müssen auch externe Regelstrukturen, wie Schulen, eingebunden werden und in Austausch mit nicht institutionellen, vor Ort tätigen Bildungsangeboten gebracht werden.

Positive Öffentlichkeitsarbeit

Aus zusätzlicher Förderung erwachsende Maßnahmen müssen genutzt werden, um wieder ein positives Bild der Siedlung zu erzeugen und das Selbstwertgefühl der Bewohner*innen zu stärken. Grundlage dafür können Straßenfeste und Nachbarschaftsaktionen sein, über die proaktiv berichtet werden muss, und die auch zur Stärkung eines Gemeinschaftsgefühls beitragen können. Auch die Erarbeitung einer CI für die Siedlung, um einen Wiedererkennungseffekt zu schaffen und eine positive Identifikation zu schaffen, sollte als Maßnahme mit Mitteln unterlegt werden.

Re-Etablierung staatlicher Institutionen und institutionelle Angebote positiv besetzen

Ein weiterer unabdingbarer Baustein für einen Gesamtansatz für die Siedlung ist die Re-Etablierung staatlicher Institutionen, die bei Bewohnenden zum Teil negativ besetzt sind. Dementsprechend ist die Einrichtung von regelmäßigen Vor-Ort-Angeboten von Jobcenter, Polizei u. A. ein Mittel zum Abbau von Hürden. Staatliche Institutionen müssen wieder nahbar erscheinen und Rassismuserfahrungen und Stigmatisierungen von Bewohnenden dabei mitgedacht werden. Ebenso ist die Umsetzung kriminalitätspräventiver Maßnahmen in Zusammenarbeit mit den zuständigen Beamt*innen der städtebaulichen Kriminalitätsprävention der Landespolizei Berlin anzugehen. Hierzu gehört die Erarbeitung eines Licht- und Sicherheitskonzepts, die Verbesserung der Beziehung von Anwohnenden und der Polizei (z.B. durch für die Siedlung zuständige Kontaktbereichsbeamt*innen und / oder Bürger*innensprechstunden vor Ort oder die Einbeziehung der Polizei bei Siedlungsfesten), sowie die Abstimmung von neuen Müllkonzepten (Stellung von Müllcontainern u.Ä.).

Ziele

- ⇒ Erhalt und Stärkung der Infrastruktur (Schaffung neuer Stellen bei den zentralen Einrichtungen vor Ort, Unterstützung durch Honorarkräfte, Re-Etablierung erfolgreicher, ausgelaufener Angebote, wie der Stadtteilmütter).
- ⇒ Erhalt und Aufbau von Vertrauensstrukturen zu den Bewohnenden über diese Infrastruktur
- ⇒ Stärkung und Schaffung kooperativer Strukturen der Nachbarschafts- Familien, Kinder- und Jugendarbeit und von institutionen- und amtsübergreifenden Ansätzen
- ⇒ Implementierung von positiver Öffentlichkeitsarbeit basierend auf umgesetzten Maßnahmen in der Siedlung
- ⇒ Abbau von Vorbehalten der Bewohnenden gegenüber Institutionen und Sensibilisierung von Institutionen bzgl. Rassismus- und Diskriminierungserfahrungen der Bewohnenden
- ⇒ durch Re-Etablierung staatlicher Institutionen und positiver Besetzung institutioneller Angebote
- ⇒ bauliche Anpassungen im Sozialraum (Lichtkonzept, Nachbarschaftsgärten etc.)

Verantwortliches Fachamt Bezirk
<ul style="list-style-type: none"> • Sozialraumorientierte Planungskoordination
Ansprechpersonen
<ul style="list-style-type: none"> • Frau Thöns (SPK) • Herr Meißel (SPK) • Herr Gegenheimer (SPK)
Einzubinden zur Konkretisierung auf Senatsebene (Empfehlung)
<ul style="list-style-type: none"> • Berliner Landeskommision gegen Gewalt • SenIAS • Ggf. weitere
Weitere Beteiligte
<ul style="list-style-type: none"> • Stadtteilkoordination Tempelhofer Vorstadt • Düttitreff • JFE Drehpunkt • Polizei (z.B. städtebauliche Kriminalprävention, Präventionskoordination) • WBM • Trägerrunde Werner-Düttmann-Siedlung • Jobcenter • Amt für Soziales • Jugendamt • Weitere Netzwerke und Akteur*innen aus dem Gebiet • Weitere Fachämter
Kostenschätzung
Noch ohne Kostenschätzung
Mögliche Ressortbeiträge/Hinweise Senatsressorts/Hinweise zur Weiterentwicklung
Noch offen

5 UMSETZUNGSSTRATEGIE UND RESÜMEE

Im GI-Leitfaden wird auf Seite 24 und 25 die mögliche Umsetzungsstrategie skizziert. Diese sieht für die verschiedenen Beteiligten folgende Aufgaben vor:

Aufgaben der koordinierenden Stelle im Bezirk (OE SPK)

Die koordinierende Stelle im Bezirk behält den Überblick über die Umsetzung des Handlungskonzeptes, insbesondere der Schlüsselmaßnahmen, indem sie diese als regelmäßig wiederkehrenden TOP in die Tagesordnung der bereits bestehenden ressortübergreifenden Arbeitstreffen aufnimmt.

Alle 2 Jahre soll eine erweiterte Ämterrunde stattfinden, in der die bezirklichen Fachverwaltungen und beteiligten Senatsverwaltungen zusammenkommen, um sich über den Stand der Umsetzung auszutauschen, Herausforderungen zu diskutieren und nächste Schritte zu vereinbaren.

Aufgaben der GI-Stelle SenStadtWohn

Die GI-Stelle bei SenStadtWohn organisiert die ressortübergreifende Zusammenarbeit auf Landesebene, strukturiert und entwickelt in Zusammenarbeit mit den Landes- und Bezirksverwaltungen die Umsetzungs- und Abstimmungsprozesse und fungiert als Geschäftsstelle für die GI. Ferner organisiert die GI-Stelle die Abstimmungsrunden auf Landesebene und die Lenkungsrunde mit den Staatssekretär*innen (StS-Lenkungsrunde). Sie sorgt zudem dafür, dass übergeordnete Themen und Herausforderungen, die bei der Umsetzung aufkommen, auf übergeordneter Ebene thematisiert und bearbeitet werden. Auf bezirklicher Ebene unterstützt die GI-Stelle die bezirklichen Koordinierungsstellen in der Zusammenarbeit mit den Senatsverwaltungen.

Aufgaben der bezirklichen Fachämter

Im Erstellungsprozess der Handlungskonzepte werden ressortübergreifende Maßnahmen als Schlüsselmaßnahmen festgelegt. Dabei handelt es sich zumeist um Maßnahmen in der Zuständigkeit der Bezirke. Entsprechend der inhaltlichen Ausrichtung der Maßnahme übernehmen die fachlich zuständigen bezirklichen Fachämter die Umsetzung.

Für jede Schlüsselmaßnahme muss mindestens ein bezirkliches Fachamt die Federführung und somit die Verantwortung für die Umsetzung der Schlüsselmaßnahme übernehmen. Im Rahmen der Umsetzung muss die Schlüsselmaßnahme von einer Arbeitsgruppe ausdifferenziert und in konkrete Handlungsschritte übersetzt werden. Hierbei sind die jeweils fachlich zuständigen Senatsverwaltungen und Akteur*innen vor Ort einzubinden.

Aufgaben der Senatsverwaltungen

Die beteiligten Senatsverwaltungen nehmen an der erweiterten Ämterrunde (alle 2 Jahre) teil. Vorbehaltlich der Förderbedingungen und Mittelverfügbarkeit bemühen sich die Senatsverwaltungen um eine (Ko-)Finanzierung der Schlüsselmaßnahmen durch ihre Ressortbeiträge bzw. die Akquise weiterer Programme (z.B. auf nationaler Ebene).

Sie begleiten die Planung und Umsetzung der Schlüsselmaßnahme fachlich. In begründeten Einzelfällen kann die Federführung einer Schlüsselmaßnahme auch bei einer Senatsverwaltung liegen. Darüber hinaus sind die Senatsverwaltungen ansprechbar für Abstimmungserfordernisse in Bezug auf den Handlungsraum.

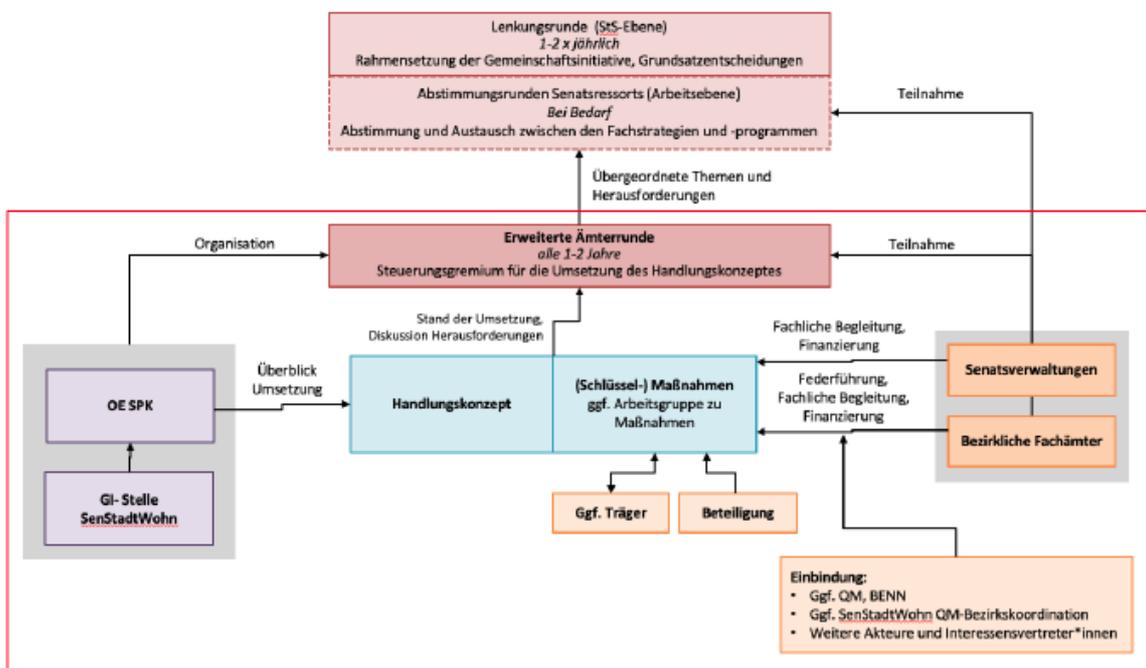


Abbildung 5: Umsetzungsstrategie GI-Handlungskonzepte (SenStadtWohn IV B 3-11, Stand: Januar 2021, in: Leitfaden zur Erstellung integrierter Handlungskonzepte, S. 25)

Zudem enthält der GI-Leitfaden (S. 33) Aussagen zur Fortschreibung des integrierten Handlungskonzeptes. Demnach soll eine Fortschreibung der GI-IHK mindestens alle fünf Jahre geprüft werden, um ggf. auf aktuelle und neue Entwicklungen im Handlungsraum sowie neue inhaltliche und räumliche Handlungsschwerpunkte einzugehen. Bei gravierenden Veränderungen der Sozialdaten sollte eine Aktualisierung und Fortschreibung des Konzeptes ggf. schon vor den hier vorgeschlagenen fünf Jahren erfolgen.

Möglicherweise kann es sinnvoll sein, die Umsetzungsstrategie in Anbetracht der im bisherigen Prozess gewonnenen Erkenntnisse anzupassen. Die Idee eines Abstimmungsprozesses zwischen Senatsverwaltungen und Bezirken zur Förderung besonders benachteiligter Gebiete ist grundsätzlich begrüßenswert. Gerade in

besonders benachteiligten Handlungsräumen können unkonventionelle, gezielte und flexible Maßnahmen notwendig und effektiv sein. Die bisherige Umsetzung des integrierten Prozesses der Ressortübergreifenden Gemeinschaftsinitiative bedarf jedoch einer kritischen Analyse, um die Ziele der GI in Zukunft mit angemessenem Zeit- und Ressourceneinsatz, unter Berücksichtigung bestehender Förderkulissen und Förderzusammenhänge sowie integriert verfolgen zu können. Die Autor*innen möchten an dieser Stelle daher wesentliche Hürden und Erkenntnisse aus dem Erarbeitungsprozess zusammenfassen:

- Die Rückmeldungen der Senatsverwaltungen sind – aufgrund des Wegfalls der erweiterten Ämterrunde, da nicht alle Senatsverwaltungen Rückmeldungen abgegeben haben und nicht zu allen Maßnahmen Rückmeldungen abgegeben wurden – nicht vollständig. Auch die integrierte Erarbeitung bzw. Ergänzung von Schlüsselmaßnahmen konnte durch den Wegfall der erweiterten Ämterrunde nur begrenzt erfolgen. Die Ausarbeitung vorhandener und gegebenenfalls weiterer Schlüsselmaßnahmen inklusive der Zuordnung passender Ressortbeiträge sollte daher auch noch im Nachgang zur Erstellung des Handlungskonzepts fortgeführt werden können. Zudem wünscht sich der Bezirk, dass die Teilnahme der Senatsverwaltungen an integrierten Abstimmungsrunden mit den bezirklichen Fachämtern zukünftig in jedem Fall sichergestellt wird und integrierte Abstimmungsprozesse auf Senatsebene im Rahmen der GI und deren Ergebnisse gegenüber den Bezirken transparent kommuniziert werden.
- Zu erwähnen sind auch die Größe und Komplexität des Handlungsraums Kreuzberg-Nord. Eine abschließende Bedarfsanalyse kann in einem solchen Raum mit den zur Verfügung stehenden zeitlichen, monetären und personellen Ressourcen nicht erfolgen. Auch wenn mit der Erarbeitung des Handlungskonzepts der Versuch verbunden ist, möglichst viele Themen und Handlungsfelder aus den vorhandenen Fördergebieten und Konzepten zu integrieren, ist eine vollständige Wiedergabe aller Dokumente nicht möglich und aus praktischer Hinsicht auch nicht sinnvoll. Auch der diesbezügliche Abstimmungs- und Koordinationsaufwand ist entsprechend hoch. An dieser Stelle wäre eine Rückkopplung mit den bezirklichen Verwaltungen schon vor der Festlegung des Handlungsraums wünschenswert gewesen. Dass in Gebieten mit umfangreicher Kulissendichte ein integriertes Handlungskonzept mitsamt Sozialraumanalyse erfolgen muss, obwohl bis auf Teilbereiche ausreichend bezirkliche Konzepte mit eben diesen Sozialraumanalysen vorliegen, ist – besonders im Hinblick auf die begrenzten bezirklichen Personalressourcen – bedenkenswert. Dient der GI-Handlungsraum nur als räumlicher Bezugspunkt zur Lenkung der Aufmerksamkeit der Berliner Verwaltung, sind die bestehenden Konzepte usw., die zum Handlungsraum erarbeitet wurden, vermutlich in den allermeisten Fällen ausreichend.

- Die Etablierung weiterer Förderkulissen und -töpfe (mit entsprechender Zielsetzung und Koordinierungsaufwand) ist nur bedingt zielführend und sollte nur im Dialog mit den Bezirken erfolgen, um auf Grundlage der bezirklichen (Personal-)Ressourcen die Umsetzung zu garantieren und in einem bearbeitbaren Rahmen zu halten.
- Für den Bezirk ist die GI derzeit noch kein Garant für die Finanzierung von Projekten durch Förderprogramme, sondern bestenfalls eine Berufungsgrundlage für zukünftige Förderanträge. Daher verfolgte die GI-Koordination im Bezirk das Ziel, möglichst viele Themen, Bedarfe usw. in das GI-Handlungskonzept zu integrieren, was sich wiederum auf den Umfang des Handlungskonzeptes auswirkte. Dies stand bisweilen im Widerspruch zu den Ansprüchen der Senatsebene an möglichst konkrete und für die jeweiligen Ressortbeiträge passgenaue Schlüsselmaßnahmen. Für die Senatsverwaltungen scheint die GI als Prozess erleichterung im Sinne einer Filterfunktion verstanden werden zu können, denn die benannten Maßnahmen im GI-Handlungsraum sollen innerhalb der benannten Programme (Ressortbeiträge) prioritär gefördert werden.
- Es ist nicht unmittelbar ersichtlich, warum die Schlüsselmaßnahmen zwingendermaßen ressortübergreifend angelegt sein müssen, wenn doch einzelne Ressortbeiträge auf die Förderung konkreter fachlicher Maßnahmen abzielen. Die Anpassung der Ressortbeiträge bzw. der Förderkriterien könnte an dieser Stelle Abhilfe schaffen.
- Zusammenfassend verursacht die GI auf Bezirksebene einen hohen Arbeitsaufwand, der aus der Idee, ein Metakonzept mit integriert auf und zwischen verschiedenen Ebenen erarbeiteten Schlüsselmaßnahmen zu erstellen, resultiert. Aus der integrierten Zusammenarbeit im Bezirk geht seit Jahren die Erkenntnis hervor, dass diese viel Zeit und Ressourcen benötigt, die in Bezug auf die GI aber nicht in ausreichendem Maße zur Verfügung standen. Zudem bestehen Bedenken, dass der Aufwand im Rahmen der GI eher noch zunehmen und dies mit einer weiteren Mehrbelastung des bezirklichen Personals einhergehen könnte. Dies sollte, wenn möglich, vermieden werden. Im Anschluss an die Erstellung des Handlungskonzeptes sind für die Einzelmaßnahmen nun zusätzlich noch Förderanträge zu erstellen und einzureichen, was ebenfalls zu dem Bild eines überkomplexen Prozesses beiträgt.

Anstelle des relativ starren Rahmens eines Handlungskonzeptes, welches angesichts der dynamischen gesellschaftlichen und sozioökonomischen Entwicklungen auch in den Handlungsräumen möglicherweise recht schnell veraltet und zudem noch parallel zu bestehenden Förderkulissen erstellt wird, sollte darüber nachgedacht werden, wie die GI möglichst flexibel und ressourcenschonend weiterentwickelt werden kann. Im Sinne eines wirtschaftlichen Verwaltungshandelns muss der Nutzen der GI ins Verhältnis zum Prozess- und Ressourcenaufwand gesetzt und stetig evaluiert werden.

Der Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg möchte grundsätzlich an dem Bestreben eines zielgerichteten, ebenen- und ressortübergreifenden Austauschs der Berliner Verwaltung festhalten. Die bereits erdachten und erprobten Prozesse und Strukturen könnten im Rahmen eines lernenden Prozesses weiterentwickelt und optimiert werden, sodass die zu begünstigenden Gebiete die bestmögliche Entwicklung erzielen können.

QUELLENVERZEICHNIS

- Amt für Statistik Berlin-Brandenburg: Kernindikatoren – Vergleich der LOR-Bezirksregionen Friedrichshain-Kreuzberg, Zeitbezug 2020
- Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg von Berlin (Hrsg.) (2020): Bezirksregionenprofil Teil I, Ausgabe 2020 – Nördliche Luisenstadt.
- Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg von Berlin (Hrsg.) (2020): Bezirksregionenprofil Teil I, Ausgabe 2020 – Südliche Friedrichstadt.
- Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg von Berlin (Hrsg.) (2020): Bezirksregionenprofil Teil I, Ausgabe 2020 – Tempelhofer Vorstadt.
- Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg von Berlin (Hrsg.) (2021): Studie 60+ – Ergebnisse einer repräsentativen Befragung von Menschen ab 60 Jahren in Friedrichshain-Kreuzberg.
- Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg von Berlin (Hrsg.) (2021): Freiflächen-Entwicklungskonzept Urbanstraße.
- Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg von Berlin (Hrsg.) (2019): Zero Waste-Konzept für den öffentlichen Raum Friedrichshain-Kreuzberg.
- bgmr Landschaftsarchitekten GmbH / yellow z urbanism architecture (2019): Mehr Grün in Friedrichshain-Kreuzberg – Potenzialanalyse.
- Blokland, Talja (2021): Leben zwischen Dreck und Drogen – Sicherheitsempfinden am Kottbusser Tor Berlin.
- Blokland, Talja/Vojin Serbedzija (2018): Gewohnt ist nicht normal – Jugendalltag in zwei Kreuzberger Kiezen.
- Empirica AG (2017): Soziales Infrastruktur-Konzept (SIKo) für den Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg.
- Landeskommision Berlin gegen Gewalt (Hrsg.) (2021): Berliner Monitoring Gewaltdelinquenz 2021, Teil II: Gewalt und Prävention in den Berliner Bezirken.
- Lüter, Albrecht/Breidscheid, Dana/Greif, Philippe/Imhof, Willi/Konradi, Moritz/Riese, Sarah (2022): Berliner Monitoring Trans- und homophobe Gewalt. Zweite Ausgabe 2022. Schwerpunktthema transfeindliche Gewalt. Camino (Hrsg).
- Quartiersmanagement am Mehringplatz (o.J.): Integriertes Handlungs- und Entwicklungskonzept 2019-2022 mit Jahresbilanz seit 2017.
- Quartiersmanagement am Mehringplatz (2022): Integriertes Handlungs- und Entwicklungskonzept 2022
- Quartiersmanagement Düttmann-Siedlung (o.J.): Aktionsplan zur Verstetigung Quartiersmanagement Düttmann-Siedlung im Stadtteil Kreuzberg (2019-2020).

- Quartiersmanagement Mariannenplatz (2018): Aktionsplan zur Verstetigung des Programms Soziale Stadt im Quartiersmanagementgebiet am Mariannenplatz.
- Quartiersmanagement Wassertorplatz (2019): Integriertes Handlungs- und Entwicklungskonzept 2019-2022 - Quartiersmanagement Wassertorplatz.
- Quartiersmanagement Wassertorplatz (2022): Integriertes Handlungs- und Entwicklungskonzept 2022-2024 - Quartiersmanagement Wassertorplatz.
- Quartiersmanagement Zentrum Kreuzberg/Oranienstraße (2019): Integriertes Handlungs- und Entwicklungskonzept 2019-2022 - Quartiersmanagement Zentrum Kreuzberg/Oranienstraße.
- Quartiersmanagement Zentrum Kreuzberg/Oranienstraße (2022): Integriertes Handlungs- und Entwicklungskonzept 2022-2025 - Quartiersmanagement Zentrum Kreuzberg/Oranienstraße.
- Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen (2021): Leitfaden zur Entwicklung integrierter Handlungskonzepte im Rahmen der Ressortübergreifenden Gemeinschaftsinitiative zur Stärkung sozial benachteiligter Quartiere.
- Senatsverwaltung für Umwelt, Mobilität, Verbraucher- und Klimaschutz (2022): Die umweltgerechte Stadt - Umweltgerechtigkeitsatlas Aktualisierung 2021/22.
- Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit, Pflege und Gleichstellung (Hrsg.) (2022): Gesundheits- und Sozialstrukturatlas - Berlin 2022.
- Slapa & die raumplaner GmbH (2021): Leitfaden zur Erstellung integrierter Handlungskonzepte - Im Rahmen der Ressortübergreifenden Gemeinschaftsinitiative zur Stärkung sozial benachteiligter Quartiere.
- STATTBAU Stadtentwicklungsgesellschaft mbH (2016): Integriertes Stadtentwicklungskonzept 2016 - Städtebaulicher Denkmalschutz Luisenstadt Kreuzberg.
- S.T.E.R.N. Gesellschaft der behutsamen Stadterneuerung mbH (2017): Integriertes städtebauliches Entwicklungskonzept (ISEK) „Urbanstraße“ - Fortschreibung 2017.